DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

255 22. JAHRGANG Dezember 2005 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Aus der einst boomenden Auto-Metropole Detroit, heute ein riesiger sozialer Brennpunkt, kam die 90jährige Polit-Aktivistin Grace Lee Boggs nach Köln, um bei der »Tagung zur Solidarischen Ökonomie der Stiftung Fraueninitiative« ihre Erfahrungen mit dem ökologischen und sozialen Umbau dieser Industrieruine darzustellen. Seite 3

NEW YORCK – BETHANIEN

Eine Chance zum Durchatmen bei den ca. 60 BesetzerInnen im Seitenflügel des Künstlerhauses Bethanien in Berlin-Kreuzberg. Nach einem schon gefassten Räumungsbeschluss gibt es nun einen befristeten Mietvertrag. Seite 4

BERUFSVERBOT

Der Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy (35) darf auch in Hessen nicht unterrichten. Nachdem bereits im August 2004 das baden-württembergische Kultusministerium seine Übernahme in den Schuldienst abgelehnt hatte, wurde nun seine Einstellung im hessischen Heppenheim durch eine Intervention des hessischen Innenministeriums verhindert. Und das, obwohl sich Michael Csaszkóczy in dem Bewerbungsverfahren um eine Stelle durchgesetzt und bereits die schriftliche Einstellungszusage des Staatlichen Schulamtes Kreis Bergstraße und Odenwaldkreis vorliegen hatte. Seite 5

POLIT-DEBATTE

In der vergangenen Ausgabe wurde die Debatte eröffnet und ein erster Versuch unternommen, über Strategien zur Umsetzung politischer Forderungen von unten zu diskutieren, vor allem unter der Fragestellung, welchen Stellenwert selbstorganisierte Strukturen und Unternehmungen darin haben. Hat die »Linke« nun die historische Chance, sich selbst zu definieren und quer durch viele Schichten der Bevölkerung eine breite Protestbewegung zu mobilisieren? Brauchen soziale Bewegungen einen parlamentarischen Arm, und welche Einflussmöglichkeiten haben sie, um gemeinsam mit diesem etwas zu bewegen? Fortsetzung der Polit-Debatte mit Beiträgen von Elisabeth Voß, Ulrich Franz und Norbert Trenkle auf den Seiten 10 bis 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Vor zwei Jahren beschloss das Europaparlament die Europäische Genossenschaft, die »Societas Cooperativa Europaea« (SCE) einzuführen. Ihren Platz soll sie neben den nach nationalem Recht arbeitenden Genossenschaften einnehmen. In der Folge entschied der Bundestag, auch das innerdeutsche Genossenschaftsrecht den neuen EU-Statuten »moderat« anzupassen. Seite 13

www.contraste.org

EIN STREIFZUG DURCH DIE BUNTE LANDSCHAFT DER BEWEGUNGSARCHIVE

Ran an die Kundschaft!

Sie sind seit einiger Zeit ein Teil des ideologisch-wissenschaftlichen und empirischen Rückgrats linker Politik und Kultur, insbesondere von sozialen Bewegungen und Initiativen von unten: Die Bewegungsarchive. Ihnen haftet aber – immer noch – ein anderes Image an. Das eines Tummelplatzes von HobbysammlerInnen, von Messies, abgedrehten Kauzen, die sich aus der aktiven Politik verabschiedet haben – zugunsten dauerhaften Entstaubens von Altpapiersammlungen.

von Kai F. Böhne, Bernd Hüttner & Thomas-Dietrich Lehmann ● Zugegeben, dort agieren GenossInnen mit immensem Wissen, was aber auch manchmal Furcht einflößen kann, jedenfalls für viele bedeuten, zu »ArchivarInnen« besser erst einmal Abstand zu halten. Hinzu kommt: Solche Einrichtungen linker Kultur und Politik verschlingen enorme Ressourcen finanzieller, technischer und räumlicher Art, um dieser politisch brotlos erscheinenden Tätigkeit eine Heimstatt zu gewähren. Gebrauchswerte produzieren sie auf den ersten Blick nicht. Soweit vielleicht das ins klischeehafte überzogene Bild.

Es gibt unter den Bewegungsarchiven eine sehr breite Streuung was die Ausstattung, Absicherung, Anzahl der bezahlten und unbezahlten MitarbeiterInnen angeht und es gibt Unterschiede im Selbstverständnis. Die einen verstehen sich vor allem als fachliche Dienstleister, die anderen sind Bestandteil der aktuellen Protestbewegungen und positionieren sich dort auch politisch. Die erste Gruppe ist tendenziell professionalisiert, mit bezahlten Stellen ausgestattet und abhängig von staatlichen Geldern, mit allen daraus resultierenden Freiheiten und Zwängen. Die Mehrheit der Bewegungsarchive arbeitet unter viel Mühe ehrenamtlich, die Existenz etlicher Archivprojekte hängt von Einzelpersonen ab.

Dies hat nicht nur, aber auch mit dem Sammelgebiet dieser Archive zu tun, den neuen sozialen Bewegungen. Diese sind sehr wechselhaft und unkontinuierlich, für die Mehrheit der dort engagierten AktivistInnen ist dieses Engagement nur ein überschaubarer Abschnitt ihrer Biografie – im Ergebnis ist die historisch bewusste und politisch interessierte Zielgruppe solcher Archive der Zahl nach relativ begrenzt. Die neuen sozialen Bewegungen haben sich in den ungefähr 30 Jahren ihres Bestehens auch verändert und die dazugehörigen Archive sind teilweise einfach übrig blieben, weil es die Bewegung, auf die sie sich beziehen, nicht mehr gibt oder sich die Bewegung, sofern vorhanden, nicht für ihr Archiv interessiert.

Die aktuell politisch aktive, jüngere Szene ist relativ arm und kann deswegen die Archive kaum unterstützen. Die postmaterialistisch orientierte rot-grüne Mittelschicht trägt aus anderen Gründen wenig bei.

Die kommunalen Archive der Gemeinden und Städte fordern in einer 2002 veröffentlichen Stellungnahme, dass die Bewahrung und Vermittlung des historischen Erbes eine öffentliche Aufgabe sein sollte (1). Historische Bildung gehöre ebenfalls zum Auftrag der Archive dazu, es könne nicht mehr nur darum gehen, Verwaltungsakten zu sammeln, sondern es müsse die ganze Breite der Gesellschaft dokumentiert werden. Archive seien das Gedächtnis der Kommunen. In Anlehnung daran könnte man fordern: Archive sind das Gedächtnis der Bewegungen. Sie bewahren die reichhaltigen Erfahrungen vergangener und andauernder sozialer Kämpfe auf (2).

Wenn die soziale Bewegung erstmal archiviert ist, wie soll sie dann aufzuhalten sein — Foto: Umbruch Bildarchiv

Mit diesem CONTRASTE-Schwerpunkt wollen wir diese Aspekte ins Bewusstsein rücken, Belege anführen, dass linke Archive nutzbringendes für die notwendige Erdung linker Theorie und Praxis bereit halten können, ja dass die Kontaktaufnahme mit diesen Einrichtungen vielleicht sogar lustvolle Aha-Erlebnisse und neuen Spaß an eigener politischer Betätigung wecken kann.

Der Beitrag von Bernd Hüttner über die alltägliche Arbeit des Sammelns und Erschließens in einem Bewegungsarchiv ist für manche LeserInnen ein erster Kontakt mit der Welt dieser besonderen Art von Archiven (vgl. Beitrag **»Schätze, Schimmel und Sozialgeschichte«**). Dieser Beitrag stammt leicht gekürzt aus dem 2005 erschienenen Buch über Bewegungsgeschichtsschreibung (vgl. die Buchbesprechung auf Seite 7).

Zugegeben, viele Archivgruppen stehen mit dem Rücken zur Wand, kämpfen vielerorts ums finanzielle und/oder räumliche Überleben. Doch wie mensch diesen Gefahren beherzt entgegentritt, sich informiert und vernetzt, dafür gab der zweite **Workshop »Archive von unten«**, veranstaltet vom Archiv Grünes Gedächtnis im Juni 2005 sowohl für Insider wie auch für nur Interessierte ein ermutigendes Beispiel (vgl. Artikel: **»Gedächtnis muss sein«**, S. 8).

Wir berichten darüber hinaus von drei Beispielen aktueller oder geplanter »Präsentationen« linken Archivmaterials, die sich jeweils als moderne Nutzbarmachung von Wissen für künftige politische Arbeit verstehen:

● Ursula Nienhaus beschreibt das Berliner Frauenarchiv FFBIZ »An neuem Ort und mit einem neuen Ausstellungsprojekt«".

● Anja Gerstmann (Robert-Havemann-Stiftung und Mathias Domaschk Archiv; Berlin) über den neuen Internetauftritt www.jugendopposition.de.

● Umbruch-Bildarchiv betreibt offensive Dokumentation: Mit Fotos und Videos gegen die Unterbelichtungen im Alltag.●

Fussnoten

1) www.bundeskonferenz-kommunalarchive.de

2) Einen kleinen Einblick in die Welt der Bewegungsarchive gibt die Rubrik »Archive von unten« des Weblog ARCHIVALIA (http://archiv.twoday.net)

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

WAGENPLATZ DER FREIBURGER »SCHATTENPARKER« UNBENUTZBAR GEMACHT UND NEUER STANDORT GERÄUMT

Freiburger Kampf gegen die »Schattenparker«

Seit zwölf Jahren bekämpft die Stadt Freiburg nun schon die »Schattenparker«. Die WagenbewohnerInnen wurden in dieser Zeit immer wieder vertröstet, beschwichtigt, schikaniert und geräumt. Nach aussichtsloser Räumungsklage und zwei Jahren erfolgloser Verhandlungen mit der Stadt Freiburg hatten die »Schattenparker« am 24.11. ihren bisherigen Standort verlassen und angesichts des kommenden Winters ein leerstehendes Gelände im Industriegebiet Nord besetzt.

Redaktion Heidelberg ● Schon am Morgen des 25.11. wurden sie dazu aufgefordert, das Gelände wieder zu verlassen. Mit einem Vertreter des Grundstückeigentümers und dem Leiter des Polizeireviers Freiburg-Nord wurde vereinbart, dass das Gelände bis zum Nachmittag freiwillig geräumt wird – ohne Begleitschutz durch die Polizei, ohne Personenkontrollen und Überprüfung der Fahrzeuge. Auch könnten die Wägen als geschlossene Gruppe abziehen.

Die Polizei hat keine von ihren Zusagen eingehalten und die Situation gezielt eskalieren lassen.

Als die WagenbewohnerInnen das Gelände wie vereinbart geschlossen verlassen hatten, wurde der Zug entgegen der Zusage von der Polizei eskortiert und schon an der nächsten Kreuzung angehalten, um eine Personenkontrolle durchzuführen. Dabei wurde ein Wagenbewohner mit Gewalt von seinem Trecker geholt und verletzt. Der Festgenommene wurde von einer Polizistin als »Pack« bezeichnet. In der Folge wurden alle WagenbewohnerInnen, sowie Sympathisanten und Fußgänger unter Androhung körperlicher Gewalt kontrolliert: »Ausweis oder es tut weh!«. Der Satz wurde von verschiedenen Beamten mehrmals wiederholt. Ein venezolanischer Wagenbewohner wurde ohne Grund zu einer Drogenkontrolle gezwungen. Resultat negativ.

Zusätzlich zu den Personenkontrollen wurden alle Fahrzeuge mindestens zwei Stunden lang überprüft. Technisch unkundiges Personal kontrollierte und beschädigte teilweise die Fahrzeuge. 6 Fahrzeuge durften nicht weiterfahren. Die Straße wurde aufgrund der nicht eingehaltenen Abmachung kurzzeitig blockiert, damit der Rest des Zuges aufschließen konnte. Nach einigen Minuten wurde die Blockade von den Wagenbewohnern aufgelöst. Sie waren zur Weiterfahrt bereit. Die Polizei lief mit einem Spalier auf und begann die Fahrer zu verhaften. Resultat: 12 Verhaftungen, 5 beschlagnahmte Wohnungen, sowie 4 Wohnungen stillgelegt auf Anordnung der Stadt.

Der alte Standort der WagenbewohnerInnen wurde ohne einen öffentlichen Beschluss gepflügt, umzäunt und allgemein als Stellplatz für Fahrzeuge unbenutzbar gemacht.

Am 28.11. fand ein frühmorgendliches Matrazenlager der »Obdachlosen« vor dem Rathaus statt und am Nachmittag wurden die fünf Wagen wieder herausgegeben – gegen Bezahlung der Gebühr für die Beschlagnahmung und dem Nachweis eines legalen Stellplatzes oder Glaubhaftmachung des Wegzuges, damit die BewohnerInnen an keiner weiteren Besetzung in Freiburg teilnehmen werden.●

Für den 2. Dezember wurde eine Demonstration gegen die Verbannungspolitik der Stadt Freiburg angekündigt.

CONTRASTE-BILANZ

»Alternativen brauchen Öffentlichkeit«

Seit nunmehr 21 Jahren stellt unser alternatives Zeitungsprojekt der allgemeinen Phantasielosigkeit Monat für Monat Gegenöffentlichkeit entgegen. Um diese auch für das Jahr 2006 zu gewährleisten, bitten wir wiederum um Spenden für die zu erwartende Deckungslücke. Ursache der Finanzlücke sind fehlende Abos, denn auch in 2005 rutschte unsere Abostatistik weiter ab.

Redaktion Heidelberg ● Dieses erneute Minus von insgesamt 19 Abos verkleinert wiederum unseren Finanzspielraum, um eine ausgeglichene Bilanz vorweisen zu können benötigen wir zusätzliche 154 neue Abos.

Mut macht uns weiterhin die ungebrochene Solidarität unserer LeserInnen, die uns Jahr für Jahr mit Mitgliedsbeiträgen und Spenden dabei helfen, eine Neuverschuldung zu verhindern. Zusätzlich wurde unser Schuldenberg aus vergangenen Jahren, der 1996 noch 24.000 Euro betrug, auf nunmehr 6.000 Euro verkleinert. Das ist ein Lichtblick und macht Mut für die Arbeit der AutorInnen und RedakteurInnen, die in freiwilliger Selbstbestimmtheit und unentgeltlich ihre Einsichten und oft langjährigen Erfahrungen in Widerstand und Projekten einbringen.

Wir bedanken uns bei allen LeserInnen für ihre Solidarität mit dem Zeitungsprojekt!

Jahresrückblick

Bei der Aktion 2005 gingen bis zum 22.11.2005 insgesamt 9.082,11 Euro an Spenden ein. Das Spendenziel lag bei 7.400 Euro. 1.682 Euro können nun schon für die Deckungslücke in 2006 eingesetzt werden.

Acht Fördermitgliedschaften wurden gekündigt, zwei Abos wurden auf eine Mitgliedschaft umgestellt, drei neue Mitgliedschaften kamen hinzu.

Insgesamt 56 Abos wurden gekündigt und 40 neue Abos wurden bestellt. Die durch fehlende Abo- und Förderbeiträge Summe über ca. 1.000 Euro im Jahr 2006 kann wiederum nur durch zusätzliche Spenden und Umstellungen auf Fördermitgliedschaften aufgefangen werden.

Eingearbeitet in den Jahresrückblick mit Stand vom 22.11.2005 sind sechs Neuabos und fünf Kündigungen, sowie weitere Spendeneingänge:

- Martin Esch, Köln (750 EUR)!
- Armin Meyer, Niederfinow (38 EUR)
- Benno Käsmeyer, Gersthofen (5 EUR)
- Gerd Markmann, Eberswalde (1,80 EUR)
- Engagierte ComputerexpertInnen, Wien (0,40 EUR)

Herzlichen Dank!

AKTION 2006

Unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen Spenden benötigen wir im Jahr 2006 5.400 Euro. Unser Ziel für den Altschuldenabbau für das nächste Jahr: Verringerung auf 4.000 Euro. Das Spendenziel für 2006 lautet 7.400 Euro.

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ab sofort ihre Rechnungen auf diesem Wege zu kommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: E-Mail Rechnung und Eurer Kundennummer (diese steht auf dem Adressaufdruck der Zeitung).

Kosten werden auch über eine Einzugsermächtigung für die Aboverlängerung eingespart. Ihr habt beim Einzugsverfahren bis zu sechs Wochen die Möglichkeit, diese zu stornieren. Wichtig ist, dass uns eine Änderung der Bankverbindung immer rechtzeitig mitgeteilt wird, da sonst unnötige Gebühren der Banken entstehen. Eine Einzugsermächtigung könnt Ihr formlos an unsere Postanschrift schicken.

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2006

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2006: 7.400 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 154+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

NACHRUF

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
Hans Gottfried Hagen ist am 11.10.2005 verstorben.

Ich kannte Hans G. Hagen als intelligenten, klugen, manchmal auch sperrigen, auf jeden Fall aber eloquenten Verteidiger gewerkschaftlicher und sozial bewegter Ideen und Interessen, also eben menschlicher Ideen. Ich lernte ihn in einem Arbeitskreis der damaligen ÖTV zu Zeitverträgen und Erwerbslosigkeit kennen. Danach sahen wir uns über zwanzig Jahre lang immer wieder – zum Beispiel bei verschiedenen Sozialprojekten, den Grünen, den Kritischen GewerkschafterInnen Ost/West, den Euromärschen, bei verschiedenen Sozialbündnissen, Erwerbsloseninitiativen, beim Berliner Sozialforum und vielen anderen Zusammenhängen.

Er war in diesen sozialen Initiativen unermüdlich tätig, und hier war ihm gerade der Kontakt zu jüngeren und kulturell anders verwurzelten Menschen wichtig, sei es zur Alternativ- oder autonomen Bewegung oder auch bei internationalen Treffen zu Menschen aus anderen Ländern.

Aus einer basischristlichen und humanistischen Fundierung heraus kämpfte er gegen soziale Ungleichheit, Erwerbslosigkeit und Armut, trat aber nie für ein billiges »Arbeit für alle« oder »Vollbeschäftigung für alle« ein, sondern gegen Niedriglohn, Billigarbeit und auch für ein Grundeinkommen bzw. Existenzgeld.

Und er wusste auch warum: Hans und seine Familie lebten und überlebten in den letzten 30 Jahren nur deswegen, weil er für seine Rechte kämpfte, knapp oberhalb der Armutsgrenze, manchmal auch darunter. Er gab diese seine Erfahrungen mit staatlichen Behörden gerne weiter und arbeitete sich als gelernter Architekt, aus der Basis der 68er Bewegung kommend, in juristische, historische, philosophische und politische Theorien ein. Architektur war für ihn aber nicht nur erlernter Beruf, den er leider nur kurz verwirklichen konnte, sondern auch immer wieder auch Gesprächsthema.

Er ging gern in Archive und entdeckte dort Papiere zur Organisierung der Armen und Erwerbslosen und der Arbeiterklasse, die vorher wohl noch keiner entdeckt hatte. Diese Papiere gab er gerne weiter – zum Leidwesen der Schatzmeister der politischen Gruppen, die dann über die Kopierkosten klagten.

Der Umfang seines Wissens und die Querverbindungen, die er gedanklich zog, konnten mich oft verführen, bei zwei, drei Tassen Kaffee (den er trank) und ein, zwei, drei Bier meinerseits die Zeit zu vergessen und diese Gedanken zu wälzen, bis für ihn wieder eine U-Bahn oder S-Bahn nach Spandau fuhr, wo er gerne wohnte. Er war auch und gerade ein Pionier in der Organisierung sozialpolitischer Interessen. Hier war er im positiven Sinne konsequent und hartnäckig, wie kaum ein anderer – manchmal geradezu schweijkisch.

Noch heute erinnere ich mich gerne daran, wie wir zu viert mit ihm im Jahre 1984 einen bundesweiten Gewerkschaftstag der ÖTV durcheinander brachten, um die Aufnahme von Erwerbslosen und – wie wir heute sagen – prekär Beschäftigten durchzukämpfen. Es gelang zum großen Teil, dieses Ziel zu erreichen.

Hans war, solange ich ihn kannte, jemand, der sich dem industriellen Arbeitsrhythmus verweigerte und Reichtum nicht durch Lohnarbeit, sondern in menschlichen Kontakten suchte und auch fand.

Bis zuletzt kämpfte er gegen seine Krankheit an und ging auch auf politische Veranstaltungen, zuletzt sah ich ihn auf einer Veranstaltung gegen Ein-Euro-Jobs.

Nun ist er gestorben – nach langer, schwerer Krankheit. Wir sollten seiner gedenken und aus seinem Denken und Tun die für uns notwendigen Schlüsse ziehen, gerade jetzt wo er nicht mehr unter uns weilt.

Hans, wir werden dich vermissen.●

Hinrich Garms, 13.10.05

Subversive Klangwelten

... so lautet der Arbeitstitel, unter dem ich ab der Januarausgabe 2006, eine Kolumne zum Thema Musik hier in der CONTRASTE regelmäßig füllen werde. Den Auftakt wird eine Rezension des neuen Albums der anarchistischen Ska-Punkband »No Respect« aus Göttingen bilden. Ein paar weitere Bands unterschiedlicher Genres habe ich noch im Ärmel, aber ich bin auch offen für eure Vorschläge, Hinweise und Anregungen für Berichte über interessante Bands und Projekte, die jenseits des Mainstreams sozialkritische Musik spielen. Am besten erreicht ihr mich per Mail über: soziale_revolution@yahoo.de.

Nachdem ich jahrelang als Herausgeber eines kleinen Berliner Punkrockfanzines (»4 Chaos«) und Mitarbeiter des Musikmagazins Wahrschauer mich auf dieses Genre versteift hatte, bin ich mittlerweile offener für die unterschiedlichen Genres und werde versuchen mit dem begrenzten Platz ein breites Spektrum abzudecken – von politischem Folk, über Jazz, Singer-Songwriter bis hin zu Punk und Ska.●

Stay chaotic,
Euer DJ Chaoz

KURT'S SURF CENTER: VERNETZTE KONTAKTBÖRSEN

Krieg um kostenlose Kleinanzeigen

»Zeitungen werden auf der Rückseite von Anzeigen geschrieben« – so ein geflügeltes Wort aus der Medienwelt. Das war einmal. Denn der Kernumsatzbringer von Lokal- und Regionalzeitungen, die bezahlte Kleinanzeige, ist unter Beschuss. Vernetzte Kontaktbörsen im Web scheinen ihr den Garaus zu machen. Die Verlagsszene steht Kopf. Populäre Umsonst- und Billigangebote mit globaler Verbreitung und interaktiver Funktionalität laufen den Printmedien den Rang ab, weil sie Online verfügbar sind.

Die Job- und Autobörsen hatten es schon längst vorgemacht. Als die bekannteste deutsche Autobörse mobile.de neulich für 121 Mio. Euro unter den Hammer kam, konnten die vereinigten Pressezaren (Holtzbrinck, Dr. Ippen, WAZ) nicht mehr mithalten: der Zuschlag ging an ebay.

Medienwissenschaftler gehen von 10 bis 15% Verlust (in den nächsten Jahren) allein bei Stellenanzeigen aus, die der gebeutelte Blätterwald zu verkraften haben wird. Und längst geht es nicht mehr »nur« um Arbeit und fahrbare Untersätze, die per Internet besser zu vermitteln sind. Das klassische Zeitungsinserat selbst droht zu einem Auslaufmodell zu werden.

Vorgemacht hatte es allen ein gewisser Craig Newmark. Seine 1995 gegründete Gratis-Inseratbörse craigslist.org hat sich schon längst zum größten Anzeigenmarkt der Welt gemausert. Astronomische Zugriffszahlen positionieren seine Website in die Liga von Amazon und Co. Dabei war die Entstehung von Craigslist, wie Newmark sagt, nur »ein glücklicher Unfall«. Weiland hatte er begonnen, einen E-Mail-Newsletter über lokale Kunst- und Netzkultur-Events an seine Freunde zu verschicken. Innerhalb kürzester Zeit entstand daraus eine rasch wachsende Online-Börse für viele weitere Themen und Angebote. So kann's kommen.

Seither hat sich das Projekt auf mehr als 110 Städte in den USA und 35 weitere Länder ausgedehnt, darunter auch Deutschland. Seit kurzem gibt es lokale Portale in Frankfurt, Berlin und München. Und die Konkurrenz schläft nicht. Ebay hat sich schon längst für 15 Mio. Dollar Know-How durch Firmenanteile eingekauft und steht in Deutschland unter dem zungenbrecherischen Namen kijiji.de in den Startlöchern. Da darf auch Google nicht fehlen und lanciert seit November 2005 eine Betaversion des neuen Google-service Google-base (base.google.com/base/default). Bereits am Tag nach dem Launch gab es an die 500.000 Neu- und Gebrauchtwagen unter »Cars for Sale«. Alle fünf Stunden kamen 10.000 dazu.

Der Siegeszug der Online-Anzeige hat verschiedene Gründe. Zunächst einmal kostet sie nichts oder wenig (in US-Metropolen wird bei Jobannoncen schon moderat kassiert). Gezahlt wird in der Regel nur im Erfolgsfall (bei Transaktion oder zustande gekommenen Kontakt). Des weiteren wird jeder (legale) Inhalt akzeptiert. Derzeit stürzt sich die Sexindustrie auf Google-Base und aber Tausende von »Adults Only«-Anzeigen werden verzeichnet.

Für die Börsenprovider entsteht neben der exklusiven Präsenz ein weiterer Markt. Adressen und ihre Interessen können zweitverwertet werden und wechseln gegen Bares ihre »Besitzer«.

Demnächst also wohl nicht mehr nur bei der notorisch Anzeigenklammen CONTRASTE: zu Weihnachten wird Dein örtlicher Verleger ein Lied vorweinen und Spendenkampagnen betreiben. Mal sehen.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

DETROIT:

Raum und Ort um neu zu Bauen

Aus der einst boomenden Auto-Metropole Detroit, heute ein riesiger sozialer Brennpunkt, kam die 90jährige Polit-Aktivistin Grace Lee Boggs nach Köln, um bei der »Tagung zur Solidarischen Ökonomie der Stiftung Fraueninitiative« ihre Erfahrungen mit dem ökologischen und sozialen Umbau dieser Industrieruine darzustellen. Ganze Straßenzüge sind derzeit verlassen und verlottert, große Brachflächen dienen als Schrotthalden, Kriminalität, Drogen und Gewalt beherrschen die City. Als vormalige Trotzkistin, die auf Parteien und Staat gesetzt hatte, um ein gutes Leben für alle zu erreichen, wandelte Grace ihre Perspektive hin zum unabhängigen Aufbau selbstorganisierter kleiner Einheiten, zu Urban Agriculture und Selbstversorgung.

Eine Dokumentation des Internationalen Workshops mit dem vollständigen Vortragstext soll 2006 erscheinen.
Weitere Infos unter www.stiftung-fraueninitiative.de

von Grace Lee Boggs, Detroit ● Im Jahre 1973 wählten die DetroiterInnen den ersten schwarzen Bürgermeister der Stadt, Coleman Young, einen ehemaligen Automobilarbeiter, der eng mit dem linken Flügel der Gewerkschaftsbewegung verbunden war. Aber sehr schnell wurde deutlich, dass er trotz seines Linksseins keine Vision zu entwickeln vermochte, wie die Krise der Arbeitsgesellschaft zu überwinden wäre.

Young, der immer noch hoffte, Detroit zu reindustrialisieren, plante eine Glücksspiel-Industrie, die angeblich 50.000 Jobs schaffen sollte. Wir bereiteten ihm eine Niederlage, indem wir DETROITERS UNITING bildeten, ein breites Bündnis von Stadtteilgruppen, die die ethnische und soziale Vielfalt von Detroit verkörperten. Aber während des Kampfes bezeichnete Young uns als »Neinsager« und fragte: »Was ist eure Alternative?«

Die Legitimität von Youngs Frage anerkennend, schrieb Jimmy (*Grace's verstorbener Ehemann, d.Ü.*) eine Rede mit dem Titel »Rebuilding Detroit, a alternative to casino gambling« (siehe www.boggscenter.org). Darin stellte er seine Vision vor: eine neue Art von Stadt, deren Basis Leute wären, die in Stadtteilgemeinschaften lebten, wo BürgerInnen für Entscheidungen über die Entwicklung ihrer Stadt die Verantwortung übernehmen, anstatt sie den PolitikerInnen oder dem Markt zu überlassen, die kleine Geschäfte aufbauen, traditionelles Handwerk pflegen und Güter und Dienstleistungen für die lokale Gemeinschaft herstellen.

Mit anderen Worten: Aufgrund seiner Erfahrung mit der Automatisierung in der Fabrik kam Jimmy zu einer Erkenntnis, die die meisten PolitikerInnen in Detroit immer noch nicht wahrhaben wollen, nämlich, dass wir an das Ende des Zeitalters gelangt sind, das mit der Einzäunung von Grundstücken und der Migration vom Land in die Städte begann, um Arbeitskräfte für die Industrie zu liefern. Unsere Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehe darin, lokale, mehr selbstversorgende und nachhaltige Ökonomien aufzubauen – Ökonomien, die die Arbeit und unser Verhältnis zur Erde neu definieren, und die Gemeinschaften wieder aufzubauen, die durch unsere konsumorientierte Monokultur und die Inwertsetzung all unserer Beziehungen so rücksichtslos zerstört wurden.

Anders ausgedrückt: Statt die Zehntausende leeren Räume, die wie Pilze überall in Detroit entstehen, als Schandflecke zu empfinden, müssten wir sie als Möglichkeiten sehen, unsere eigenen Nahrungsmittel anzubauen, das Land in die Stadt zu bringen und eine neue Kultur zu kreieren, die auf menschlicheren Arbeitsformen und neuen lebensbejahenden Werten im scharfen Gegensatz zu den Werten von Materialismus, Individualismus und Wettbewerb stehen, die uns in diese Sackgasse gebracht haben.

Um dieser Vision näherzukommen, organisierten wir im November 1991 ein »Peoples Festival of community organizations«. Einige Monate später gründeten wir »Detroit Summer« – ein multikulturelles, intergenerationelles Jugendprogramm. In den letzten 13 Jahren hat »Detroit Summer« junge Leute angezogen, die Gemeinschaftsgärten anbauen, Häuser wieder instand setzen und öffentliche Wandbilder malen. Diese jungen Leute haben dann selbst neue Programme kreiert wie »Poetry for Social Change Workshops« und »Back Alley Bikes«, ein Projekt, in dem Jugendliche sich ihre eigenen Fahrräder verdienen, indem sie von UnterstützerInnen gestiftete Räder reparieren. Seitdem ergaben sich ständig neue Entwicklungen.

Gerald Hairston, ein ehemaliger Automobilarbeiter, Gärtner und leidenschaftlicher Umweltschützer, schloss sich uns an. Durch ihn erfuhren wir, dass im Süden geborene ältere Menschen, meist, aber nicht nur Afro-AmerikanerInnen (Gerald nannte sie »Gardening Angels«) bereits Gärten in ihren Hinterhöfen und benachbarten Parzellen anlegten – nicht nur, um gesünderes Essen für sich selbst und ihre NachbarInnen zu produzieren, sondern auch, um bei jungen Leuten Respekt für die Natur zu wecken. Sie erhielten Startpakete mit Samen und Pflugdienste vom »Farm-a-Lot« – Programm der Stadt (Farm-a-Lot = Bebaue eine Parzelle) und arbeiteten eng mit Jugendlichen zusammen, um sie in alle Aspekte des Gärtnerns, der Ernährung und Nahrungsmittel-Konservierung einzuführen. Sie bauten nicht nur Lebensmittel an – sie haben auch die Menschen aufgebaut..

Ein weiterer Teilnehmer war Mel Chin, ein international berühmter Bildhauer, dessen Kunst Alchemie, Botanik und Ökologie verbindet. Beispielsweise hat Mel brachliegendes Industriegelände gereinigt, indem er »hyperakkumulierende« Pflanzen anbaute, die auf natürliche Weise dem Boden die Schwermetallgifte entziehen und deren Asche Metalle liefert, die wiederverwendet werden können. In einem verlassenen Haus in Detroit baute er eine Gourmet-Pilz- und Wurm-Zucht auf.

Dann kreierte eine Projektgruppe an der Architekturschule der University of Detroit »Adamah« (hebräisch: »von der Erde«), eine Vision, wie ein Gebiet von 2-1/2 Quadratmeilen im Ostteil Detroits in eine selbstversorgende Gemeinschaft verwandelt werden könnte – mit Gemüseanbau, mit einer Baumschule und einer Sägemühle, um Holz zu produzieren, Windrädern, um Energie herzustellen, Schulen, die Gemeinschaftsarbeit im Lehrplan haben und Wohngemeinschaften und individuelle Wohnungen anbieten.

Grace Lee Boggs — Foto: Usche Mields

Als die Kunde dieser Aktivitäten sich verbreitete, begannen Unistudierende nach Detroit zu kommen, einige um beim »Detroit Summer« teilzunehmen und andere um zu bleiben, weil sie beim Aufbau einer Stadt des 21. Jahrhunderts von ganz unten mitmachen wollen. In den 1970er Jahren mussten junge Leute nach Wyoming und Arizona, um gegenkulturelle Kommunen zu gründen. Jetzt können sie nach Detroit kommen und am Aufbau einer Bewegung teilnehmen. Überall in der Stadt existieren nun Tausende Familiengärten, Hunderte Gemeinschaftsgärten und Dutzende von Schulgärten.

Vor 15 Jahren schien die urbane Landwirtschaftsbewegung eine ferne Utopie. Aber mit dem Schwinden fossiler Brennstoffe, steigenden Benzinpreisen und globaler Erwärmung erscheint sie nun machbar.

1990 versammelten die »Bioneers«, von Kenny Ausubel und Nina Simons gegründet, Hunderte und dann Tausende Menschen aus dem ganzen Land bei ihren Oktoberkonferenzen, die praktische Workshops mit visionären Plena verbanden. Bis Herbst 2004 machten fünfzehn Städte mit – von Anchorage/Alaska bis Traverse City/Michigan. Eine erste »Great Lakes Bioneers« Konferenz mit 400 TeilnehmerInnen wurde in Detroit abgehalten.

Wie es weitergeht, hängt viel von zukünftigen Ereignissen und Kämpfen ab. Als ich an der diesjährigen »Bioneers-Konferenz« teilnahm, ist mir klargeworden, dass die Hurrikans Katrina und Rita bei den AmerikanerInnen eine Art von Nachdenken in Gang gesetzt haben, wie ich es seit den 1960er Jahren nicht erlebt habe. Auf der Gefühlsebene erkennen Millionen AmerikanerInnen, dass dies menschengemachte Katastrophen waren. Der nächste große Schritt hängt vielleicht davon ab, wie Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeitende, die sich an den Mittelklasse-Lebensstil im American Century gewöhnt haben, auf die drastischen Lohn- und Sozialbeitragskürzungen reagieren.

Wie werden die Millionen, die nun mit dem Rücken zur Wand stehen, sich verhalten? Werden ihre Kämpfe darauf fußen, dass sie ein vermeintliches Recht auf den amerikanischen Lebensstandard haben – egal, was für katastrophale Konsequenzen dieser für Millionen in aller Welt hat? Oder können sie erkennen, dass AmerikanerInnen einfacher leben müssen, damit andere einfach leben können?●

Textbearbeitung: Ariane Dettloff, Redaktion Köln

GLOSSE

Eine schöne Geschichte über Herrn Müller

Das hier, das ist der Herr Müller. Der Herr Müller kommt aus Aretsried, das liegt in Bayern, also ganz im Süden.

Der Herr Müller ist ein Unternehmer und das, was in den Fabriken von Herrn Müller hergestellt wird, habt ihr sicher alle schon mal gesehen, wenn ihr im Supermarkt wart. Der Herr Müller stellt nämlich lauter Sachen her, die aus Milch gemacht werden. Na ja, eigentlich stellen die Kühe die Milch her, aber der Herr Müller verpackt sie schön und sorgt dafür, dass sie in den Supermarkt kommen, wo ihr sie dann kaufen könnt.

Die Sachen, die der Herr Müller herstellt sind so gut, dass sogar der Herr Bohlen dafür Werbung gemacht hat. Weil der Herr Müller ein Unternehmer ist, hat er sich gedacht, er unternimmt mal was und baut eine neue Fabrik. Und zwar baut er sie in Sachsen, das ist ganz im Osten.

Eigentlich braucht niemand eine neue Milchfabrik, weil es schon viel zu viele davon gibt, und diese viel zu viele Milchprodukte produzieren, aber der Herr Müller hat

sie trotzdem gebaut. Und weil die Leute in Sachsen ganz arm sind und keine Arbeitsplätze haben, unterstützt der Staat den Bau neuer Fabriken mit Geld. Arbeitsplätze hat man nämlich im Gegensatz zu Milchprodukten nie genug. Also hat der Herr Müller einen Antrag ausgefüllt, ihn zur Post gebracht und abgeschickt.

Ein paar Tage später haben ihm dann das Land Sachsen und die Herren von der Europäischen Union in Brüssel einen Scheck über 70 Millionen Euro geschickt. 70 Millionen, das ist eine Zahl mit sieben Nullen, also ganz viel Geld. Viel mehr, als in euer Sparschwein passt. Der Herr Müller hat also seine neue Fabrik gebaut und 158 Leute eingestellt. Hurra, Herr Müller.

müller Unternehmensgruppe Theo Müller

Nachdem die neue Fabrik von Herrn Müller nun ganz viele Milchprodukte hergestellt hat, hat er gemerkt, dass er sie gar nicht verkaufen kann, denn es gibt ja viel zu viele Fabriken und Milchprodukte. Na ja, eigentlich hat er das schon vorher gewusst, auch die Herren vom Land Sachsen und der Europäischen Union haben das gewusst, es ist nämlich kein Geheimnis. Das Geld haben sie ihm trotzdem gegeben. Ist ja nicht ihr Geld, sondern eures. Klingt komisch, ist aber so.

Also was hat er gemacht, der Herr Müller? In Niedersachsen, das ist ziemlich weit im Norden, hat der Herr Müller auch eine Fabrik. Die steht da schon seit 85 Jahren und irgendwann hatte der Herr Müller sie gekauft. Weil er jetzt die schöne neue Fabrik in Sachsen hatte, hat der Herr Müller die alte Fabrik in Niedersachsen nicht mehr gebraucht, er hat sie geschlossen und 175 Menschen haben ihre Arbeit verloren.

Wenn ihr in der Schule gut aufgepasst habt, dann habt ihr sicher schon gemerkt, dass der Herr Müller 17 Arbeitsplätze weniger geschaffen hat, als er abgebaut hatte. Dafür hat er 70 Millionen Euro bekommen. Wenn ihr jetzt die 70 Millionen durch 17 teilt, dafür könnt ihr ruhig einen Taschenrechner nehmen, dann wisst ihr, dass der Herr Müller für jeden vernichteten Arbeitsplatz über 4 Millionen Euro bekommen hat.

Da lacht er, der Herr Müller. Natürlich nur, wenn niemand hinsieht. Ansonsten guckt er ganz traurig und erzählt jedem, wie schlecht es ihm geht. Aber der Herr Müller sitzt nicht nur rum, sondern er sorgt auch dafür, dass es ihm besser geht. Er ist nämlich sparsam, der Herr Müller.

Sicher kennt ihr die Becher, in denen früher die Milch von Herrn Müller verkauft wurden. Die schmeckt gut und es passten 500 ml rein, das ist ein halber Liter. Seit einiger Zeit verkauft der Herr Müller seine Milch aber in lustigen Flaschen, nicht mehr in Bechern. Die sind praktisch, weil man sie wieder verschließen kann und sehen hübsch aus. Allerdings sind nur noch 400 ml drin, sie kosten aber dasselbe. Da spart er was, der Herr Müller. Und sparen ist eine Tugend, das wissen wir alle.

Wenn ihr jetzt fragt, warum solche ekelhaften Schmarotzer wie der Herr Müller nicht einfach an den nächsten Baum gehängt werden, dann muss ich euch sagen, dass man so etwas einfach nicht tut. Wenn ihr aber das nächste mal im Supermarkt seid, dann lasst doch einfach die Sachen vom Herrn Müller im Regal stehen und kauft die Sachen, die daneben stehen. Die schmecken genauso gut, sind meistens billiger und werden vielleicht von einem Unternehmer hergestellt, für den der Begriff »soziale Verantwortung« noch eine Bedeutung hat.●

Quelle: Internet

Anzeige

Forum Recht

Die aktuelle Ausgabe mit dem Schwerpunkt "It`s the equality stupid! Recht gegen Diskriminierung" unter

Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegung

www.forum-recht-online.de

Hrsg: Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (BAKJ)

UCKERMARK: BEGINNT HIER DAS LEBEN NACH DEM WACHSTUMSVERSPRECHEN?

Leben (wie) in der Uckermark

»Die eigene materielle Krise zwingt zum Sparen, zum Nichtwegwerfen usw. – und erst danach wird daraus eine neue Moral«.

Wenn der Berliner Kultursenator mal wieder Bockmist gemacht hat, sagen die Medien gerne, er solle in die Uckermark gehen. Gemeint ist: ins Abseits. Die Region nord-nordöstlich von Berlin gilt heute als Prototyp einer peripherisierten, nicht förderfähigen und eigentlich für Deutschland unnötigen Region. Auch die Menschen dort braucht man nicht..

von Hans-Peter Gensichen ● Doch die Uckermark ist dabei, die vielleicht blühendste Landschaft Deutschlands zu sein. Nicht nur wegen der Massen von Naturschutzgebieten, sondern auch wegen der brach liegen gelassenen Felder und der ruhigen, fast leergesiedelten Dörfer. – Helmut Kohls »blühende Landschaften« werden nirgendwo so komplett realisiert wie in Angela Merkels Herkunftsregion – nur eben ganz anders, als blühende Öko-Brache und Sozio-Brache.

Manche klugen Kommentatoren aus den großen Städten, auch »Wachstumskerne« genannt, sehen in der Uckermark die »DDR« verwirklicht: Dort wohnt »Der Doofe Rest«. Keiner zieht hin, nur aus Polen kommen welche rüber. Wer aber etwas drauf hat, geht weg.

In Wirklichkeit tut sich dort etwas Wichtigeres und Besseres.

Die Wachstumswelt spielt dort keine Rolle mehr, das Paradigma »Wachstum« hat sich hier bereits erledigt und verflüchtigt. Weder die Wirtschaft noch die Geburtenrate noch die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften noch die Steuereinnahmen noch der Intelligenzquotient noch das moralische Niveau noch die Zahl der Arbeitsplätze noch der Lebensstandard noch die Dichte des Busnetzes noch die Zahl der Arztpraxen noch die Wahlbeteiligung steigen dort. Sie stagnieren nicht einmal, sondern sie schrumpfen-schrumpfen-schrumpfen.

Für wen das Wachstumsparadigma noch gilt, der muss das grässlich finden. Aber gilt es überhaupt? In der Uckermark klarerweise schon nicht mehr. Mithin: Die Einschätzung »grässlich« ist selber grässlich, weil sie die Uckermark mit inadäquaten Maßstäben misst.

Gar nicht so doof, beginnt der »Doofe Rest« in der Uckermark schon, ein Leben NACH dem Wachstumsversprechen zu erfinden. Nicht gerne, nicht euphorisch, nicht relaxed. Sondern noch maulend, chaotisch, ziellos, unter dem Druck der Notwendigkeit und ohne Hilfe, weder aus Brüssel noch aus Berlin. Aber ziemlich bunt und ziemlich wild.

● Der arbeitslose Heinzi aus Grutzkow sammelt alte Flaschen für den Glasbläser Gerd, der daraus Sektkelche macht.

● Ein emeritierter Technologie-Professor aus Greifswald befasst sich mit der Reparierbarkeit von Haushaltsgeräten und fängt bei Toastern an.

● Die alte Brigitte Schubbutat erntet Heilwurzeln und verkauft diese an eine Apotheke in Polen.

● Der Pizzafahrer Kasimier kombiniert Pizzaausfahren und Taxitouren, weil kein Bus mehr fährt.

● Ein frustrierter Bergbauingenieur gestaltet brach liegende Felder im Sinne von Land Art.

● Einer Burg, 1995 euphorisch als Kulturburg wiedereröffnet, gehen die reichen Touristen aus, und sie wird zum Domizil der AG Reparierbarkeit jenes Greifswalder Professors.

● Ein arbeitsloser Pfarrer schreibt einen Essay über die Chancen des Schrumpfens.

● Eine intakte Fabrikhalle wird für Null Euro vermietet – man muss nur die Nebenkosten zahlen.

● Die Postbotin der Region kauft in der Stadt für die alten Leute des Dorfes ein und verwaltet auch deren Konto.

● Der Ex-Alki Dirk sammelt Regenwürmer, die er, 20 Stück in einer Tüte, an Hobbyangler aus Berlin verkauft, weil die nicht wissen, wo man Regenwürmer findet.

● Eine Designerin erfindet ein elektrisches Entnagellungsgerät. Mit dem entnagelten Holz aus den vielen Abrisshäusern heizen sie die Burg.

Also eher stachlige und hässliche Blüten auf dieser blühenden Brache. Und stinken sie nicht auch?

So beginnt es jedenfalls in der Uckermark: bunt, autark, spinnert und blühend.

Einmal nach dort geschaut – und wieder zurück –, wird klar: Schrumpfung gibt es nicht nur im Nordosten.

Wirtschaftswachstum wirkt sich in Deutschland nirgends mehr auf Arbeitsplätze aus – und wenn, dann negativ. Geburten gehen überall zurück, ebenso Steuereinnahmen und Subventionen. Das Quantum an Werten schrumpft und schrumpelt hier wie dort, das des Lebensstandards nicht minder. Und Schrumpfung ist bereits ein Komplex von Schrumpfungen, kein Detail mehr, nirgends. Fast möchte man bereits von einem System des Schrumpfens sprechen.

Die Uckermark ist kein Sonderfall, sondern nur etwas eher und etwas schärfer dran. Vorarbeiter für Deutschland. Was das hässliche Niedergehen und auch was das bunte Blühen anbelangt.

Wie bricht man mit dem Paradigma »Wachstum« in den Köpfen? Schwere Frage. »Wachstum« ist ja die beliebteste und verbreitetste Religion! Und nicht nur auf Wahlkampfplakaten und in anschließenden Koalitionsvereinbarungen. Sondern ebenso bei Kritikern des Wahlkampfs und der Koalitionsvereinbarung. In der Uckermark freilich kann man beobachten, wie diese Religion abstirbt: Ohne Rhetorik, ohne Ethik, ohne Vordenker. Aus der Not wird ein Handeln und dann aus dem Tun eine Tugend.

Umweltschützer hätten, was Tugend betrifft, noch eine Chance: Zu erkennen, dass es Schrumpfung war, die der *Club of Rome* 1972 so dringend empfahl. Und dass das, was wir damals nur diskutiert haben, jetzt – wenn auch nicht nach unseren Wünschen – kommt. Und es im Sinne von 1972 anzunehmen. Auch wenn es nun so anders, so gar nicht durch unsere Einsicht, herbeigeführt wird. Die Chance haben sie; aber ob sie sie umsetzen? Man merkt nichts.

Was aber Regierungen betrifft: Die sind keine Motoren von irgendetwas. Reagieren auf Unvermeidliches sollten sie immerhin. Die Uckermark im Nacken und ganz Deutschland vor sich. Sie sollten

● Staatsschulden abschaffen und verbieten. Staatsschulden »gehen« überhaupt nur in Wachstumsgesellschaften; und wir sind keine mehr.

● Den geradezu »regierungsamtlichen« Glauben fahren lassen, dass eine florierende Wirtschaft Arbeitsplätze schaffe. Für diesen Glauben spricht nichts mehr.

● Der Staat muss starken Druck ausüben, dass Teilzeitarbeit absolut vorherrscht und Ganztagsjobs die absolute Ausnahme bilden.

● Die Steuereinnahmen müssen wirtschaftswachstumsunabhängig werden. Die Finanzierung der wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben kann nur noch wirtschaftswachstumsunabhängig funktionieren.

● Subventionen müssen, wenn es überhaupt noch welche geben kann, in Schrumpfungs- und Rückbauprojekte gehen.

● Infrastruktureller Zwang wie Zwangsanschluss an Wasser und Strom muss aufgegeben werden. Er ist für Arme in sehr dünn besiedelten Gebieten nicht realisierbar. An seine Stelle müssen nachbarschaftliche Modelle treten: Kleine gemeinsame Klärgruben oder auch Strom- und Wärmeerzeugung...

● Die Fixierung auf dauerhafte Berufsarbeit für alle (»Erster« Arbeitsmarkt) muss aufgegeben werden. Der »Zweite« wird faktisch schon zum dominierenden; er muss auch rechtlich der Erste werden.

● Die Schule muss nicht mehr auf diesen ehemaligen »Ersten Arbeitsmarkt« vorbereiten, sondern auf eine neue Tätigkeitsfindungsgesellschaft. Sie muss sich also völlig ändern.

● Der minimalen Geburtenrate müssen kleine Schulen für weniger Kinder entsprechen – nicht große Zentralschulen mit immer längeren Anfahrtszeiten.

● Sozial sind nicht mehr Leistungen, die Zusätze zum Lohn/Gehalt sind oder die für die Zeit vor, zwischen oder nach der Berufsarbeit gelten. Sozial ist jetzt eine Grundsicherung (Bürgergeld) von der Wiege bis zur Bahre. Soziales also nicht als Überbau, sondern als Basis.

● Die große europäische Aufgabe ist nicht eine EU-Verfassung oder ähnliches, sondern eine Lebensstandardangleichung der EU-Bevölkerungen. Für Deutschland heißt das: Wohlstandsschrumpfung; und zwar gewollt und als Programm.

Es tut Heinzi – und dem Professor – Kasimier – Frau Schubbutat – und der Postbotin gut, wenn Regierungen Rahmenbedingungen für sie schaffen. Ihre Handlungsmuster können sich dann schneller verbreiten. Aber was diese Leute jetzt praktizieren, praktizieren sie längst – auch ohne Regierung. Regierende tun also vor allem sich selbst einen Gefallen, wenn sie jene unterstützen, die sich im schrumpfenden Land durchwursteln und es neu gestalten. Wenn sie ihnen nicht helfen, werden die Aufgaben dennoch gelöst, doch ohne Regierende. Die werden dann nur unnötiger; und das wollen sie ja vielleicht doch nicht.

Visionär an diesem Entwurf ist keiner der genannten Fakten. Diese sind, in Ansätzen, alle schon irgendwo und irgendwie Realität. Und sie werden sich auch – chaotisch, aber logisch – weiter Bahn brechen. Visionär wäre es, aus einem Prozess, der uns längst erfasst hat, den wir aber immer noch durch die Wachstumsbrille betrachten und darum für »leider« und »vorübergehend« und »hinderlich« oder für gar nicht existent halten, eine akzeptierte Sache und einen programmatischen Weg zu machen.●

Hans-Peter Gensichen (Lutherstadt Wittenberg) hat im Oktober 2005 seinen Zukunftsroman »Uckermark« veröffentlicht. In die Romanhandlung eingebettet ist der Essay »Chancen des Schrumpfens«. Mehr dazu unter www.schrumpfen-in-deutschland.de **oder unter** www.zukunft-uckermark.de

Der Autor Hans-Peter Gensichen, evangelischer Theologe, 61 Jahre alt, war früher maßgeblicher Impulsgeber der ostdeutschen kirchlichen Umweltbewegung, jetzt im »Ruhestand«. Kontakt: gensichen@tun-lassen.de
Dieser Auszug ist eine Ultra-Kurzfassung. »Hier fehlt nun freilich alles Belletristische«, so der Autor.

Anzeige

BERLIN: HAUSPROJEKT BETHANIEN-NEWYORCK59

Nach Räumungsbeschluss befristeter Mietvertrag

Ein Durchatmen bei den ca. 60 BesetzerInnen im Seitenflügel des Künstlerhauses Bethanien in Berlin-Kreuzberg. Ein Räumungsbeschluss, der am 1. November ausgerechnet von Cornelia Reinauer, Bürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg für die Linkspartei.PDS mitunterzeichnet wurde, hing seit über einer Woche drohend in der Luft. Mit ihr hatten die SPD-Mitglieder im Bezirksamt gestimmt. Nur die Grünen hatten sich gegen die Räumung ausgesprochen.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die Räumung des teilbesetzten Künstlerhauses Bethanien scheint vorerst vom Tisch zu sein. Wie das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg am 11.11.2005 überraschend mitteilte, soll dem Wohnprojekt im Südflügel des Hauses ein befristeter Nutzungsvertrag angeboten werden. Dieser gelte, bis über das laufende Bürgerbegehren gegen den Verkauf des Hauses entschieden sei. Das kann mehr als sechs Monate dauern. Der Vertrag müsse zudem eine »vollstreckbare Räumungsverpflichtung nach Ende der Vertragslaufzeit« enthalten, hieß es weiter in der Mitteilung. Der Bezirk gesteht damit ein, dass die gerade erst beschlossene Räumung derzeit kaum durchführbar ist. Ein rechtssicherer Weg würde Monate in Anspruch nehmen, heißt es in der Mitteilung des Bezirksamts. Eine solche Erkenntnis hätte die Linkspartei.PDS und die SPD im Bezirk auch schon früher haben können. Aber so ist das nun mal in der Politik.

Die Drohung gegen das Hausprojekt »NewYork59« stand offenbar im Zusammenhang mit einem Bürgerbegehren gegen die Privatisierung des Künstlerhauses. Das Bezirksamt will das Haus loswerden, um die laufenden Kosten zu sparen. Als die Privatisierungspläne bekannt wurden, hatte sich eine »Initiative Zukunft Bethanien« gegründet. Mit dem Bürgerbegehren will sie den Verkauf des Hauses an den privaten Investor Michael Arendt verhindern. Die Initiative hatte Mitte Oktober ihre Fragestellung an die Anwohner beim Bezirksamt eingereicht. Nun soll die Unterschriftensammlung beginnen. Bis zum Abschluss des Bürgerbegehrens, so die Zusage von Bezirksstadtrat Lorenz Postler (SPD), werde der Komplex nicht verkauft. Eine polizeiliche Räumung des Seitenflügels, so befürchteten Besetzer und Bürgerinitiative gemeinsam, solle dem Entscheid nun vorgreifen und die sich entwickelnde Bewegung für ein gemeinsames und offenes Künstlerhaus ausbremsen.

Das Bethanien ist besetzt ...

Das Räumungsbegehren war zuvor an der Haltung der Polizei gescheitert. Denn eine anhaltende viermonatige Besetzung, die vom Bezirk geduldet wurde, schließt eine polizeiliche Räumung aus. Diese ist nur direkt nach der Besetzung oder bei Straftaten aus dem besetzten Haus heraus möglich. Laut einem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom Juli 2003 wurde die im Sommer 1997 erfolgte polizeiliche Räumung des langjährig besetzten Hauses in der Rigaer Straße 80 in Friedrichshain im Nachhinein für illegal erklärt. Auch für Hausbesetzer gelte das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung.

Das Angebot eines »Nutzungsvertrages mit Entgelt« richtet sich nicht an die HausbesetzerInnen sondern an die »Initiative Zukunft Bethanien«. Die soll die derzeit besetzten zwei Etagen anmieten. Dabei soll aber eine der Etagen zwischen März und Juli 2006 »freiwillig« geräumt werden. Denn für diesen Zeitpunkt hat der Bezirk das Haus schon den Initiatoren der »StreetFootballworld« versprochen, die parallel zur Fussball-WM im Sommer 2006 auf dem Mariannenplatz stattfinden soll. 240 Kinder und Jugendliche sollen dann vorübergehend im Künstlerhaus untergebracht werden.●

Mehr: www.yorck59.net

SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE KÖLN-MÜLHEIM

Oscar-Romero-Preis 2005 an die SSM verliehen

**»Die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim erhält den Oscar-Romero-Preis 2005 für ihr beispielhaftes soziales Engagement.
Durch ihre gelebte Praxis der Selbsthilfe und Solidarität verkörpert sie nicht nur eine glaubwürdige Alternative zur Ideologie einer kapitalistischen Wettbewerbs- und Verdrängungsgesellschaft; durch ihre Arbeit ermöglicht sie auch jenen, die ausgegrenzt und marginalisiert werden, ein Leben in Würde und ermutigt sie, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen.«**

Am Sonntagnachmittag, den 28. August, wurde im Rahmen des 9. Eine-Welt-Tages auf dem Bonner Marktplatz zum zweiten Mal der mit 1.000 Euro dotierte Oscar-Romero-Preis verliehen. Bei strahlendem Sonnenschein nahmen viele Bonnerinnen und Bonner daran teil. Diesjähriger Preisträger ist die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim (SSM) aus Köln. In dieser Gruppe haben sich Menschen zusammengeschlossen, die gemeinsam arbeiten, wirtschaften und leben wollen, Menschen jeden Alters und aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Unter ihnen sind auch einige, denen der herkömmliche Arbeitsmarkt keine Chance einräumt: Arbeitslose, Obdachlose und Behinderte, psychisch Kranke, ehemalige Drogenabhängige und Querdenker. Sie alle verdienen sich hier durch Umzüge, Wohnungsauflösungen und einen Second-Hand-Laden ihren Lebensunterhalt selbst.

»Bei der SSM sitzen alle im selben Boot und alle rudern mit, so gut sie können. Keiner ist überflüssig«, so

lautet eine zentrale Aussage in der Selbstdarstellung der SSM. Mit ihrem vielfältigen Engagement in unterschiedlichen sozialen Initiativen, insbesondere auch für eine Entwicklung von Mülheim, die die Menschen und Initiativen im Veedel (Übers. Viertel) einschließt und nicht verdrängt, verkörpert die SSM die Hoffnung, dass die Unteren und Ausgeschlossenen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Dies ist einer der entscheidenden Gründe dafür, dass der Mülheimer Initiative der Oscar-Romero-Preis 2005 zugesprochen wird. Der nach dem 1980 ermordeten Erzbischof von San Salvador benannte Preis wird alle zwei Jahre vom Förderkreis Oscar-Romero-Haus e.V. in Bonn gestiftet. Der Verein will damit Einzelpersonen, kleine Gruppen oder Initiativen aus dem Köln-Bonner Raum unterstützen und stärken, die sich in überzeugender Weise für Ausgegrenzte und Entrechtete einsetzen. (Artikel entnommen www.oscar-romero-haus.de)●

Interview mit SSM-Mitbegründer Rainer Kippe

Neue Rheinische Zeitung: Was bedeutet dieser Preis für Euch?

Rainer Kippe: Wir haben bereits 1999 eine Auszeichnung als »Zukunftsprojekt« im Rahmen des Robert Jungk-Preises NRW bekommen. Darum hatten wir uns beworben. Diesmal war das anders. Die sind einfach auf uns zugekommen, und das war schon ein tolles Gefühl. Oscar Romero ist ja auch nicht irgendwer, sondern einer, der mit seinem Leben für die Unterdrückten eingetreten ist. Wir hatten jetzt zum Weltjugendtag Pilger aufgenommen, und ganz zufällig waren die aus El Salvador. Die kannten Oscar Romero teilweise persönlich oder waren bei dem Attentat auf ihn zugegen gewesen. Als sie von dem Preis gehört haben, haben sie uns kleine Medaillen mit dem Bild des Bischofs geschenkt.

»Mich könnt ihr töten, nicht aber die Stimme der Gerechtigkeit.«

Oscar Romero (1917-1980)

Oscar Romeros radikales Eintreten für die Armen, Entrechteten und Ausgebeuteten, sein unbeugsamer Einsatz für Gerechtigkeit machte ihn zu einer herausragenden Stimme der lateinamerikanischen Befreiungstheologie. Seine Ansprachen und Predigten, in denen er die Verbrechen des Militärs, der Regierung und der herrschenden Oligarchie anprangerte, wurden in zahlreichen Ländern Lateinamerikas im Rundfunk übertragen. In seiner letzten Predigt in der Kathedrale von San Salvador hatte er die Soldaten zur Befehlsverweigerung aufgefordert. Am 24. März 1980 wurde er während des Gottesdienstes am Altar ermordet.

Longo maï, Frankreich

Das neue Landstück vom Mas de Granier

Schon vor fünfzehn Jahren, als wir uns auf den zwanzig Hektar des Mas de Granier in der Crau (bei Arles) niederließen, fühlten wir uns etwas eingeengt. Wir hofften, später zusätzliches Land zu finden, um die Anbaufläche des Weilers zu vergrößern. Im Laufe der Zeit boten sich mehrere Möglichkeiten, und wir bewarben uns jeweils für den Landkauf. Die verantwortlichen Instanzen entschieden sich jedoch jedes Mal gegen uns. So gab es weit und breit kein weiteres Land mehr, außer einer direkt angrenzenden Parzelle, die seit zehn Jahren brach lag.

Hannes und Albert, Longo maï ● Diese Parzelle bot keinen schönen Anblick: Das Terrain war früher für industriellen Gemüseanbau genutzt worden. Es war von eingegrabenen Plastikplanen, Drähten, Stücken von Bewässerungsschläuchen und Plastikfetzen übersät. Gleichzeitig diente es als Schutt- und Lagerplatz für ein Bauunternehmen. Gegen Ende des Jahres 2004 teilte uns die staatliche Organisation SAFER mit, die das Vorkaufsrecht auf alle landwirtschaftlichen Böden in Frankreich besitzt, dass die angrenzenden 6,8 Hektar zum Verkauf stünden, und der Eigentümer bereits mit dem Bauunternehmer einen Vorkaufsvertrag abgeschlossen hätte. Falls wir ebenfalls interessiert wären, müssten wir uns innerhalb von zwei Wochen entscheiden!

Der Preis des Landstücks erschien uns mit 114.000 Euros teuer. Außerdem würde es große Anstrengungen kosten, den missbrauchten Boden für biologische Landwirtschaft zurückzugewinnen. Jedoch hat die Parzelle den großen Vorteil, dass sie das gesamte Terrain des Mas abrundet, bewässerbar, aber nicht überschwemmungsgefährdet ist, wie die anderen Teile des Weilers. Es war uns klar, dass wir einer Zweckentfremdung des landwirtschaftlichen Bodens nur durch den Erwerb des Landes zuvorkommen konnten. Alle Genossenschafterinnen und Genossenschafter des Mas de Granier waren sich einig: Wir versuchen es!

Danach diskutierten wir mit den anderen Longo maï-Kooperativen, in denen es Zweifel an der Verhältnismäßigkeit unseres Vorhabens gab. Es stellte sich heraus, dass der hohe Preis in der Region leider so üblich ist und eine Reduktion nicht in Frage kam. Schlussendlich beschlossen wir gemeinsam, uns als Käufer des Landes zu bewerben. Entgegen allen Erwartungen sprach uns die SAFER im vergangenen Februar das Landstück zu. Wir mussten einen Überbrückungskredit aufnehmen, um das Land kaufen zu können. Inzwischen haben wir die neue Parzelle in unsere Schweizer Stiftung »Europäischer Landfonds« integriert, wie wir dies schon vorher mit den Böden aller Kooperativen getan hatten. Mit der Stiftung als Eigentümerin ist das Land unteilbar und vor möglicher Spekulation und Zweckentfremdung auf Dauer geschützt. Die Menschen, die auf dem Hof leben und ar-

Viele Leute säuberten das Land vom Müll der industriellen Landwirtschaft

beiten, haben ein lebenslanges Nutzungsrecht.

Für das neue Terrain gibt es schon einige Pläne. Diesen Herbst werden wir es umpflügen, um die Erde zu lüften und den noch eingegrabenen Unrat an die Oberfläche zu befördern, den wir dann einsammeln. Anschließend werden wir Getreide einsäen. Auf einem Teil des Landstücks wollen wir später Heu produzieren, wobei es einige Jahre dauern wird, bis eine gute Mähwiese entsteht. Wir können endlich verschiedene Obstbäume anpflanzen, Getreide für die Tiere und für unser Brot anbauen. Die Parzelle wollen wir durch Hecken unterteilen, in denen Vögel nisten können.

Am 11. Juni dieses Jahres feierten wir das fünfzehnjährige Bestehen des Mas de Granier. Zu diesem Anlass kamen zahlreiche Freunde und Freundinnen aus der Region, um das Fest zu genießen und mit uns das neue Landstück vom Müll der industriellen Landwirtschaft zu säubern. Nach und nach werden wir diesen Flecken Erde wieder seiner Bestimmung zuführen, dass heißt gesunde Lebensmittel produzieren und eine vielfältige Fauna und Flora beherbergen – entgegen der allgemeinen Tendenz einer hochsubventionierten, intensiven Landwirtschaft, welche Böden und Wasser verseucht, sowie ohne billige und rechtlose Arbeitskräfte nicht auskommt.●

Verkauf von symbolischen Aren

Damit der Kauf des Landstücks endgültig gesichert ist, müssen wir den Überbrückungskredit zurückzahlen, Zu diesem Zweck verkaufen wir symbolische Aren zu je 265 CHF.

Wenn Sie Interesse an dieser Aktion haben und unverbindlich mehr Informationen möchten, halten wir das Dossier »15 Jahre Longo maï in der Crau« und das Muster eines Anteilscheins für Sie bereit.

Zu bestellen bei:
Pro Longo Maï, Postfach, CH-4004 Basel
Tel. 0041-61-262 01 11

BERUFSVERBOT AUCH IN HESSEN

Antifaschistische Arbeit verhindert Einstellung

Der Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy (35) darf auch in Hessen nicht unterrichten. Nachdem bereits im August 2004 das baden-württembergische Kultusministerium seine Übernahme in den Schuldienst abgelehnt hatte, wurde nun seine Einstellung im hessischen Heppenheim durch eine Intervention des hessischen Innenministeriums verhindert. Und das, obwohl sich Michael Csaszkóczy in dem Bewerbungsverfahren um eine Stelle durchgesetzt und bereits die schriftliche Einstellungszusage des Staatlichen Schulamtes Kreis Bergstraße und Odenwaldkreis vorliegen hatte.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Zur ersten Lehrerkonferenz an der Heppenheimer Martin-Buber-Schule zur Vorbereitung des Schuljahres 2005/06 war Michael Csaszkóczy erschienen. Michael hatte sich gegen acht Mitbewerber als bester für die Stelle für Deutsch, Geschichte und Kunst durchgesetzt. Doch kurz vor Beginn der Konferenz meldete sich das Schulamt Kreis Bergstraße telefonisch bei Schulleiter Peter Kühn: Der Arbeitsvertrag für Michael dürfe nicht unterschrieben werden. Der Schulleiter war verblüfft, denn vertraulich wurde ihm mitgeteilt, dass das hessische Innenministerium interveniert habe. Michael musste ohne Anstellungsvertrag wieder nach Hause fahren.

Seine Stelle bleibt gut zwei Wochen unbesetzt, der Unterricht in diesem Fach findet nicht statt. Dann gibt es einen Vertretungsvertrag für einen anderen Kollegen – befristet auf ein Jahr. Unter Ausschluss der Sommerferien.

Auch das hessische Kultusministerium hat die Ablehnung Michaels mit dessen Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) begründet. Allein deren Einstufung durch den Verfassungsschutz als linksextremistisch lasse Zweifel an dessen Verfassungstreue aufkommen, sagte eine Sprecherin des Ministeriums der Stuttgarter Zeitung. »Wer das Grundgesetz nicht achtet, hat an der Schule nichts verloren.« Außerdem warf sie Michael vor, er habe bei seiner Bewerbung in Hessen verschwiegen, dass er in Baden-Württemberg abgelehnt worden sei. Dem widersprach dessen Anwalt entschieden. Sein Mandant habe seine Vorgeschichte offen gelegt. Die Schulleitung habe ihn gerade deshalb einstellen wollen.

Die Akte des Verfassungsschutzes, die zur Begründung des Berufsverbotes herbeigezogen wurde, dokumentiert eine über zwölfjährige Bespitzelung Michaels. Neben der Mitgliedschaft in der AIHD, enthält sie u.a. Hinweise auf seine Teilnahme an Antikriegsdemonstrationen, seine Mitautorschaft an einer Dokumentation über eine Wider-

Fortsetzung auf Seite 6

SECHSTE BigBrother Awards VERLEIHUNG 2005

Schily für sein »Lebenswerk« ausgezeichnet

Die »Oscars für Überwachung« (Le Monde), die diesjährigen Deutschen BigBrotherAwards, verlieh Ende Oktober 2005 der Verein FoeBuD in Bielefeld. Die Preisträger – Unternehmen, Organisationen und Politiker – verletzen nach Meinung der Jury erheblich die Privatsphäre der Bundesbürger. Vergeben wird der Preis, der sich zum sechsten Mal jährt, in verschiedenen Kategorien, darunter »Politik«, »Verbraucherschutz«, »Wirtschaft« und »Kommunikation«. Nachfolgend die Liste der »unglücklichen« Gewinner mit Kurzbegründung.

Kategorie Lebenswerk
Otto Schily, Bundesminister des Inneren
aktuell für die undemokratische Einführung des biometrischen Reisepasses, dessen Technik unausgereift und unsicher ist und der zu einer erkennungsdienstlichen Behandlung der gesamten Bevölkerung führt.

Otto Schily erhält den Preis auch für sein »Lebenswerk«, nämlich für den Ausbau des deutschen und europäischen Überwachungssystems auf Kosten der Bürger- und Freiheitsrechte und für seine hartnäckigen Bemühungen um die Aushöhlung des Datenschutzes unter dem Deckmantel von Sicherheit und Terrorbekämpfung.

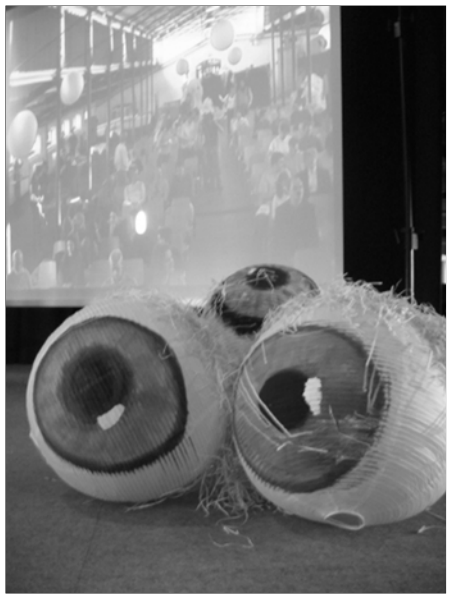
Kategorie Politik
Der Hessische Minister des Inneren, Volker Bouffier
für das präventive Orten und Abhören von Mobiltelefonen; für die DNA-Analyse bei Kindern unter 14 Jahren, die eine Straftat begangen haben, zu deren zukünftiger Strafverfolgung; für die Befugnis der hessischen Polizei, Kfz-Kennzeichen auch ohne Straftatverdacht zu scannen und für den Einsatz von Videoüberwachung bei Personenkontrollen.

Kategorie Behörden und Verwaltung
Der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, Herrn Christian Wulff
für die Zerschlagung der Datenschutzaufsicht in Niedersachsen. Die Aufsicht über den Datenschutz in der Wirtschaft soll ab 1.1.2006 dem niedersächsischen Innenministerium zugeordnet werden. Dies konterkariert den aktuellen Beschluss der EU, der die völlige Unabhängigkeit der Datenschutzaufsicht fordert.

Kategorie Technik
Sammelpreis Videoüberwachung
Der BBA 05 in der Kategorie Technik geht an eine Sammlung ganz eifriger Überwachungsfetischisten für die schleichende Degradierung von Menschen zu überwachten Objekten und der Verharmlosung der Folgen von flächendeckender Überwachung. Einen einzelnen Preisträger nennen wir deswegen nicht.

Kategorie Kommunikation
Generalstaatsanwaltschaft des Landes Schleswig-Holstein, Herrn Erhard Rex als Leiter der Staatsanwaltschaften Kiel und Lübeck
für die großflächige Fahndung nach Zeugen (die wie Verdächtige behandelt wurden) mittels Handy-Ortung. Es handelt sich um die erste Funkzellen-Massenabfrage. Mobilfunkunternehmen wurden zur Herausgabe sämtlicher Verbindungsdaten einer Region gezwungen. Die Einsicht in die zugehörigen Akten wurde den Datenschützern des Landes Schleswig-Holstein, die den Fall prüfen wollten, verweigert.

Kategorie Verbraucherschutz
WM-Organisationskomitee des Deutschen Fußballbundes (DFB), vertreten durch Franz Beckenbauer
für die inquisitorischen Fragenbögen zur Bestellung von WM-Tickets, für die geplante Weitergabe der Adressen an die FIFA und deren Sponsoren und für die Nutzung von RFID-Schnüffelchips in den WM-Tickets und damit den Versuch, eine Kontrolltechnik salonfähig zu machen zum Nutzen eines WM-Sponsors (RFID-Hersteller Philips).



Kategorie Wirtschaft
Saatgut Treuhand VerwaltungsGmbH, vertr. durch Geschäftsführer Dirk Otten
für zentrale Datensammlung über Bauern, Verklagen von mehreren tausend Landwirten, die die Auskunft verweigern; Beschaffung der Kundendaten von Genossenschaften und verdeckte Testeinkäufe bei Bauern, die die Saatgut Treuhand verdächtigt, Kartoffeln oder andere Feldfrüchte aus ihrer eigenen Ernte zur Aussaat im nächsten Jahr zu verwenden. Für den Aufbau einer zentralen Kontrollstruktur zum Eintreiben der sogenannten Nachbaugebühren im Dienste der Saatgutindustrie.

Kategorie Regional
Grundschule Enniglo bei Bünde sowie die Volksbank Bad Oeynhausen Herford eG und die Sparkasse Herford
für die Weitergabe der Namen von Schulanfängern an die genannten Geldinstitute zum Zwecke der Werbung (»Startkonto«) ohne Einwilligung der Eltern.●

Alle Reden unter: www.bigbrotherawards.de

BigBrother Awards

Mit den »Negativ-Preisen für Datenkraken« möchte die Jury auf ausufernde Kontrolle, Manipulation und Überwachung hinweisen. In diesem Jahr wurden der Jury dazu fast 300 Vorschläge eingereicht. Für die Auswahl zeichnen der FoeBuD, der Chaos Computer Club (CCC), die Deutsche Vereinigung für Datenschutz (DVD), die Humanistische Union, das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FlfF), der Förderverein Informationstechnik und Gesellschaft (FITUG) sowie die Internationale Liga für Menschenrechte verantwortlich. Die BigBrother Awards sind international vernetzt: 14 europäische Länder sind bereits dabei; die Schwesterorganisation »Juridicum remedium« in Prag verleiht zeitgleich mit Deutschland die ersten tschechischen BigBrotherAwards.

Der Name der Preise ist George Orwells Buch »1984« entnommen, in dem er bereits Ende der vierziger Jahre seine Vision einer zukünftigen Gesellschaft entwarf, die unter totaler Überwachung steht. Durch die BigBrotherAwards soll das abstrakte Thema Datenschutz durch konkrete Beispiele anschaulich und allgemein verständlich gemacht werden. In den vergangenen fünf Jahren fanden die Preisverleihungen ein großes Echo in der Öffentlichkeit. BigBrotherAwards erhielten beispielsweise der Metro-Konzern für den Einsatz von RFID-Schnüffelchips, das Lkw-Mautsystem von TollCollect, Microsoft, die Payback-Kundenkarte, die GEZ für ihre Schnüffelmethoden sowie die Bundesagentur für Arbeit für ihren ALG-II-Fragebogen, das Bundeskriminalamt usw...

KURZ BELICHTET

Kündigungsschutz einmal emotionslos betrachtet
Kündigungsschutz und Arbeitsrecht sind Dauerbrenner in der politischen Debatte und den abgelaufenen Koalitionsverhandlungen. Weniger Absicherung bringe mehr Jobs, der Kündigungsschutz bremse die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt, lautet eine häufig geäußerte Meinung. Was sagen WissenschaftlerInnen dazu? Das Projekt »Regulierung des Arbeitsmarktes« (REGAM) am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung kommt zu ganz anderen Ergebnissen – und zwar auf der Basis empirischer Fakten.
www.netz-nrw.de/link.php?id=1109

Meister-BAföG
Nicht nur in sog. Meisterberufen, sondern grundsätzlich in allen Berufsbereichen, einschließlich der Gesundheits- und Pflegeberufe ist das Gesetz ein umfassendes Förderinstrument für die berufliche Fortbildung. Unabhängig davon, in welcher Form sie durchgeführt wird. Sei es Vollzeit, Teilzeit, schulisch, außerschulisch, mediengestützt oder als Fernunterricht. Die AntragstellerInnen dürfen noch nicht über eine berufliche Qualifikation verfügen, die dem angestrebten Fortbildungsabschluss mindestens gleichwertig ist. Eine Altergrenze besteht nicht.
www.netz-nrw.de/link.php?id=1114

IM E-MAIL-POSTFACH

Betr.: Kurts Surf Center – Links-Zeitung im Netz

Liebe Leute von CONTRASTE,

Peter Weinfurth und ich (Dieter Braeg) haben nach wenigen Wochen die Linkszeitung verlassen, weil dort kein demokratisches Redaktionsstatut durchzusetzen war und auch eine wirklich kritische und linke Berichterstattung nicht möglich war. Nach einer Pause geben wir seit etwa vier Wochen www.linkezeitung.de heraus. Fast alle Artikel sind »nur bei uns zu lesen«, weil es Originalartikel sind. Leider haben wir den Link zu C = CONTRASTE bisher noch nicht bei uns realisiert, werden das aber in den nächsten Tagen gerne nachholen.

In unserer Rubrik in www.linkezeitung.de »Konzeption und Kritik« kann in den beiden Texten »Grundsätze der Zeitung« und »Konzept einer linken Onlinezeitung, Erklärung vom 27.9.2005« nachgelesen werden, wie wir unser Projekt verstehen und betreiben.

SPIEGEL REDAKTEURE schreiben bei Herrn Jourdan sicher nicht mit und.... bei uns – garantiert nicht!●

Freundliche Grüße
Im Auftrag der Redaktion linkezeitung
Dieter Braeg

FORTSETZUNG VON SEITE 5

standsgruppe im Dritten Reich und mittlerweile auch über seine Aktivitäten bei der Roten Hilfe e.V. und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA).

Dreh- und Angelpunkt im Verlauf der Gesinnungsprüfung vor dem Oberschulamt Karlsruhe, im Rahmen der Ablehnung in Baden-Württemberg, ist der folgende Satz aus einer Plattform der AIHD, von dem sich Michael distanzieren sollte: »Militanz ist für uns ein legitimes Mittel im Kampf um Befreiung.« Dazu war er nicht bereit, »allein schon aus Respekt vor Menschen, die im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv waren. Im übrigen bedeutet »militant« laut Duden »mit kämpferischen Mitteln für eine Überzeugung eintretend.« Als Beispiel wird »eine militante Pazifistin« genannt. Welcher politisch denkende Mensch könnte sich davon distanzieren?«, führte Michael in einem Interview in der jungen Welt vom 18.11.2005 aus.

Mit Unterstützung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat Michael gegen seine Nichtübernahme in den Schuldienst Baden-Württembergs Klage beim Verwaltungsgericht Karlsruhe eingelegt. Eine Entscheidung ist noch nicht abzusehen. Auf die Frage der jungen Welt im Interview vom 18.11.2005, wie groß seine Hoffnung sei, dass ihm vor Gericht Gerechtigkeit widerfahre, antwortete Michael: »Letzten Endes ist das eine Frage, die nicht juristisch, sondern politisch entschieden wird. Auch Gerichte agieren nicht im luftleeren Raum. Es wird darauf ankommen, genügend Öffentlichkeit und politischen Druck herzustellen.«●

Infos: www.berufsverbote.de
Interview vom 18.11.2005 im Wortlaut:
www.jungewelt.de/2005/11-18/022.php

VERURTEILUNG WEGEN §129a UND NEUES §129-VERFAHREN

Paragraphen gehören abgeschafft!

Am 22.11.2005 wurde der Antifaschist Marco W. vom Oberlandesgericht Naumburg nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) zu einer zweijährigen Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt. Das OLG folgte damit dem überraschenden Plädoyer der Bundesanwaltschaft, welche den §129a wieder neu ins Spiel brachte, nachdem bereits 2003 mit dem Freispruch von Carsten S. das Konstrukt der »Terroristischen Vereinigung« vom Tisch war und Marco H. und Daniel W. wegen Brandstiftung zu zweieinhalb beziehungsweise zwei Jahren verurteilt wurden.

Espi Twelve ● Damit ist die absurde Situation eingetreten, die Marco W. in seinem letzten Wort vor der Urteilsverkündung benannt hatte: »Es wäre natürlich ein voller Erfolg für sie, geltendes Recht mit dem Mantel der Rechtsstaatlichkeit zu unterwandern und eine Person wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu verurteilen, obwohl aus juristischer Sicht mindestens drei Personen dazu notwendig sind. Das wäre ein interessantes Novum, dass sicherlich für breite Aufmerksamkeit sorgen würde.«

In der linken Debatte wird der §129 als Ermittlungsparagraph verstanden, der den staatlichen SchnüfflerInnen weitreichende Überwachungsmöglichkeiten eröffnet, um politische Zusammenhänge samt ihrem persönlichen Umfeld auszuforschen und einzuschüchtern. Nur in seltensten Fällen kam es zu Verurteilungen. Das Urteil gegen Marco W. zeigt, dass die Repressionsorgane durchaus gewillt sind, selbst die brüchige Konstruktionen des §129 zu nutzen, um politische AktivistInnen hinter Gittern zu befördern. Marco, Carsten und Daniel sowie weitere Betroffene der §129a-Konstruktion stehen dabei nicht isoliert im Raum – es ist zu befürchten, dass damit ein neues Selbstbewusstsein bei Staatsanwaltschaften, Justiz und Polizei geweckt wird, falls deutlicher, breiter Widerstand »von unten« ausbleibt.

Kriminelle Vereinigung gegen Martin Luther?

Ein neuer Fall belegt, dass die Anwendung der Ermittlungsparagraphen möglicherweise schrittweise weiter ausgedehnt wird: Im Mai 2005 fanden in der Lutherstadt Wittenberg verschiedene Aktionen gegen den Luther-Hype statt. Wie Presse- und Indymedia-Berichten zu entnehmen ist, bildeten den Schwerpunkt dabei flächendeckende Graffitis, welche Luther's Antisemitismus, Sexismus und seine autoritär-obrigkeitshörige Grundeinstellung thematisierten. Im gleichen Zeitraum wurde auch ein lutherkritisches Straßentheater in Wittenberg aufgeführt. Hinter den Taten vermutet die Polizeidirektion Dessau eine kriminelle Vereinigung nach §129. Da dafür mindestens drei Mitglieder benötigt werden, sind inzwischen mindestens drei politisch Aktive aus Magdeburg, Wittenberg und Giessen im Visier der Staatsschutz-Abteilungen geraten.

Eine Person aus Magdeburg bekam im September 2005 vierzehn einzelne Vorladungen (sic!). Bei der Vernehmung in Magdeburg, an der Staatsschutz-Beamte aus Dessau – die dortige Polizeidirektion »betreut« auch Wittenberg – anwesend waren, wurde der betroffenen Person mitgeteilt, dass gegen sie wegen Sachbeschädigung in 14 Fällen ermittelt wird, darunter 12 politische Sprayereien und zwei Farbbeutelwürfe. Die Taten sollen in Wittenberg verübt worden sein. Nach Aussagen der Polizei soll die Person zudem einer kriminellen Vereinigung nach §129 angehören, zusammen mit zwei weiteren Personen, die auch namentlich benannt wurden. Die beiden anderen Personen haben auch Vorladungen erhalten, wo ihnen das eingeleitete 129-Verfahren mitgeteilt wurde.

Genaueres zu den Vorwürfen und den politischen Hintergründen des Verfahrens kann zur Zeit – noch – nicht gesagt werden. Eine der betroffenen Personen hat inzwischen über einen Rechtsanwalt Akteneinsicht beantragt. Auffällig ist allerdings, dass als konkreter Vorwand selbst niedrigschwellige Sachbeschädigungen (Graffitis, Farbbeutelwürfe) als ausreichend erachtet werden, um das Repressionswerkzeug §129 zum Einsatz zu bringen. Die Betroffenen und UnterstützerInnen haben einen offensiven Umgang mit der Kriminalisierung angekündigt.●

● Infos zum Magdeburger 129a-Verfahren:
www.soligruppe.de
● Hintergründe zum Wittenberger 129-Verfahren:
www.luther-action.de.vu
● Bund krimineller Vereinigungen:
www.kriminelle-vereinigung.de.vu

AUS DEM ALLTAG

Bewegungsarchive

Schätze, Schimmel und Sozialgeschichte

Im folgenden Beitrag wird exemplarisch die Arbeitsweise und die Situation des »Archivs der sozialen Bewegungen Bremen« anhand der konkreten Bearbeitung eines umfangreichen Zeitschriften- und Bücherzugangs beschrieben.

Von Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● Bremen, 29. November 2004. Ich bekomme eine E-Mail von Ulrich Duve, dem Leiter des *Klaus Kuhnke-Archiv für populäre Musik an der Hochschule der Künste* in Bremen. Er möchte dem Archiv der sozialen Bewegungen 30 Kartons politische und historische Literatur sowie Periodika überlassen. Sie stammen vom 1988 tödlich verunglückten Namensgeber des Archivs, Klaus Kuhnke. Das Archiv hat nur den in sein Thema »populäre Musik« passenden Buch- und Periodikabestand aus dem Nachlass übernommen, der Rest war seitdem eingelagert. Die Aussicht auf Zugänge an Büchern und Periodika aus den 1960er und 1970er Jahren ist verlockend, besteht doch das Gros des bisherigen Archivbestandes aus Material aus den 1980er und 1990er Jahren.

Bald danach besuche ich das klischeehaft im ehemaligen Heizungskeller der Hochschule versteckte Archiv und besichtige das zu übernehmende Material. Es handelt sich um geschätzt 1.500 Bücher und einige Kisten mit Periodika. Ich sage zu, alles zu übernehmen und gegebenenfalls an andere Archive, zu denen ich Kontakte habe, weiterzuleiten. Ich vereinbare den Abholtermin für die erste Ladung und verabschiede mich, tief beeindruckt von den im Kuhnke-Archiv lagernden 80.000 Langspielplatten.

Dieser Zugang kommt zu einem unpassenden Zeitpunkt. Zum einen ist die Existenz des *Archiv der sozialen Bewegungen* nicht dauerhaft gesichert. Das Archiv nimmt den gesamten Keller des Infoladen Bremen ein, dessen Mietvertrag zum Jahresende 2005 ausläuft. Die Vermieterin, eine teilprivatisierte städtische Wohnungsbaugesellschaft, hat zwar Interesse das Gebäude zu verkaufen, dafür derzeit aber keine InteressentInnen und hat deshalb signalisiert, unter Umständen auch weiter zu vermieten. Da der 100 Quadratmeter große Keller wegen feuchter Wände eigentlich unbenutzbar ist, habe ich erst im November alle noch im Keller lagernden Bücher des Archivs, circa 1.500 Bände, nach oben in einen kleineren, aber trockenen Raum geschleppt, gleichzeitig die dort in einigermaßen Schutz vor Feuchtigkeit bietenden Archivboxen liegenden Zeitschriftentitel mit den Anfangsbuchstaben B bis J in den Keller umgelagert, wo ebenso verpackt schon die weiteren Zeitschriften stehen, insgesamt etwa 800 Titel. Weiter finden sich im Archiv noch etwa 1.000 Titel, die als Einzelhefte oder in sehr wenigen Exemplaren vorhanden sind. Hinzu kommen circa 150 Archivboxen und Stehordner mit thematisch einigermaßen sortierten Flugblättern und Broschüren sowie Plakate und weitere 50 Archivboxen mit unsortiertem Material.

Sammeln, erhalten, erschließen

Meine Tätigkeit als Bewegungsarchivar ist vielfältig. Zum einen habe ich mit sehr unterschiedlichen Menschen zu tun, die Materialien an das Archiv geben wollen. Wollen viele ihre Dinge einfach nur loswerden, sind andere bewusste SpenderInnen und deshalb sehr interessiert, was mit ihren in langen Jahren politischen Aktivismus angesammelten Dokumenten geschieht. Andere klagen, dass sich ihre Erben einmal nicht um ihre Materialien kümmern werden und sie diese gerne jetzt schon gesichert haben wollen. Es gibt sogar Spender, die ihre Materialien anonym während der Öffnungszeiten des Infoladens abgeben, so dass wir nie erfahren, wer sie sind. Die Tätigkeit des Archivierens selbst ist ebenfalls vielfältig. Sie hat etwas von Wühlen im Müll, von Schatzsuche an sich. Gleichzeitig handelt es sich um eine von kaum jemand – weder vom etablierten Archivwesen noch von den aktuellen Bewegungen – honorierte Bewahrung der gesellschaftlichen Überlieferung.

Ungeachtet der ungewissen Zukunft und der parallel laufenden Gespräche mit verschiedenen AkteurInnen über die Raumsituation beginnt Anfang 2005 die Bearbeitung des »Kuhnke«-Zugangs. Das dabei angewandte Verfahren ist bei allen Spenden an das Archiv gleich: Zuerst wird nach Büchern, Periodika und sonstigem getrennt. Gleichzeitig erfolgt die Bewertung, also die Entscheidung, was im Archiv verbleibt, was weggeworfen wird und was an andere Archive weitergegeben werden sollte.

Seit Gründung des Archivs haben sich inhaltliche Kontakte und ein Austausch von Archivalien mit vergleichbaren Archiven und Bibliotheken u.a. in Oldenburg, Berlin, Bonn, Jena, Wien und Zürich ergeben. Materialaustausch zu den Themen Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus gibt es mit der *Bibliothek des Instituts für Regional- und Sozialgeschichte* (IRSG) an der Universität Bremen und dem *ECO-Archiv Arbeiterkultur und Ökologie der Naturfreunde* in Hofgeismar. Ich verwende relativ viel Zeit darauf, doppeltes Material weiterzugeben. Zur Abgabe an andere Einrichtungen kommt sowohl Material in Frage, das im Archiv schon vorhanden ist oder das thematisch nicht passt.

Das zweite ist bei dem aktuell zu bearbeitenden Zugang ziemlich oft der Fall: Bücher zur Kulturpolitik der SED, zur SPD vor 1914 und zu vergleichbaren, anderen Themen, die nicht in das Profil des Archivs passen, werden z.B. an das IRSG weitergegeben. Bei den Periodika sind etliche Hefte auch schon im Archiv vorhanden.

In dem Zugang finden sich Bücher zur Arbeiterkultur und -bildung, aus Literaturwissenschaft, Ästhetik und Volkskunde, zur Kinotheorie, zur kritischen Theorie, zur Sozialgeschichte, zur Geschichte der Arbeiterbewegung (vor allem der Weimarer Zeit), zur Kulturarbeit und -politik in der DDR. Sowie natürlich Bücher von und über Marx, Mao, Lenin, aus und über China, Albanien etc. pp., aber auch von Adorno, Benjamin und Lukacs, ferner Veröffentlichungen zweier sogenannter K-Gruppen, des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD bzw. anfangs KPD/AO). Erstaunlich ist die inhaltliche Breite, es finden sich sehr viele Titel aus der DDR, bzw. von DDR-nahen AutorInnen, aber auch von anderen Strömungen. Ich sortiere zwei Kartons mit Büchern für das IRSG aus, die Hefte von drei DDR-Literaturzeitschriften schenke ich dem linken Antiquariat, mit dem wir öfter Material austauschen und habe so den Buchbestand bald auf zehn Kartons reduziert. Diese stehen nun im Flur – und werden dort noch lange stehen bleiben, zumindest bis bessere Räume gefunden sind.

Unistreik – Häuserkampf 1980 Foto: Umbruch Bildarchiv

Zeitgeschichtliche Schätze in mieser Umgebung

Wie wird nun mit den separierten Periodika verfahren? Die Hefte der Periodika mit Titeln mit den Anfangsbuchstaben N bis Z werden, sofern nicht schon vorhanden, in Kartons verpackt und sofort ins Regal gestellt. Die Titel mit den Anfangsbuchstaben A bis M werden zuerst in unsere Zeitschriftendatenbank eingegeben. Doppelexemplare landen nach Abgleich mit den Bestandslisten in den dementsprechenden Ablagen für die Archive in Oldenburg, Jena, Bonn oder das IRSG an der Universität Bremen. Was nun an Periodika noch übrig ist, biete ich in einer Email dem *Archiv der Jugendkulturen* in Berlin und dem *ECO-Archiv* an, die beide mit Freude zugreifen. Bald sind alle Periodika aus dem Zugang Kuhnke verarbeitet. Das Computernetzwerk des Infoladens, das das Archiv mitbenutzt, ist leider defekt, so dass die Berge an Zeitschriftenexemplaren, die noch in die Datenbank eingegeben werden müssen, erst einmal zwischengelagert werden müssen. In der Zeitschriftendatenbank sind Anfang 2005 ca. 400 Zeitschriften eingegeben. Da ich ehrenamtlich im Archiv engagiert und mit allen anderen Tätigkeiten mehr als ausgelastet bin, ist nicht absehbar, wann diese Datenbank fertiggestellt und im Internet erreichbar sein wird.

Bei den Periodika handelt es sich um über zwei Dutzend Titel: Zum einen um auffallend viele Titel aus der DDR sowie Titel aus westdeutschen, aber DDR-nahen Verlagen. Zum anderen Titel aus der westdeutschen APO-Zeit und auch einige Publikationen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Des weiteren noch etliche Zeitschriften, z.T. in mehreren Exemplaren pro Ausgabe, bei denen Kuhnke Redakteur war, oder (vermutlich) anderweitig mitgearbeitet hat.

Der Überlieferungszeitraum der Periodika umfasst 1956 bis 1992, der Großteil stammt aus den 1970er Jahren, auffallend wenig ist aus den letzten Jahren vor Kuhnkes Tod überliefert. Ich mache mir den Spaß, nachzusehen, wie oft einige, teilweise bisher noch nicht genannte Titel in der Zeitschriftendatenbank der deutschen Bibliothek (ZDB) verzeichnet sind. Einige Titel aus dem Zugang, die nun bei uns lagern, sind nur an einer oder zwei Bibliotheken in der BRD vorhanden, andere in vier Bibliotheken, von denen wiederum drei in Berlin beheimatet sind. Dies zeigt deutlich die Bedeutung der Bewegungsarchive und -bibliotheken für die Sicherung der Zeugnisse der neuen sozialen Bewegungen, die ja wiederum wichtiger Bestandteil der nichtstaatlichen gesellschaftlichen Überlieferung sind. Sammeln die Bewegungsarchive dieses Material nicht, tut es niemand oder kaum jemand und sie gehen verloren, bzw. sind nur schwer zugänglich. Die Chance für jemanden, diese Titel aber bei uns zu finden sind nahezu Null, ist doch das Archiv nicht der ZDB angeschlossen und die unfertige Datenbank nur vor Ort zugängig, wenn ich gerade im Archiv bin.

Gerade die sog. Erschließung ist unter ehrenamtlichen Bedingungen, unter denen die meisten Bewegungsarchive arbeiten, kaum zu leisten. Sie ist sehr zeitintensiv – um einen Titel in die Datenbank einzugeben, braucht man zwischen 10 und 20 Minuten, und bei uns sind grob geschätzt noch 1.000 Zeitschriftentitel aufzunehmen.

Das Archiv ist als Geschichtsprojekt Teil einer eher theoriefeindlichen und geschichtslosen Szene, der radikalen undogmatischen Linken (Hüttner 2005). Öffentlichkeitsarbeit und Kontakte in ein linksliberales Milieu sind nur durch aktives Handeln herzustellen, was in Bremen passiert. So wird neben einer umfangreichen website immer wieder öffentlich über die Situation des Archivs berichtet, in Bewegungszeitschriften, aber auch in historischen Fachorganen (Hüttner/Vennebusch 2004) und für die Anliegen der Bewegungsarchive geworben (Hüttner 2004). Stütze des Archivs ist aber immer noch, jenseits des schwankenden Elans seiner wenigen Mitarbeiter, die Bereitschaft des Infoladens, einen Teil seiner Räume umsonst zur Verfügung zu stellen.

Geschichtsarbeit und aktuelle Fragestellungen

Das Bremer Archiv der sozialen Bewegungen begreift sich als Teil der politischen Protestbewegungen, wie viele andere, wenn auch lange nicht alle Archive sozialer Bewegungen. Es gibt dort den Umständen entsprechend eine gewisse Prioritätensetzung. Da dies unter ehrenamtlichen Bedingungen in einem so kleinen Team nicht möglich ist, wird nicht so viel Zeit auf die ordnungsgemäße Erschließung nach des letzten Kreisrundbriefes der Grünen oder jedes oberschwäbischen Antifa-Infos gelegt. Vorrangig weil eher praktikabel ist es vielmehr, sich darauf zu konzentrieren, Dokumente zu sammeln, und sie halbwegs zu sichern und zu sortieren. Weiter gilt es abzuwarten und die Dokumente aufzubewahren bis vielleicht ein neues Interesse an der Geschichte vergangener Kämpfe und Konflikte dem Archiv neue MitstreiterInnen und mehr NutzerInnen zuführt. Weiter gehende Ideen als die politisch fruchtbare Vernetzungsarbeit unter den Bewegungsarchiven und die publizistische Befassung mit der Geschichte und Geschichtsschreibung sozialer Bewegungen, scheitern aber an Personal und Kosten.

Was können uns denn die Dokumente überhaupt sagen? Michael Koltan, langjähriger Mitarbeiter des Freiburger *Archiv der sozialen Bewegungen in Baden* stellt die für jedes Bewegungsarchiv ketzerische These

Fortsetzung auf Seite 8

REZENSION: BAUSTEINE ZUR ENTWICKLUNG EINES KOLLEKTIVEN GEDÄCHTNISSES

Die eigene Geschichte nutzbar machen

Vor zwei Jahren erschien im Verlag AG SPAK der Band »Archive von unten«, eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Archive der sozialen Bewegungen. Diesen Faden hat der Verlag kürzlich wieder aufgenommen und die Thematik in einem zweiten Werk zur Geschichtsschreibung sozialer Bewegungen vertieft.

Die fundierte Aufsatzsammlung, herausgegeben von Bernd Hüttner, Gottfried Oy und Norbert Schepers, liefert vielfältige Zwischenergebnisse zur Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der radikalen Linken. In argumentativ vorgetragenen und faktenreichen Beiträgen, denen oftmals der wissenschaftliche Hintergrund der Autoren anzumerken ist, wird die Alltagsgeschichte abgeklopft, ob sie sich als Instrument zur Erforschung der sozialen Bewegungen eignet. Vergangenheit und Perspektiven sozialer Bewegungen, die nicht per se emanzipatorisch sind, werden ausgeleuchtet.

Exemplarisch werden mehrere Schwerpunkte und Projekte untersucht. Auf die alternativen Medien, mit denen die sozialen Bewegungen ihre Ziele transportieren, wird eingegangen. Die unterschiedlichen Phasen der Frauenbewegung werden vorgestellt. Die Umsetzung der Berliner RAF-Ausstellung wird kritisch abgeklopft. Die seit Jahren konstante Kritik an der staatlichen Sicherheitspolitik, die unter veränderten Rahmenbedingungen zu überdenken ist, wird hinterfragt.

Hüttner, Oy und Schepers beklagen die Geschichtslosigkeit und das passive Verharren der sozialen Bewegungen, während Wissenschaft und bürgerliche Medien versuchen, eine Interpretationshoheit in der aktuellen Auseinandersetzung um den in den 1960er Jahren begonnenen gesellschaftlichen Aufbruch zu erlangen. Dabei setzen sich die drei Herausgeber auch kritisch mit den Ansätzen der lokalen Geschichtswerkstätten auseinander, denen sie unreflektierte Reproduktion subjektiver Erfahrungen vorwerfen.

Der Politikwissenschaftler Sebastian Haunss verweist auf erste soziale Bewegungen, die *food riots*, die sich bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in England bildeten. Haunss unternimmt einen Definitionsversuch. Unter sozialen Bewegungen versteht er »eine spezifische Form kollektiven Handelns«, die vier Kriterien erfüllen muss:

1. Die solidarisch verbundenen Beteiligten entwickeln gemeinsame Handlungsstrategien und Ziele.
2. Der Konflikt stellt zumindest Teile der bestehenden Ordnung in Frage, da er sich in den etablierten Bahnen politischer Willensbildung nicht lösen lässt.
3. Die Protestformen bewegen sich jenseits institutioneller Politik.
4. Es handelt sich nicht um einmalige Proteste.

Die von Spontanität geprägten bundesdeutschen Initiativen und offenen Gruppen der letzten Jahrzehnte lehnten – so die Herausgeber – lange Zeit feste Organisationsformen und eine strategische politische Planung ab. Eine Theoriebildung fand kaum statt. Debatten vorangegangener Generationen waren kaum bekannt und konnten daher auch nicht ausgewertet und genutzt werden. Häufig zogen sich ältere Mitstreiter nach einigen aktiven Jahren mehr oder weniger enttäuscht zurück. Das Rad musste häufig neu erfunden werden, da es keine Kontinuität in der Weiterentwicklung kritischer Politik gab. Unter diesen Vorzeichen konnte kein kollektives Gedächtnis entstehen. Die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen und der radikalen, undogmatischen Linken sei von den Beteiligten unter erschwerten Existenzbedingungen noch zu schreiben. Für dieses Vorhaben werden mit dem vorliegenden Buch wesentliche Bausteine geliefert. ●

Kai Böhne

Bernd Hüttner, Gottfried Oy, Norbert Schepers (Hg.): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen, 176 Seiten, 11 EUR, AG SPAK, Neu-Ulm 2005, ISBN 3-930830-59-0 (www.vorwaerts.org)

TAGUNG

Bewegungsarchive

Gedächtnis muss sein

Zweiter Workshop »Archive von unten« vom 9. bis 10. Juni 2005 in Berlin

Die Einladung zu diesem Workshop kam vom »Archiv Grünes Gedächtnis« (AGG) sowie dem »Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum e.V.« (FFBIZ) und dem »Archiv für alternatives Schrifttum« (Afas) und sie klang für mich verheißungsvoll. Sollte doch, anders als beim ersten Workshop vor zwei Jahren, dieses Mal nicht »die ganze Breite archivischer Tätigkeiten« in einer Veranstaltung aufgerollt werden, sondern zugespitzt werden, auf das Rahmenthema »Produkte von Archivarbeit«.

Thomas-Dietrich Lehmann

Rettungsanker: Produktion ?

Denn, so formulierte es Christoph Becker-Schaum (AGG), in seiner Begrüßung am Donnerstag: *»Es ist einfach so, dass viele KollegInnen in ihren Archiven, um ihre Einrichtungen aufrecht zu erhalten, oder um Förderungen zu erhalten, Produkte schaffen müssen. Das sind Produkte der unterschiedlichsten Art, Ausstellungen, Kataloge, Stadtführungen und anderes mehr, die mehr oder weniger dicht mit den Kernaufgaben des jeweiligen Archivs verbunden sind.«* Diese Zuspitzung ergab die interessante Möglichkeit, sich auf dringliches einzulassen, beispielsweise einmal dahin zu gucken, wo sich *»Fragen der Professionalität, des archivarischen Selbstverständnisses und unserer Existenzbedingungen überschneiden.«*

Das Thema zog anscheinend, denn es waren ungefähr vierzig Menschen aus gut zwanzig Archiven zu diesem Treffen nach Berlin gekommen. Darunter Fachleute und Insider von einigen der bedeutenden linken Bewegungs-Archive u.a. aus Freiburg (Archiv für soziale Bewegungen in Baden), Kassel (Archiv der deutschen Frauenbewegung), Duisburg (Archiv für alternatives Schrifttum – afas). Aus Berlin waren u.a. das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile Lateinamerika e.V. (FDCL), das FFBIZ-Archiv, das Umbruch-Bildarchiv sowie das Matthias-Domaschk-Archiv vertreten.

Ein Blick auf die an den zwei Tagen angebotenen Themen unterstreicht die Bedeutung, die dieses Treffen für eine Standortbestimmung der Bewegungsarchive hatte. Es ging, jeweils anhand konkreter Beispiele, um Erschließungspojekte wie Onlinekataloge und Bilddatenbanken, um Web-Präsentationen sowie Ausstellungskonzepte. Drei z.T. auch während dieses Workshops vorgestellte, unterschiedliche Antworten auf die Frage, was denn von Bewegungsarchiven »produziert« werden kann, sind in diesem CONTRASTE-Schwerpunkt mit Artikeln vertreten:

Das für Ende nächsten Jahres konzipierte Ausstellungsprojekt des FFBIZ-Archivs »30 Jahre Berliner Anti-Gewalt-Politik« sowie die seit Juni 2003 monatlich erscheinende »Foto-CD im ABO« von Umbruch-Bildarchiv e.V. und die schon online gegangene Web-Präsentation über »Jugendopposition in der DDR« der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Debatte um die website »Jugendopposition« als Kooperationsprojekt mit bpb

Um das Website-Projekt und seine Rahmenbedingungen entspann sich eine der (leider) wenigen inhaltlichen Diskussionen in diesen zwei Tagen. Eindrucksvoll in seiner Anlage und politisch klaren bewegungsorientierten Ausrichtung war das von Tom Sello (Matthias-Domaschk-Archiv) dargestellte neue Internet-Projekt über die Jugendopposition in der DDR zwischen 1976 und 1989. Insbesondere der hier unternommene Versuch, mit jugend- und subkulturellen Themen auch die jetzt jungen Erwachsenen und Jugendlichen für die rebellische(n) Geschichte(n) der DDR zu interessieren – nicht zuletzt durch die Verwendung zeitgemäßer Ausdrucksmittel und Medien – beeindruckte wohl nicht allein mich. Auch ästhetisch kann dieses Projekt punkten, abgesehen von seinem klaren und bedienungs-freundlichen Aufbau der website.

Allerdings, so ein Einwand in der Diskussion, lässt sich kritisch auf die zugrundeliegende politische Gesamtlage schauen, die das Projekt finanziell, ausgestattet mit Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), ermöglichte. Zugespitzt demzufolge die Vermutung, die Diethart Kerbs vortrug, nach 15 Jahren der neuen Einheit werde zwar bereitwillig die Aufarbeitung der DDR-Opposition gefördert. Jedoch, bezweifelte er, dass vergleichbare Archive, die sich den Materialien der BRD-Opposition widmen (der militanten Linken etwa, den politischen Gefangenen oder auch den Antirepressionskämpfen und anderes mehr) nicht wirklich zu solcher Ausstattung durch offizielle Geldgeber gelangen könnten. Diese Einschätzung schien für einen Moment eine politisch kontroverse Grundsatzdebatte zu eröffnen, erntete Kerbs doch für sein Votum vehementen Widerspruch. Denn diese aktuelle und staatlich gewollte »Schieflage« in der politischen Bewertung von sozialen, widerständigen Bewegungen nun den DDR-Oppositionsarchiven ernsthaft »aufzutischen« oder gar zum »Vorwurf« zu machen, wäre wohl der denkbar schlechteste Ansatz, wurde demgegenüber in der kurzen Debatte von mehreren Archiven deutlich formuliert.

Foto: Umbruch Bildarchiv

Der Erfahrungsaustausch zwischen den Archiven und Projekten hatte nur begrenzte Zeit

»Zur Situation freier Archive in Zeiten knapper werdender Mittel. Erfahrungsaustausch und Ausblick« so war die dritte Runde am Donnerstag überschrieben.

Die Bewegungsarchive stehen vielerorts, was ihre materielle Absicherung betrifft, mit dem Rücken zur Wand, so die ganz überwiegende Einschätzung der TeilnehmerInnen des Workshops. Förderungen werden überall runtergefahren, wenn es sie überhaupt noch gibt. An einer Stelle, wie bspw. beim Amsterdamer ID-Archiv sind Kündigungen durch den Träger von heute auf morgen durchgezogen worden. Daraus ergab sich nun die interessante »Verschiebung« der Blickrichtung auf den politischen Dauerbrenner (nicht nur) in der Diskussion der Bewegungsarchive, nämlich auf das Thema Staatsknete:

Wer als Bewegungsarchiv finanziell unabhängig ist, steht zwar mitnichten solide dar, hat jedoch zur Zeit anscheinend den längeren Atem, ist womöglich schon eingefuchster in Überlebensstrategien, seien sie bezogen auf die Mit-Arbeitenden oder auch auf die Projektabsicherung. Leider wurde mangels Zeit in einem prall terminierten Workshop-Ablauf an diesem »Problemfenster« nicht weiterdiskutiert. Es blieb nur bei einer rundum erfolgten Bestandsaufnahme der jeweiligen konkreten Lage vor Ort.

Für alle Archive gleichermaßen gilt meines Erachtens die am Ende des ersten Tages geäußerte Einschätzung von Christoph Becker-Schaum (AGG), wonach Archiv-Verbände hierzulande eher noch schwach in ihrer Öffentlichkeitsarbeit seien. Es würde meistens mit ökonomischen Problematiken argumentiert, wohingegen es sinnvoller wäre, politischen Druck für die eigenen Belange aufzubauen und – natürlich auch das! – die Kommunikation untereinander zu verbessern. Dafür war nun allerdings wie gesagt, außer auf den Fluren, wenig Zeit im Programm vorgesehen. Hier äußerte sich dann auch vorsichtige Kritik am Ablauf des Workshops, wenn vorgeschlagen wurde, nächstens breiteren Raum ausschließlich für den Erfahrungsaustausch vorzusehen.

Was lässt sich für ein Resümee ziehen?

Nach einhelliger Meinung der teilnehmenden Archive-VertreterInnen war der Workshop gelungen, vielleicht auch neuer Einstieg in eine, so will ich es formulieren, zukunftsträchtige Marktstrategie für die Verbreitung von linker Geschichte.

Mein Motto dafür wäre dann: »Nur Mut und ran an die Kundschaft!« Das heißt, wir sollten ruhig offensiv mit den linken Bewegungsthemen und mit unseren politischen Erfahrungen, Dokumenten und Zeugnissen von Aktionen in die Öffentlichkeit gehen. Schätze aus unseren Beständen, aufbereitet sozusagen, »neu« präsentieren. Der Satz: »Nichts und niemand wird vergessen« gilt bei den Bewegungsarchiven doch nur dann, wenn auch wirksam nach Wegen gesucht wird, Interesse an den Beständen zu wecken.

Solches Interesse an den Archiven, »von außen«, könnte durchaus vielfältige Motive haben, bspw. früher gemachte

Fortsetzung nächste Seite

REZENSION: ARCHIVE ALS LERNORTE

Historisches Lernen in (staatlichen) Archiven ist ein Resultat des gesellschaftlichen Aufbruchs der 1970er Jahre. Zum einen wurde der Auftrag der staatlichen Archive erweitert, sie sollten nun nicht mehr nur Verwaltungsakten, sondern die gesamte Breite der gesellschaftlichen Überlieferung aufbewahren und aktiv der interessierten (Laien-) Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Zum anderen veränderte die westdeutsche Geschichtsbewegung die Ansprüche an Archive. Jetzt nutzen die Geschichtsinteressierten jenseits der bisherigen klassischen Klientel aus Familienforschung, Wissenschaft und Landesgeschichte die Archive: StudentInnen, normale BürgerInnen und der Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten (ab ca. 1973) tut ein Übriges, um tausende neuer NutzerInnen – vor allem SchülerInnen – mit veränderten Ansprüchen an die Archive heranzuführen.

Seit ungefähr 20 Jahren gibt es nun an über 30 Staats- und Kommunalarchiven der Bundesrepublik MitarbeiterInnen für historische Bildungsarbeit und Archivpädagogik. Sie verfügen mit www.archivpaedagogen.de über eine zentrale und gut sortierte und gepflegte Internetpräsenz. Das Buch von Lange/Lux ist eines der wenigen überhaupt existierenden Werke zum Thema: Es definiert was ein (staatliches) Archiv ist und wie seine sozusagen hoheitlichen Aufgaben aussehen – und welche anderen Archive es noch gibt: Wirtschafts-, Kirchen- und Adels(!)archive zum Beispiel. Bewegungsarchive tauchen nicht auf, was einen blinden Fleck der beiden Autoren verdeutlicht. Im weiteren wird dargestellt, wie sich der Geschichtsunterricht in den letzten Jahrzehnten verändert hat und es dadurch überhaupt dazu kam, mit SchülerInnen Archive aufzusuchen: Die Vergangenheit konnte und sollte aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden und es wurden vermehrt vermeintlich neutrale Quellen interpretiert. Im vierten unf fünften Kapitel wird die archivpädagogische Praxis konkret erläutert: Der Archivbesuch und seine Vorbereitung, schriftliches Arbeiten, die Produktion einer Ausstellung oder einer CD-ROM. Adressen und Literaturtipps runden den Band ab.

Der Wert des Buches liegt für Archive sozialer Bewegungen darin, ihnen deutlich zu machen, dass historische Bildungsarbeit ein wichtiger, öffentlichkeitswirksamer Bestandteil der Arbeit von Archiven sein kann und sollte – und wie diese konkret aussieht. Es enthält aber – da Bewegungsarchive dort keine Rolle spielen – keine Informationen über die schwierige Situation der Bewegungsarchive, die in der Regel kaum Kapazitäten für solche archivpädagogische Aktivitäten haben. Es verdeutlicht aber ansatzweise die randständige Lage der staatlichen ArchivpädagogInnen. Die staatlichen historischen BildungsarbeiterInnen müssen zwar nicht ehrenamtlich arbeiten, sind aber noch lange lange nicht an jedem staatlichen Archiv vertreten, und alle staatlichen Archive unterliegen dem allgegenwärtigen Sparkurs, der die Stellen der ArchivpädagogInnen immer wieder in Frage stellt.●

Bernd Hüttner

Thomas Lange/Thomas Lux: Historisches Lernen im Archiv; Wochenschau Verlag, Schwalbach 2004, 224 S., 14,30 EUR

FORTSETZUNG VON SEITE 7

auf, »dass das gedruckte Wort allein die Geschichte der Bewegungen nicht nur nicht ausreichend repräsentiert, sondern geradezu verfälscht« (Koltan 2003:1). Mensch steht also immer wieder davor, die Dokumente zu interpretieren und politisch mit ihnen zu arbeiten. Dabei kann es nicht naiv darum gehen, die Geschichte der VerliererInnen zu schreiben, im Sinne einer geschichtswissenschaftlich mehr als überholten »Darstellung wie es eigentlich gewesen ist« – denn dieses »eigentlich«, diese Realität gibt es nicht. Wichtig sind die Fragen, die heute gestellt werden – und die werden vom aktuellen politischen Standpunkt und Interesse des/der Fragenden bestimmt.●

Literatur

Hüttner, Bernd, 2004: »Reflexionen zum Verhältnis von staatlichen, kommunalen und 'alternativen Archiven'«, in Archiv-Nachrichten Niedersachsen 8, S. 131-134 (online unter http://archiv.twoday.net/stories/570956/

Hüttner, Bernd, 2005: »Täglich grüßt das Murmeltier«, in Richard Heigl, Petra Ziegler, Philip Bauer (Hg.): Kritische Geschichte. Perspektiven und Positionen, Leipzig, S. 115-132

Hüttner, Bernd / Vennebusch, Bernd, 2004: »Fünf Jahre Archiv der sozialen Bewegungen Bremen«, z.B. in CONTRASTE Nr. 243

Koltan, Michael, 2003: »Unkonventionelle Materialien benötigen unkonventionelle Herangehensweisen«, http://www.soziologie.uni-freiburg.de/asb/pdf/alexandria.pdf (21.09.2005)

Quelle:
Gekürzter Nachdruck aus Bernd Hüttner/ Gottfried Oy/ Norbert Schepers(Hg.): »Vorwärts und viel vergessen – Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen«; 176 S., 11 EUR, Neu-Ulm 2005 www.vorwaerts.org

AUTORENINFO:

Bernd Hüttner, Geboren 1966. Diplom-Politologe und Hausmann. Hat zwei Kinder und einen Mini-Job bei der Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen. Redakteur beim Netzprojekt www.kritische-geschichte.de. 2000 Gründer des Archiv der sozialen Bewegungen Bremen. Artikel, Rezensionen und Übersetzungen in Bewegungs- und Geschichtszeitschriften, schreibt seit 1993 für CONTRASTE.

UMBRUCH-BILDARCHIV

Bewegungsarchive

Mit Fotos und Videos gegen die Unterbelichtungen im Alltag

In der Lausitzerstraße 10, in einem der berühmten Hinterhöfe von Berlin-Kreuzberg, befindet sich der gemeinnützige Verein Umbruch-Bildarchiv. Umbruch betreibt eine Vielzahl von Projekten mit Jugendlichen aus Berlin und Brandenburg und arbeitet eng mit selbstorganisierten Flüchtlingsgruppen zusammen. Das reicht von Webdesign, Druckvorbereitung, Fotoausstellungen bis hin zu Videoschnitt und Workshops – das Motto: Verstärken wir die Stimme derjenigen, die was zu sagen haben, aber nicht gehört werden.

von Suse, Hermann, Fadl, Marc und Leh ● Alles begann 1988 als »off-line«-Projekt, um mit Lichttischen, Fotolabor und Archivschränken »gegen die Unterbelichtung der linken Bewegung« vorzugehen. »Wir hatten die Nase voll von abgedroschenen Parolen, deshalb suchten wir nach einer Bildersprache, die der Lebendigkeit und dem Trotz, mit dem sich Menschen hier und anderswo wehren, gerecht wird,« erinnert sich ein Gründungsmitglied. Seither wird hier gesammelt, archiviert und publiziert. Seit 1999 auch online. Mittlerweile beherbergt das Archiv über 20.000 Fotos zu sozialen, kulturellen und politischen Brennpunkten.

Anti-Ra-Demo 2001 Foto: Umbruch Bildarchiv

Castorprotest 1996 Foto: Umbruch Bildarchiv

Ab in die Produktion

Umbruch berichtet selbst über Ereignisse und legt Wert darauf, dass auch die produzieren können, die nicht entsprechendes Fachwissen oder die technische Ausstattung haben. Diese einfache Kombination von Archivierung und Produktion erzeugt Synergieeffekte. Interessierte können sich Archivmaterial ansehen, sich inspirieren lassen, Fotos weiterverwenden und ihnen dadurch eine neue Bedeutung geben. So wird Archiviertes erneut zugänglich für die verschiedensten Bewegungen.

Auf der Homepage: »Events«, »Bildarchiv« und »Videos«

»On-line« kann man sich Fotodokumentationen anschauen, Berichte über Demos in der Stadt, über das Leben der Roma in Slowenien oder von Reisen durch Vietnam. Der »Events«-Bereich berichtet über Aktionen, die kürzlich stattgefunden haben.

»Bildarchiv« bietet die Gelegenheit, sich durch 7 Jahre Protest- und Widerstandsgeschichte zu bewegen (ab 1998). Gut besucht sind auch die »Videos«: kurze Dokumentationen in Modem- und neuerdings auch in DSL-Qualität, Clips über den 1. Mai in Berlin, Aktionen gegen den Castortransport, Busfahrten gegen Genmaisfelder in Brandenburg oder Interviews mit Jugendinitiativen, die gegen die Neonnazi-Präsenz in ihren Städten ankämpfen. Das Format ist einfach: eine Multimedia-Präsentation, die kurze Texte, einige Links und Bilder, aber auch kurze Videoclips umfasst.

Protest gegen IWF-Kongress 1988 Foto: Umbruch Bildarchiv

Rostock brennt 1992 Foto: Umbruch Bildarchiv

Videofenster »no deportation«

Dieser Teil der Website ist für Flüchtlinge vorgesehen, die über ihre Lebenssituation in den Asyllagern berichten, über Gründe ihr Heimatland zu verlassen und die alltäglichen Kämpfe um ihre Anerkennung in Deutschland.

Foto-CD einmal im Monat neu und im Abo

Für alle, die in ihrer täglichen Arbeit auf sozialkritische Bildberichterstattung zurückgreifen wollen, hat Umbruch ein besonderes Angebot: Seit Juni 2003 gibt es ausgewählte Highlights auf der monatlichen Foto-CD, ein Rückblick in 33 Bildern und Videos.

Wer mehr Infos will gehe auf www oder noch besser: werde Fördermitglied.●

www.umbruch-bildarchiv.de

DAS BERLINER FRAUENARCHIV FFBIZ

An neuem Ort und mit einem neuen Ausstellungsprojekt

1978 als »Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum e.V.(FFBIZ)« von vielen Frauen aus Berlin und der westlichen wie ostasiatischen Welt gegründet, bestand das Archiv von 1980 bis zum Herbst 2003 in Berlin-Charlottenburg, seit der Katastrophe von Tschernobyl (1986) in den denkmalgeschützten Räumen der Volksbücherei von 1908 und einem großen Depot. Dort war es, auch für Rollstuhlfahrerinnen, als integrierter Teil unserer Forschungs-, Bildungs- und Informationsanstrengungen, lange Zeit bewusst ausschließlich zur Freihandbenutzung aufgestellt.

Ursula Nienhaus ● Seit 1995 wurde für die stark gewachsenen Bestände ein platzsparendes verschiebbares Regalsystem (Compactus-Anlage) nötig, die wir mit Hilfe der Lotto-Stiftung erwarben und im hinteren Büro, dem ehemaligen Katalogzimmer der früheren Bücherei, aufbauten, so dass immerhin noch Zeitungen, Bücher und Zeitschriften allen Menschen im Blick blieben.

Die über Jahre gepflegte Integration in den Kiez-Alltag bescherte dem Archiv ungemein hohe Benutzungszahlen, Menschen, die unsere Räume für die unterschiedlichsten Anliegen aufsuchten. Wir stellten unsere Räume anderen Gruppen bei politischer Unterstützung zur Verfügung. Bspw. fanden türkische Hochzeiten mit uns zusammen statt, gegen einen frei verhandelten kleinen Solidar-Beitrag. Zum enormen Zuspruch trugen aber auch ständig BesucherInnen aus buchstäblich allen Kontinenten der Welt bei.

Frauenpower 1989 Foto: Ute Weller

Umzug zum »Grünen Gedächtnis« und unsichere Finanzierung

Kurz vor unserem 25jährigen Jubiläum waren aber schließlich selbst die über die Jahre mühsam erstrittenen bescheidenen öffentlichen Zuschüsse gänzlich bedroht, so dass wir drastische Maßnahmen zur Rettung der Archivalien ergreifen mussten. Wir zogen von Charlottenburg ans genau andere Ende der Stadt, in den Norden von Friedrichshain, auf das Gelände des früheren Schlachthofs und wurden Untermieterinnen beim »Grünen Gedächtnis« der Heinrich-Böll-Stiftung. (Wir bekommen weiter bescheidene Zuschüsse von der Senatsverwaltung Arbeit-Frauen-Wirtschaft, vorerst bis Ende 2006. Ob es danach wieder einen Zweijahres-Zuwendungsvertrag geben wird, ist ganz offen, aber unsere große Hoffnung, da wir schon allein die Miete nur äußerst knapp aus Spenden finanzieren können, keinesfalls aber nötige Zeitschriftenabonnements und erst recht nicht Arbeitskraft.)

Dort teilen wir auf dem früheren Heuboden eines Rinderstalls ein Büro und den Lesesaal mit den KollegInnen vom Grünen Gedächtnis: schöne, renovierte Räume. Das Archiv ist in einem eigenen sauerstoffreduzierten und gekühlten Magazin zum ersten Mal – unter konservatorischen Gesichtspunkten – richtig untergebracht.

Aber mit unserer vorherigen Kiez-Integration gingen uns auch zu viele NutzerInnen verloren. Dazu trägt auch bei, dass uns verschiedene Behörden nahezu jeglichen sichtbaren Hinweis auf das Archiv unmöglich machen, so dass uns »zufällig« überhaupt niemand mehr findet.

Wir haben also einen neuen Stadtrundgang ausgearbeitet und wenigstens punktuell Kontakte mit vielen BewohnerInnen und allen möglichen Einrichtungen der unmittelbaren Umgebung geknüpft.

Wanderausstellung zum 30. Geburtstag des ersten Berliner Frauenhauses

Für 2006 planen wir schon seit Anfang dieses Jahres eine Wanderausstellung zum internationalen Tag der Kampagnen von Gewalt gegen Frauen, also am 25. November 2006 jährt sich das Internationale Tribunal »Verbrechen gegen Frauen«, aus dem u.a. das erste deutsche Frauenhaus in Berlin hervorging, zum 30. Mal. Dieses Datum nehmen wir zum Anlass für eine große Kooperationsanstrengung; wir möchten nämlich in das Rahmenprogramm zur Ausstellung alle Berliner Antigewalt-Einrichtungen und viele Frauenprojekte, aber auch alle Parteien und sonstige politischen Gremien möglichst aktiv mit einbeziehen, was zugleich erfordert, dass wir das FFBIZ bei ihnen allen gründlich ins Gedächtnis rufen. Denn wir haben die großen Akten- und Materialienbestände des ersten Berliner Frauenhauses, des Frauenhausberatungsladens und des Mädchenhauses erschlossen und bemühen uns gerade um einen Depositalvertrag für die Altakten des zweiten autonomen Frauenhauses.

Außerdem arbeiten wir daran, bis Ende 2006 unsere sehr umfangreichen Sammlungen komplett in eine Faust-Datenbank einzugeben, um diese dann online zu stellen. Aber: wir lassen uns gerne von NutzerInnen und BesucherInnen in diesen Arbeiten unterbrechen!●

Alles Sonstige auf der homepage: www.ffbiz.de; und last not least die Kontonummer für Spenden: 444854-107, Postbank Berlin, BLZ 10010010.

Fortsetzung Schwerpunkt Seite 10 unten

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Erfahrungen und Bilanzen für die eigene aktuelle politische Arbeit auszuwerten. Dem oftmals zitierten Klagen in politischen Zirkeln, Geschichte sei ja doch nur ein Rolltreppe und Fehler würden gerade in sozialen Bewegungen immer wiederholt, könnte ja auch einmal mit neuer Strategie begegnet werden. (Aber das sei an dieser Stelle als ein ganz persönlicher Wunsch eines einzelnen Archivars formuliert, dem die politische Tagesordnung nicht abhanden kommen soll.)

Dass es im Ergebnis dieses Workshops (nur) bei einem Einstieg in verschiedene Teilaspekte eines »Überlebenstrainings« blieb, in Form von ausgewählten »Produkt«-Vorstellungen etwa, ist weder der Veranstaltungsleitung noch den insgesamt sehr engagierten Einzelreferaten anzulasten. Es gibt eher einen Hinweis darauf, dass mit dieser »Produktorientierung« im Bereich der linken unabhängigen Archive zweifellos Neuland betreten wird. Und wer weiß, ob überhaupt solche Orientierung auf ungeteilte Zustimmung bei den potentiellen ProduzentInnen und Nachfragenden stoßen wird?

Der Einwand, das sei eher etwas für die upper class der renomierten und vielleicht auch etablierten oder kommunalen Archive, wurde durch einige der anwesenden »bettelarmen« Archive jedenfalls widerlegt, die bereits an solchen Präsentationen arbeiten (vgl. FFBIZ, Umbruch-Bildarchiv).

Spürbar blieb über die gesamten zwei Tage, das der auch sonst bewährte Informationsaustausch der Archive untereinander solchen Treffen beigeordnet bleiben muss. Folgerichtig deshalb auch in der Abschlussrunde eine Anmerkung aus dem Kreis der Teilnehmenden: *»Erfahrungsaustausch ist das zentrale Anliegen solcher Treffen und sollte deshalb nicht letzter Tagesordnungspunkt an einem langen Arbeitstag sein. Nächstes mal sollte das berücksichtigt werden.«*

Apropos nächstes Mal: Da zeigte sich dann doch so etwas wie die Grundmentalität der Archive-Szene, in der anscheinend auch die linken Uhren anders gehen: Verabredet wurde sich – auf jeden Fall – zu einem nächsten, dritten Workshop. Termin 2007!●

P.S. Nach wie vor können über das AGG Exemplare der *»Praktische Handreichung für Bewegungsarchive«* bestellt werden. (030 285 34 260 oder mail: archiv@boell.de). Die Handreichung findet sich auch im Netz: www.boell.de und dort bei Archiv Grünes Gedächtnis, Volltext aufrufen.

AUTORENINFO:

Thomas-Dietrich Lehmann, Taxifahrer und Stadtführer in Berlin sowie Archivar bei Umbruch-Bildarchiv. Mitherausgeber des »Kommunebuches« im Göttinger WerkstattVerlag. Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften für CONTRASTE.

SELBSTORGANISATION UND KLASSENBEWUSSTSEIN

Sag mir wo du stehst

Früher, in den Jahren nach 1968, war es selbstverständlich, für die Einschätzung politischer Positionen die Interessenfrage zu stellen: wem nützt das? Diese politische Kultur war verbunden mit einem Klassenbewusstsein, das genau zu unterscheiden wusste zwischen oben und unten, zwischen Kapital und Arbeit.

Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Dann verwischten sich die Bilder. Der Esoterikboom legte einen freundlichen rosa Schleier über die harte Realität, und der Blick nach innen erleichterte es, sich in den herrschenden Verhältnissen – die immer noch die Verhältnisse der Herrschenden waren – einzurichten. Eine kämpferische Ökologiebewegung und die aus ihr erwachsenen Grünen waren nie durchgängig links, oder – in Bernd Hüttners Schema *(siehe Ausgabe Nr. 254, Seite 7)* – eher der kulturellen als der sozialen Linken zuzuordnen.

Nach 1989 schien der Kapitalismus unausweichlich, schicksalhaft, alternativlos. Blühende Landschaften für Konzerne. Mit TINA (there is no alternative) ließen sich Deregulierung und Sozialabbau scheinbar mühelos begründen. Mit der Einführung der Riester-Rente wurde nicht nur die paritätische Alterssicherung angesägt (und damit absehbar zerstört), sondern es wurden abhängig Beschäftigte faktisch gedrängt, mit der privaten Altersvorsorge als AnteilseignerInnen auf die Gegenseite zu wechseln. Der Besitz von Aktien war plötzlich in, und vielen schlugen fortan zwei Herzen in ihrer Brust.

Gleichzeitig begann ein Ausgrenzungsdiskurs, der mit dem Gestus der Empörung die Meinungsführerschaft der Stammtischparolen einläutete mit öffentlichem Gerede über angeblich »Sozialkriminelle« (im März 2001 meinte das ZDF damit nicht etwa steuerhinterziehende Firmen oder die Beteiligten an Spendenskandalen). Während eines der reichsten Länder der Welt (1) systematisch ausgeplündert wird durch korrupte Umstrukturierungs- und Privatisierungsmaßnahmen, zielen die »Parasiten« in Clements aktueller Broschüre »Vorrang für die Anständigen« und Sabine Christiansens Frage »Sind wir ein Volk von Abzockern?« auf die Opfer dieser Enteignung, auf Erwerbslose, GeringverdienerInnen und andere Benachteiligte.

Es sind keine anonymen globalen Finanzströme, die marodierend durchs Land ziehen, auch wenn Müntefferings Heuschrecken eine unabwendbare biblische Plage

7.9.2005 Wahlkampfveranstaltung in Köln – Ulla Lötzer Foto: arbeiterfotografie.com

als demobilisierendes, entpolitisierendes Bild zeichnen. »Die Globalisierung hat Namen, Adressen und Telefone. Sie hat Gesichter, Verträge, Arbeitsmethoden.« stellt Werner Rügemer fest (2). Ein so klar benennbares Gegenüber bietet zumindest die Möglichkeit der Gegenwehr. Aber eine wirksame Bewegung gegen die Privatisierung der Infrastrukturen bisher öffentlich verantworteter Daseinsvorsorge ist nicht in Sicht.

Unsere eigenen Versuche, dieser Ökonomie der gnadenlosen Verwertung eine andere Praxis der Herstellung nützlicher Dinge unter menschlichen Arbeitsbedingungen entgegenzusetzen, wirken dagegen hilflos klein. Wir erfahren aus Lateinamerika von besetzten Fabriken, von Landwirtschafts- oder Cartonero-Kooperativen, von der Genossenschaftsbewegung in Italien oder der Économie Sociale et Solidaire in Frankreich. Und hier? Eine alternative, kooperative, soziale, solidarische oder wie auch immer sich nennende Ökonomie existiert durchaus in unterschiedlichen Spielarten, aber ohne gemeinsames Verständnis von sich selbst, und ohne gemeinsame Strukturen. Ohne Größenwahn können wir feststellen, dass CONTRASTE die einzige Zeitung ist, die zumindest versucht diesem anderen Wirtschaften einen publizistischen Raum zu geben.

lichtung

manche meinen
lechts und rinks
kann man nicht velwechsern
werch ein illtum

(Ernst Jandl)

Wollen wir mehr sein als Nischen im niedergehenden Wohlfahrtsstaat? Wären es wenigstens Inseln der Glückseligen, dann könnten wir sie erschöpften KämpferInnen aus sozialen Bewegungen anbieten als Oasen zum Ausruhen und Auftanken von ihrem aufreibenden Tun. Aber mein Eindruck ist eher, dass es »innen«, in den eigenen Strukturen, um so ungemütlicher wird, je schärfer die Verhältnisse »draußen« sich gestalten. Der Tonfall bei Konflikten nimmt immer schneller eine unversöhnliche Schärfe an, bittere Vorwürfe statt gemeinsamer Klärungsversuche drohen Gruppen zu spalten, bis bald nur noch Einzelne übrig bleiben, jedeR für sich im Recht aber allein. Teile und herrsche – das schaffen wir oft selbst, da braucht es keine repressive Intervention von außen. Die Fähigkeit zu kollektivem Handeln scheint nachzulassen – ist das der Preis der Single- und Ich-AG-Gesellschaft?

Es gibt auch beständigere Nischen, an denen wir eine Idee bekommen können, wie das Leben auch sein könnte, wenn.... Experimentelle äußere und innere Räume, Keimformen, Hoffnung. Aber wenn wir mehr wollen als uns darin einzurichten, wenn wir den Anspruch haben, die Welt als ganzes solle anders sein als sie ist, alle Menschen sollten das Recht und die Möglichkeit haben, sich ihre Lebensbedingungen selbst zu gestalten, gemeinsam mit anderen? Wenn wir also Selbstorganisation breiter definieren als nur auf unser eigenes Lebensumfeld bezogen? Wenn wir sie verstehen als ein politisches Konzept, als »think big« (Christoph Spehr – *siehe Ausgabe Nr. 254*)? Das können wir nicht einfach mal so machen, Ärmel hoch und alle anpacken. Da muss so vieles erkämpft werden, das ist kein Spiel. Selbstorganisation als praktische Kritik der herrschenden Verhältnisse braucht aus meiner Sicht eine politische Strategie, wenn sie gesellschaftliche Wirksamkeit erlangen will, sie braucht Bünd-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG BEWEGUNGSARCHIVE: PROJEKTVORSTELLUNG

Archiv der Sozialen Bewegungen Jena

Das Archiv existiert unter diesem Namen seit etwa drei Jahren in den jetzigen Räumen und ist in dieser Größe nicht nur in Thüringen, sondern noch weit darüber hinaus beachtlich. Es hat aber wie viele andere Bewegungsarchive eine längere Vorgeschichte.

Das Jenaer Archiv setzt sich im Prinzip aus vier Teilen zusammen, einem Zeitschriften- und Broschürenbestand, dann Bücher sowie drittens Videos, CDs und DVDs. Der vierte Teil ist der momentan am schnellsten wachsende. Hier kommen die »Überreste« von Gruppen und anderen Archiven zusammen, so z.B. das 2002 aufgelöste Antifa-Archiv Leipzig. Doch so schade, wie die Auflösung solcher Projekte ist, sind sie für das Archiv dagegen eher Glücksfälle. Denn eigentlich macht das gerade den Unterschied zwischen Archiven und Bibliotheken oder Infoläden aus, dass gerade im Archiv auch Korrespondenzen, Entwürfe usw. landen und so die Arbeit politischer Gruppen nicht verloren geht. Streng wissenschaftlich gesehen dürften nämlich Zeitungen, Bücher usw. nur dann den Weg ins Archiv finden, wenn sie als Nachlässe oder Sammlungen von Personen oder Gruppen kommen: Zeitschriften sind im traditionellen Sinn kein Archivgut. Aber hier wird in Jena ganz klar anders als in den herkömmlichen Archiven gearbeitet. Die Sozialen Bewegungen werden in ihrer ganzen Breite gesehen, und so werden selbstverständlich auch die Druckwerke der letzten Jahrzehnte aus Ost und West gesammelt. Schwerpunkte der Sammlung liegen auf den Bereichen Antifaschismus/Antirassismus, NS/Antisemitismus, Gender, Anarchismus/Kommunismus und Gesundheit/Medizin.

Die Arbeit findet selbstverständlich ehrenamtlich statt, mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten wie wechselnde Mitarbeit, schwache Finanzierung und fehlende Solidarität innerhalb der Jenaer und Thüringer Linken. Momentan arbeitet gerade mal ein Mensch konstant im Archiv, dafür aber schon von Anfang an, inklusive der Vorgängerprojekte. Die Finanzierung und der Kauf neuer Literatur und Materialien leidet darunter ein wenig. Es ist den Leuten in Jena aber nicht zu vermitteln, dass das Archiv konstante Arbeit, Betreuung und Unterstützung benötigt. Dass es den Bedarf gibt, zeigen die Besuche von interessierten Leuten nicht nur aus Jena, sondern auch z.B. aus Erfurt und Kassel. Wenn die momentan vom Archiv belegten 40 Quadratmeter nicht vom Thüringer Archiv für Zeitgeschichte, das sich mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte von unten beschäftigt (www.thueraz.de), umsonst gestellt würden, hätte das keine Räume mehr. Doch gerade dieses Problem wird sich im nächsten Jahr erneut stellen, da der Besitzer des jetzigen Archivgebäudes an der selben Stelle einen Neubau plant und vorsorglich zum 31.12.2005 gekündigt hat. Insofern steht die weitere Arbeit in den Sternen.

Dass die Arbeit aber weitergehen wird, ist fest eingeplant. Schon allein, weil der mehrere Hundert Zeitschriftentitel mit tausenden Exemplaren, tausende Broschüren sowie zur Zeit etwa 1.500 Bücher umfassende Bestand zu wichtig ist, um einfach irgendwo ungenutzt zu vergammeln. In der nächsten Zeit steht deshalb die Erarbeitung einer neuen Datenbank an, da der Bestand momentan nur in einer Tabelle erfasst ist. Dazu wurde bereits ein neuer PC angeschafft, ein weiterer wird noch benötigt, ebenso ein Kopierer, Regale, aktuelle Bücher... Parallel dazu wird der Bestand in neue, archivgerechtere Kartons umsortiert. Auch die Internetseite soll ausgebaut werden. Dort wird dann der Bestand online einsehbar sein. So können dann andere Archive und Einzelpersonen bequem sichten, was im Archiv vorhanden ist und Besuche oder Materialabgaben leichter vorbereiten. Darüber hinaus ist angedacht, Verlage anzuschreiben, um Lücken in der Literatur der und zu den Sozialen Bewegungen insbesondere vor 1990 zu schließen: Auch hier macht sich die Existenz der DDR mal wieder bemerkbar. Besonders hilfreich in der Materialbeschaffung war bisher das Archiv der sozialen Bewegungen Bremen (www.archivbremen.de). Einige Zeitungen und Zeitschriften unterstützen die Archivarbeit durch Freiexemplare. Andere Zeitschriften kommen durch Spenden von politisch interessierten Menschen ins Archiv. Buchanschaffungen werden von ein paar Leuten durch Büchertische und Buttonverkauf finanziert und nicht zuletzt wird bei Besuchen außerhalb Jenas fleißig alles eingesammelt, was nur irgendwie politisch aussieht. Wer Hilfe, Material oder sonstige Unterstützung anbieten möchte, kann und sollte das unbedingt tun.●

Archiv der Sozialen Bewegungen Jena – c/o ThürAZ, Am Rähmen 3, D-07743 Jena
Öffnungszeiten: Dienstag/Donnerstag ca. 11-16 Uhr (bitte vorher telefonisch unter 0177-8255490 abklären)
archiv-jena@gmx.net – www.archiv-jena.tk

Flucht über die Mauer von West nach Ost. KubatbesetzerInnen 1988 Foto: Umbruch Bildarchiv

ROBERT-HAVEMANN-GESELLSCHAFT

DDR – Widerstand jetzt online

Die Geschichte der DDR bedarf noch immer umfassender Aufarbeitung und Weitervermittlung, um ein klares Geschichtsbild zu finden. Dieser Aufgabe hat sich die Robert-Havemann-Gesellschaft hinsichtlich der Oppositionsbewegung in der DDR verschrieben und zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung das Internetprojekt www.jugendopposition.de erarbeitet.

Anja Gerstmann ● Mit dem Ziel historisch-politische Bildungsarbeit zu leisten und Interesse an DDR-Geschichte ohne »Ostalgie« zu wecken, entstand ein Projekt, dessen Fokus auf dem jugendlichen Widerstand gegen die SED-Diktatur liegt. Mit zahlreichen ausgewählten Texten, über 400 Bildern, 60 Film- und Audiosequenzen und Faksimiles von Originaldokumenten werden die Aktionen Einzelner oder engagierter Gruppen von Jugendlichen dokumentiert.

Vier Themenbereiche, die den Weg bis zum Ende der DDR nachzeichnen, stehen bisher im Mittelpunkt: die Proteste gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976, die Aktionen der Friedensgemeinschaft Jena Anfang der 1980er Jahre, der Weg an die Öffentlichkeit ab 1986 am Beispiel der Umwelt-Bibliothek Berlin und die revolutionären Ereignisse 1989. Ab 2006 wird auf der Website auch über die politischen Aktivitäten von Jugendlichen in den 1950er und 1960er Jahren berichtet.

Begleitet werden die Themen durch biografische Porträts und Zeitzeugeninterviews. Diese rückblickenden Einschätzungen verdeutlichen Motive und Ziele der Aktionen sowie die Umstände, Gefahren und Erfahrungen dieser Zeit. Die Inhalte werden sowohl in den Kontext der deutsch-deutschen Beziehung als auch der internationalen Ereignisse und Entwicklungen gestellt.

Zudem finden sich weiterführende Materialien wie Lehrmittel für den Schulunterricht, ein Personen- und Sachlexikon und eine thematisch sortierte Link- und Literaturauswahl. Die Internetseite erhielt den Grimme-Online-Award 2005.●

ZURÜCK AUF DIE STRASSE! – ODER INS PARLAMENT?

Die Party ist vorbei

Was war das doch für ein Erfolg. Mit 8,7 Prozent ging's ins Parlament. Jeden Abend gab es Linke im Fernsehen, auf allen Kanälen.

Ulrich Franz, Wuppertal ● Doch die Medienparty ist vorbei, die große Koalition für den Bundestag, die wir schon vorher hatten, konstituiert sich unter der CD/CSU und SPD neu und macht weiter mit dem neoliberalen Sozialkahlschlag wie vorher. Allerdings gibt es jetzt eine linke Opposition im Parlament, stark wie keine andere in Europa! Oder gibt es diese Opposition gar nicht?

Neue linke Kraft

3 Monate vor der Wahl wurde klar, dass PDS und WASG zusammen für die Bundestagswahl antreten. Da blieb nicht viel Zeit den Zusammenschluss zu organisieren. Jede Frau, jeder Mann und Maus wurde für die Arbeit des Zusammenschlusses und des Wahl»kampfes« gebraucht. Wir BasisaktivistInnen können ein Lied davon singen: Bei kaum einer Demo, einer Veranstaltung oder einem Vorbereitungskreis waren die Wahl-»KämpferInnen« mehr zu finden.

Zu Strategiedebatten von Arbeitslosenvereinen und gewerkschaftlichen Basisorganisationen kamen LinkspartеilerInnen sowie so nicht, galt es doch für sie den Wahl»kampf« zu führen und für danach ein 100 Tage Programm zu bauen.

Doch auch zweieinhalb Monate nach der Wahl hört man nichts Wegweisendes von der linken Partei. Klaus Ernst, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei und führender WASG-ler hat dann auch auf die Frage, wieso man von der Linksfraktion kaum Protest vernimmt zur größten Sozialrasur der SPD/CDU/CSU in der deutschen Geschichte nur folgende Antwort: »Wir haben unseren Standpunkt dazu deutlich gemacht und veröffentlicht. Es liegt sicher nicht an uns, wenn die Öffentlichkeit uns nicht so wahrnimmt, wie wir das gerne wollen. Es ist auch verständlich, dass sich die Medien in erster Linie auf alles das stürzen, was in den Koalitionsverhandlungen geschieht.«

Zur Frage warum sich die Linkspartei/WASG nicht den vielen Einzelpersonen und Arbeitsloseninitiativen bei der Anzeige gegen den (noch amtierenden) Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) anschließt, weil sein Ministerium Arbeitslose in die Nähe von »Parasiten« gerückt hatte, kommt von Ernst nur die müde Antwort: »Wenn einer klagt, reicht das. Im Übrigen machen wir nicht über Strafanzeigen Politik.«

Auch zu Aktionen und zum 100 Tage-Programm nur ein Abwinken von ihm: »Das 100-Tage-Programm gilt von dem Zeitpunkt an, an dem die Tätigkeit des Parlaments beginnt. Sie können davon ausgehen, dass jetzt schon viele Aktivitäten laufen, um den einen oder anderen Punkt dieses Programms zu forcieren und in die Öffentlichkeit zu bringen. Wir sind dabei, uns zu organisieren und mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu reden. Diese Kleinarbeit macht natürlich nicht soviel Aufsehen wie eine flammende Rede im Parlament.«

Die Arbeit im Parlament zehrt die Kräfte der Linkspartei/WASG ziemlich auf, wenn man die Aussagen und die fehlenden Aktionen deutet.

Basisorientierung

Deshalb haben wir von BaSo auch grundsätzliche Kritik, wenn viele Menschen sich nur am Parlamentarismus orientieren. BaSo ist eine Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, Menschen innerhalb und außerhalb von Betrieben die Möglichkeit zu geben, ihren Interessen Gehör zu verschaffen. BaSo steht für: Basis Initiative Solidarität.

Schon im Namen kommt damit zum Ausdruck, dass die Mitglieder von BaSo:

1. sich basisorientiert organisieren,
2. Initiativen ergreifen wollen,
3. als ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose, prekär Beschäftigte, usw. solidarisches, gemeinsames Handeln als Ausgangspunkt ihres Wirkens verstehen.

BaSo ist ein Zusammenschluss von unten, um sich gegenüber Oben durchzusetzen und will in demokratischer Weise gewerkschaftliche Ziele autonom verfolgen. BaSo will z.B. ArbeitnehmerInnen interprofessionell, d. h. über verschiedene Berufsgruppen hinweg, aber auch Arbeitslose organisieren.

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich die gesellschaftliche Situation in der BRD und weltweit geändert hat. So gibt es nicht mehr den klassischen Betrieb. Überall werden Unternehmen aufgespalten, es entstehen »Industrieparks«, es leben und arbeiten Menschen zusammen aus verschiedenen Berufsgruppen. Viele, insbesondere im Osten Deutschlands, gleiten in prekäre Arbeitsverhältnisse ab. Hier gilt es, solidarisch miteinander zu handeln.

BaSo ist offen für alle von dieser Entwicklung Betroffenen, auch in Bündnissen mit sozialen Organisationen und Bewegungen.

Vor welchem Hintergrund ist BaSo entstanden?

Die Mitglieder von BaSo haben unterschiedliche Erfahrungen, aber allgemein verbindet sie eine Dissonanz zum heute Bestehenden. Manchmal ist es

- das direkte Erleben der Ausbeutung in den Unternehmen;
- oder häusliche Unterdrückung;
- oder Stress im Büro und Betrieb;
- oder der Hunger und die Armut in der Welt;
- oder Unterdrückung und Ungerechtigkeit;
- oder die staatliche Gewalt;
- oder die Diskriminierung;
- oder dass immer mehr ArbeitnehmerInnen ihren Arbeitsplatz verlieren;
- und dass Arbeitslose ihre Ausgrenzung aus der Gesellschaft erleben.

An der Zielsetzung von BaSo ändert sich auch nichts, wenn sich im Parlament eine starke linke Kraft etablieren sollte. Gerade für eine Linke im Parlament ist es wichtig, dass sich an der Basis etwas bewegt und viel Druck aufbaut! Der Druck auf unsere Gegner im Kapitallager muss von uns selbst organisiert werden. Aber es muss auch Druck vorhanden sein, unsere Verbündeten auf einen richtigen Kurs zu bringen!

Neoliberal – eine Qual

Eine der großen Aufgaben ist es den Neoliberalismus zu bekämpfen. Denn das Ergebnis der neoliberalen Unternehmer- und Managerphilosophie ist eine kollektive Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtum von unten nach oben, sowie ein weltweiter Unterbietungswettbewerb im Rahmen der so genannten Globalisierung. Dieses geht insbesondere auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen, besonders in den weniger entwickelten Ländern.

Hier will BaSo besonders aktiv werden.

Baso hat Veranstaltungen in Wuppertal gemacht mit dem Wuppertaler Sozialforum zu Themen wie: Privatisierung: Zerfallende Städte, desolate Finanzen, verwaltete Arbeitslosigkeit. Mehrere Veranstaltungen betrafen die Hartz IV-Problematik. BaSo war auf dem Sozialforum in Deutschland in Erfurt aktiv mit Veranstaltungen zur Privatisierung von Saatgut und zu Gewerkschaftspolitik und -modellen in Brasilien, Frankreich und der Bundesrepublik. BaSo macht regelmäßig europäische Veranstaltungen und war präsent mit mehreren Workshops auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre in Brasilien im Januar/Februar 2005.

Am 10.12.05 findet in Mannheim eine Tagung von BaSo statt: Wie eine gute Kampagne organisieren? Die Referentin ist Mascha Madörin. Sie ist Schweizerin und hat mehr als 15 Jahre Kampagnenpolitik organisiert. Sie ist Expertin und Aktive bei den Aktionen »Finanzplatz Schweiz« und bei der »Anti-Apartheitkampagne«. 2005 hat sie u.a. publiziert: »Schweiz – Südafrika: Schlimmer, als wir behauptet haben«.

Im Januar 2006 werden wir einen Lehrgang zur Betriebsratswahl durchführen und im März eine Veranstaltung über Che Guevara. (1)

Dazwischen findet die tägliche Arbeit statt, mit Beschäftigten, Prekären und Arbeitslosen. Es wird einen Meinungsaustausch von BaSo mit ParlamentarierInnen der Linken geben. Denn wir wollen sie beeinflussen, wir wollen eine andere Welt!●

(1) Anmeldung bei: BaSo, Freyastr. 47, 42117 Wuppertal, oder per Fax 0202-2741575. Weitere Infos gibt's im Internet unter www.baso.info

Klaus Ernst (WASG), 17.7.2005, Parteitag der PDS in Berlin — Foto: arbeiterfotografie.com

Der Autor ist aktiv bei BaSo und lebt in Wuppertal. Dort hat er über 30 Jahre bei der Bayer AG gearbeitet. Er war Betriebsrat und ist gewerkschaftlich aktiv.

HUMANISTISCHE UNION FORDERT ERHÖHUNG DES ALG II

Moneten für die Menschenwürde!

Dragan Pavlovic, PE ● Eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes II (ALG II) hat der Arbeitskreis »Erwerbslosigkeit und Soziale Bürgerrechte« (ESBR) auf seiner Sitzung am Mittwoch (16. November) in Marburg gefordert. Schon um das Sozialhilfe-Niveau des Jahres 2004 aufrechtzuerhalten, müsste das ALG II im Jahr 2006 um mindestens 100 Euro monatlich erhöht werden.

Bis Ende 2004 war der Sozialhilfesatz mit Hilfe des sogenannten »Warenkorbs« errechnet worden. Teuerungen schlugen sich damit automatisch in einer angepassten Höhe der Sozialhilfe nieder. Mit Einführung des ALG II wurde diese Anpassung abgeschafft. Eine Grundlage für die Forderung nach einer Erhöhung des ALG II sind Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV). Der Paritätische hatte die Festlegung des ALG II auf 345 Euro kritisiert. Nach seinen Berechnungen hätte der Satz von Anfang an 412 Euro betragen müssen, um dem vorherigen Niveau der Sozialhilfe zu entsprechen.

Ein weiterer Teuerungsfaktor ist neben der Inflation die für den 1. Januar 2007 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Da der Handel angekündigt hat, diese Steuererhöhung bereits vorher »einzupreisen«, muss nach Auffassung des ESBR auch das ALG II schon vorher angepasst werden.

Stattdessen hatte die Große Koalition in Berlin jedoch vereinbart, beim ALG II einen Betrag von vier Milliarden Euro zu sparen. Diese Verabredung hält der ESBR für absolut weltfremd. »Einem nackten Mann kann man nicht mehr in die Tasche greifen«, zitierte Franz-Josef Hanke das Motto der ersten Nackt-Demo Deutschlands Mitte der 80er Jahre in Marburg. Weitere Einsparungen bei den Beziehern von ALG II hält der Landessprecher der Humanistischen Union (HU) für »brandgefährlich«.

»Wir können uns in Deutschland keinen weiteren Sozialabbau mehr leisten«, resümierte er. Wie teuer soziale Ausgrenzung und Deklassierung werden könne, müsse die französische Gesellschaft derzeit auf bittere Weise feststellen.

Auch ein Generalverdacht gegen Bezieher von ALG II, wie ihn beispielsweise der scheidende Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement geäußert hat, könne gefährliche Folgen zeitigen. »Wenn Erwerbslose von vornherein des Betruges verdächtigt werden, dann könnte das für sie die Schwelle niedriger setzen, gegen gesetzliche Regeln zu verstoßen«, befürchtet Hanke.

Der neuen Bundesregierung hat der ESBR deswegen vorgeschlagen, dem Aufruf einiger Millionäre zu folgen und die Vermögenssteuer mindestens auf europäischem Niveau wieder einzuführen. Mit dem »Sozialneid von oben« müsse endlich Schluss sein, forderte Hanke abschließend. Die reiche Bundesrepublik müsse jedem Bürger eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren.●

FORTSETZUNG VON SEITE 10

nispartner und Zugänge zu Ressourcen.

Nun gibt es eine linke Partei, diese Linkspartei.PDS und WASG. Ist »links« nur ein Marketing-Label? Oder geht es um mehr, um Inhalte, gar um politische Wirksamkeit? Die Praxis dort, wo die Linkspartei.PDS in der Mitregierungsverantwortung steht, und die populistischen Ausfälle eines Lafontaine lassen zweifeln. Trotzdem scheint es eine Reihe vernünftiger Menschen in diesen Strukturen zu geben. Menschen die aus sozialen Bewegungen kommen, die ihre Lebenszeit nicht aus Karrierespekulation, sondern aus Überzeugung in solche unerotischen Strukturen geben. Respekt. Die Linkspartei scheint mir ein guter Anlass, die Frage nach Interessen und – ganz altmodisch – nach dem Klassenstandpunkt wieder zu stellen. Die alte Arbeiterklasse (schon sprachlich ein männliches Konstrukt) gibt es ja so nicht mehr. Die Welt ist komplizierter geworden. Aber die Interessengegensätze haben sich eher verschärft, auch wenn ein großes Medienangebot aufgefahren wird, um die vereinzelten Einzelnen anderes glauben zu machen.

Eine neue Klassenanalyse wäre hilfreich. Sie könnte sich ganz marxistisch orientieren an dem grundsätzlichen Unterschied zwischen denen, die darauf angewiesen sind, von ihrer eigenen Arbeit zu leben – unabhängig davon, ob sie dies realisieren können oder nicht – und denen, die dies nicht nötig haben. Die folglich das Recht und die Macht haben, von der Arbeit anderer – sprich von Ausbeutung – leben zu können. Ein Klassenbegriff muss nicht die Unterschiede innerhalb einer Klasse negieren. Natürlich leben z.B. die ArbeiterInnen bei Opel in einer anderen sozialen Realität als Langzeitarbeitslose, und daraus leiten sich unterschiedliche Partialinteressen ab. Wenn wir aber die Systemfrage stellen, die Frage danach, wie eine Wirtschaft für die Menschen, statt gegen sie organisiert sein sollte, dürfte die Interessenlage sich annähern. Es wäre für ein politisches Verständnis hilfreich, (wieder) den Orientierungs- und Identifikationspunkt eines Klassenbewusstseins zur Verfügung zu haben.

Und vielleicht könnte eine solche Orientierung auf Gemeinsames statt auf Trennendes auch ein Schritt sein zur Ermöglichung tragfähiger selbstorganisierter Strukturen. Ausgehend von der Interessenlage des größten Teils der Bevölkerung gibt es eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit, Produktionsmittel und Infrastrukturressourcen kollektiv und im Interesse der NutzerInnen dort erstellter Produkte und Leistungen zu bewirtschaften. Daneben spielt auch der subjektive Faktor eine wichtige, für die/den EinzelneN vielleicht entscheidende Rolle. Wenn sich in unserer Szene zur drohenden Altersarmut nicht auch noch die Alterseinsamkeit gesellen soll, ist es für viele von uns höchste Zeit, sich um ökonomische, soziale und kulturelle Voraussetzungen kollektiver Lebensformen zu kümmern.

Zum Schluss noch ein kleiner Lesetipp zum Thema: Erasmus Schöfer hat gerade den dritten Band »Sonnenflucht« seiner Tetralogie »Kinder des Sisyphos« (3) veröffentlicht. Als Bewegungschronist hält er darin die nach '89 vom Verschwinden bedrohte Kultur des Widerstands für die Nachwelt fest: »ein Romanzyklus gegen die Resignation...« (*taz*). Wenn wieder mehr Menschen ihre eigene Situation begreifen als gesellschaftlich bedingt, und die Welt als gemeinsam und solidarisch gestaltbar, und wenn sie sich dann noch einigen auf konkrete Schritte hin zu einer anderen Welt, dann.....●

Die Autorin ist als lebenslänglich Suchende in den verschiedenen Strukturen alternativer Ökonomien beheimatet.

1) Die Entstehung dieses Reichtums aus Gewalt und Morden vor 100 Jahren in den Kolonien, und während der faschistischen Enteignungen jüdischer Menschen, wäre ein eigenes Thema.
2) Werner Rügemer in der Einleitung des von ihm 2004 im transcript Verlag herausgegebenen Buchs: Die Berater – Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft.
3) Bisher erschienen: Ein Frühling irrer Hoffnung (2001), Zwielicht (2004), Sonnenflucht (2005), alle im Dittrich Verlag, Berlin.

Anzeige

DER POPULISMUS DER LINKSPARTEI IST DAS KOMPLEMENT DER NEOLIBERALEN KRISENVERWALTUNG

Schizophrene Stimmungslage

Der relative Wahlerfolg der Linkspartei wurde bei den Bundestagswahlen vielfach als Normalisierung der deutschen Verhältnisse kommentiert. Endlich habe sich, wie in fast allen anderen europäischen Ländern auch, eine ernst zu nehmende linke Partei etabliert, die Einfluss auf die Politik nehmen könne. Diese Einschätzung ist freilich geprägt von einer retrospektiven Sicht, die wenig mit der aktuellen Krisenwirklichkeit der kapitalistischen Gesellschaft zu tun hat, in der die ehemaligen Unterschiede von Links und Rechts zunehmend verschwimmen und gerade noch als Accessoires der spektakulären Inszenierung eine Rolle spielen. Dennoch trifft die Rede von der »Normalisierung«, verstanden als Angleichung an die europäischen Nachbarländer, durchaus etwas Richtiges.

7.9.2005: Wahlkampfveranstaltung in Köln Foto: arbeiterfotografie.com

von Norbert Trenkle ● Die Formierung der Linkspartei aus PDS und WASG und die Erosion der großen Volksparteien, die zur Bildung einer (gar nicht mehr so großen) Koalition gezwungen wurden, markiert das späte Ende eines erstaunlich stabilen politischen Gleichgewichts, das mit dem Ausbrennen des Nachkriegsbooms eigentlich schon längst obsolet geworden war. An seiner Stelle hat sich nun eine neue, ziemlich labile Konstellation herausgebildet, die auf spezifische Weise eine für die derzeitige Krisensituation durchaus charakteristische, schizophrene Stimmungslage reflektiert.

Auf der einen Seite sind die Zwänge der kapitalistischen Konkurrenz- und Verwertungslogik weitgehend verinnerlicht und die Imperative der Krisenverwaltung erscheinen als unhintergehbares Naturgesetz. Dass die Parteien sich in ihrer Politik allenfalls noch um geringe Nuancen unterscheiden, wird daher auch als vollkommen selbstverständlich hingenommen. Zur Debatte steht nicht mehr das Ob der besten Anpassung an die globalisierte Dumpingkonkurrenz, sondern nur noch das Wie. Auf der anderen Seite wächst aber unter dem Druck des entfesselten Weltmarkts und der Prekarisierung der Lebensverhältnisse auch ein diffuses Unbehagen an einer Gesellschaft, die eine erfolgreiche Marktteilnahme gleichzeitig zur Existenzbedingung erhebt und verunmöglicht. Weil sogar die momentanen Gewinner mittlerweile damit rechnen müssen, morgen schon unter die Räder zu kommen, geht die Angst um – quer durch alle Gesellschaftsschichten. Und Angst sucht nach einem Ventil.

Bislang war es den etablierten Parteien zumindest im Westen der Bundesrepublik noch gelungen, diese schizophrene Stimmung politisch zu kanalisieren. Nicht zufällig fiel dies in den relativen Gewinnerregionen am leichtesten, vor allem in Bayern, wo die CSU ihre Position als quasi-sozialdemokratische Volkspartei immer schon mit einer Mischung aus wirtschaftsfreundlicher Standortpolitik, Klientelwirtschaft, geschickter Nutzung der Verteilungsspielräume und populistischer Stimmungsmache abgesichert hat. Aber auch der SPD gelang diese Integrationsleistung noch einmal, als sie 1998 vom Unmut über den Kohlschen Sozialabbau an die Macht gespült wurde, obwohl es die Spatzen damals schon von den Dächern pfiffen, dass sie diese Politik noch viel konsequenter fortsetzen würde. Selbst bei der Wahl 2002 konnte sie sich noch gerade so eben als das kleinere Übel verkaufen; doch spätestens seit Hartz IV war dieser Spagat nicht mehr durchzuhalten.

Outsourcing der anti-neoliberalen Stimmung

Insofern ist die jetzige Erosion der alten Parteien-Konstellation und das Outsourcing der anti-neoliberalen Stimmung in einer eigenen Partei alles andere als erstaunlich. Denn auch wenn das Publikum das Spiel im Grunde durchschaut und daher auch nicht etwa betrogen wird, sondern sich allenfalls ein paar Illusionen vorgaukeln lassen will, ungefähr so, wie es sich gerne mal in die Traumwelten von Hollywood entführen lässt, um den kapitalistischen Alltag leichter ertragen zu können – es verlangt doch ein gewisses Maß an Glaubwürdigkeit von den politischen Darstellern. Schließlich möchte man ja auch keine Laienschauspieler auf der Leinwand sehen, Mafiabosse etwa, denen man auf den ersten Blick anmerkt, dass sie hauptberuflich Steuerberater sind oder an einer Supermarktkasse sitzen. Insofern war Gerhard Schröder eigentlich eine recht gute Besetzung, denn im Metier der symbolischen Politik ist er zuhause. Doch die Kluft zwischen sozialer Gerechtigkeitsrhetorik und marktradikaler Zurichtung der Gesellschaft konnte selbst er nicht mehr überbrücken. Deshalb kann nun sein alter Rivale Lafontaine mit einem Konkurrenzunternehmen zumindest vorübergehend reüssieren.

Dennoch erfüllt die Linkspartei nicht einfach die Funktion einer Re-Stabilisierung des politischen Systems durch Integration der Unzufriedenen. Denn dazu müsste es ihr wenigstens eine Zeit lang gelingen, eine »andere Politik« auf der symbolischen Ebene einigermaßen glaubhaft zu vertreten. Genau dieser Weg ist jedoch verbaut. Es braucht keine besondere Phantasie um zu erkennen, dass PDS und WASG im Falle einer Regierungsbeteiligung exakt die gleiche Politik betreiben würden wie die von ihnen jetzt attackierten »neoliberalen Einheitsparteien«. Jeder potentielle Wähler kann das am praktischen Exempel in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern studieren. Dahinter steht nicht etwa ein Mangel an Wille oder Durchsetzungskraft, sondern die Tatsache, dass die globalisierte Kriseninkonkurrenz und der ungeheure Rationalisierungswettlauf die Handlungsspielräume der Politik aufs äußerste verengt haben. Weil dies im Grunde dem Wahlvolk längst bekannt ist, erwartet es auch gar keine ausgefeilten politischen Gegenentwürfe; ein paar Schlagworte, die das Bauchgefühl ansprechen, genügen vollkommen. Selbst dem letzten Underdog ist klar, dass all die phantastischen neo-keynesianischen Konzepte ökonomisch in der Luft hängen. Die Einzigen, die noch daran glauben, sind ein paar linke Professoren, die ihr Leben lang nichts anderes gelehrt haben, und ein Teil der Partei- und Attac-Aktivisten, die nach intellektuell anspruchsvolleren Illusionen verlangen als der Durchschnittswähler.

Lafontaine ist alter Politikfuchs genug, um dies längst begriffen zu haben. Deshalb hat er schon im Wahlkampf auf »ökonomischem Realismus« beharrt und eine Absenkung der geforderten Mindestlöhne im Programmentwurf durchgesetzt, die im Zweifelsfalle sowieso gerade mal eben auf Sozialhilfeniveau angesiedelt sein werden; gleichzeitig spielt er hemmungslos die populistische Karte aus. Dass er dabei offen ans nationalistische und rassistische und ein wenig verklausulierter auch ans antisemitische Ressentiment appelliert, liegt durchaus in der Logik der Sache. Denn was unter den Bedingungen des globalisierten Krisenkapitalismus vom Keynesianismus übrigbleibt, ist nur noch der aggressive Wunsch nach einer Wiederherstellung seiner notwendigen nationalstaatlichen Grundlage. Zwar ist auch dies nicht viel mehr als bloße Phantasie, weil die Transnationalisierung des Kapitals sich nicht mehr rückgängig machen lässt, doch die Definition der entsprechenden Hassobjekte: »Fremdarbeiter« und das unvermeidbare »wurzellose Finanzkapital« ermöglicht zumindest eine vorübergehende Affektabfuhr. In der politischen Praxis würde eine solche Verfallsform des Keynesianismus (gegen die man den klassischen Keynesianismus fast schon in Schutz nehmen muss) selbstverständlich nicht etwa die sozialstaatliche und wirtschaftspolitische Regulation wieder herstellen, sondern allenfalls die eine oder andere Zumutung der Krisenverwaltung für Inländer ein wenig abpuffern. Die Rückseite jedoch wäre der verschärfte rassistische Ausschluss, wie er in Lafontaines Befürwortung von Internierungs- und Abschiebelagern für Migranten in Nordafrika deutlichen Ausdruck fand.

Festungsbau-Nationalismus

Unverblümt spricht diese Konsequenz ausgerechnet der ehemals scharf »antideutsche« Publizist Jürgen Elsässer aus, der in der links-traditionalistischen Zeitung *junge Welt* seinen neuen Liebling Lafontaine penetrant hochjubelte. Gegen das Sozialdumping gebe es demnach nur ein Mittel: die Reduktion der EU »auf einen Kern, in dem es kein starkes Wohlstandsgefälle gibt« (*junge Welt*, 18.6.2005), und dessen Abschottung nach außen. Um diesen Festungsbau-Nationalismus wenigstens scheinbar nach rechts abzugrenzen, wird noch die freche Behauptung nachgeliefert, dies sei auch das Beste für die Ausgeschlossenen, denn es schütze sie angeblich vor dem hemmungslosen Zugriff »des Großkapitals« und »der Konzerne« und trage dazu bei, »die Ausbeutung der Ostländer zu lindern« (ebd.). Tatsächlich würde natürlich ein Ausschluss aus der EU die osteuropäischen Länder keineswegs vor der kapitalistischen Ausbeutung schützen, sondern diese noch verschärfen und sie zusätzlich der relativen Vorteile berauben, die eine EU-Mitgliedschaft bedeutet (wozu nicht zuletzt die Reise- und Niederlassungsfreiheit gehört). Aber das will Elsässer gar nicht wissen. Es geht ihm hier nämlich nicht um eine politische und ökonomische Analyse; was aus ihm spricht, ist vielmehr eine ganz vulgäre nationalistische Verarbeitungsform der Angst vor dem sozialen Absturz, wie sie in den bisherigen Gewinnersegmenten der Weltmarktkonkurrenz derzeit umgeht. Nicht einmal die klassisch rechte Forderung nach Volksabstimmungen zur Osterweiterung und zur Aufnahme der Türkei lässt er dabei aus – wohlwissend, dass dies die Entfesselung von nationalistischen und rassistischen Hetzkampagnen der übelsten Sorte bedeuten würde und das Ergebnis ohnehin im Voraus feststünde, ganz nach dem Motto: Endlich kann man mal gegen Ausländer abstimmen.

Sicherlich sind diese Konsequenzen nicht wenigen Aktivisten der Linkspartei und auch einem (vermutlich kleineren) Teil ihrer Wähler durchaus zuwider. Doch der äußerst lahme Protest gegen die entsprechenden Avancen Lafontaines und anderer Galionsfiguren von PDS und WASG verweist auf ein zumindest wahltaktisches Einverständnis damit. Solche »Wahltaktik« lügt sich jedoch selbst in die Tasche. Es ist nicht so, dass auf diese Weise gewissermaßen durch die Hintertür linke oder zumindest links-keynesianische Positionen wieder auf die Bühne der Politik getragen werden könnten. Vielmehr geben umgekehrt diese Positionen das schmückende Beiwerk für einen neuen, flexibilisierten Populismus ab, der spektakulär mit den Elementen ehemals linker und rechter Positionen spielt und sie ununterscheidbar ineinander verschwimmen lässt und der die ebenso rechts-links vereinheitlichte sozialdarwinistische Krisenverwaltung flankiert.

Der Herausbildungsprozess dieses Populismus ist noch nicht abgeschlossen. Die Linkspartei stellt dabei sicherlich nur ein Durchgangsstadium dar. Gerade deshalb ist es jedoch das Gebot der Stunde, die an sie auch von bewegungslinker Seite immer noch geknüpften Hoffnungen auf eine »andere Politik« schonungslos zu kritisieren. Der Populismus ist die zeitgemäße Form der Politikillusion und als solche kein Gegensatz zum Neoliberalismus, sondern sein Komplement. Daher ist er genauso zu bekämpfen wie dieser.●

ARBEIT NEU DENKEN

Arbeit – Mehr als eine Beschäftigung, die Geld einbringt

»Arbeit ist eine Beschäftigung, für die man Geld bekommt, und hat man keine Arbeit, so hat man auch kein Geld«. (1) Dies ist keineswegs »nur« die verkürzte Sichtweise einer neunjährigen Schülerin. Auch nach den gängigen Arbeitstheorien, die sich fast alle auf Lohnarbeitstätigkeiten in Industrie und Verwaltung beschränken, gehören Arbeiten, die außerhalb bezahlter Lohnarbeit stattfinden, in den »Restbereich«, der für die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft zuständig ist.

Zusammenfassung von Gisela Notz ● Es ist also danach zu fragen, was eigentlich Arbeit ist und warum der »enge« Arbeitsbegriff wenig taugt. Es gilt Kriterien für einen erweiterten Arbeitsbegriff zu entwickeln und Abgrenzungen vorzunehmen, weil nicht alles, was Menschen in ihrer wachen Zeit tun, Arbeit sein kann.

Arbeit ist sowohl selbständige Arbeit als auch abhängig geleistete bezahlte Erwerbsarbeit. Diese ist zu unterteilen in ungeschützte (meist sozialversicherungsfreie) Erwerbsarbeit, Teilzeitarbeit (mit und ohne tarifliche Absicherung), tariflich abgesicherte »Normal«Arbeit. Arbeit ist auch Haus- und Sorgearbeit, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit für Alte, Kranke und Behinderte, unbezahlte Konsumarbeit, Subsistenzarbeit, ehrenamtliche politische und kulturelle Arbeit, Bürgerschaftliches Engagement, »freiwillige« unbezahlte soziale Arbeit, unbezahlte Arbeit in Selbsthilfegruppen und neuerdings auch Arbeit in »Arbeitsgelegenheiten« im Sinne von 1-Euro-Jobs.

Die Diskussion darüber, wie Arbeit und Leben in der Zukunft gestaltet sein sollen, muss von einem umfassenden Arbeitsbegriff ausgehen, der (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleistete Arbeit einschließt und auch die verschiedenen Arbeitsorte in die geschlechtsspezifischen Analysen einbezieht. Bei den meisten Diskussionen um die Zukunft der Arbeit, geht es um die Zukunft jenseits der (tarifvertraglich bezahlten) Erwerbsarbeit, meist im Niedriglohnsektor und meist auf Kosten von Frauen. Die Argumentationen über die Wichtigkeit der Arbeit jenseits von Markt und Staat ideologisieren die Unbezahltheit und scheinbare Unbezahlbarkeit der Arbeit, nicht selten auf Kosten von Frauen. Zudem sind die Arbeiten, die unbezahlt und ehrenamtlich oder mit 1-Euro-Jobs ausgeführt werden, meist Reparaturarbeiten für die sozialen, gesundheitlichen, psychischen und ökologischen Schäden, die im Sektor der Erwerbsarbeit aber auch in Familien und anderen Zusammenlebensformen verursacht wurden.

Eine Neubewertung und Neuverteilung der Arbeit setzt voraus, dass die Frage danach gestellt wird, welche Arbeiten in den verschiedenen Arbeitsbereichen wünschenswert, sinnvoll und gesellschaftlich nützlich sind. Daher sind Tätigkeiten, die der Zerstörung der Umwelt und der zwischenmenschlichen Beziehungen, sowie kriegerischen Auseinandersetzungen dienen, nicht im Arbeitsbegriff zu verankern. Wenn der Anspruch, die Lebensqualität für alle Menschen und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu sichern, ernst genommen wird, wird Umdenken auf breiter Ebene dringend notwendig.

In der Zukunft muß es darum gehen, die herkömmliche Trennung von ökonomisch und außerökonomisch determinierten Arbeitsbedingungen, sowie deren geschlechterspezifische Zuordnung grundsätzlich in Frage zu stellen. Daraus kann dann abgeleitet werden, welcher institutionellen Änderungen es in Beruf, Gemeinwesen und Haushalt bedarf, damit Frauen und Männer die dort anfallenden Arbeiten ebenbürtig erledigen können, geschlechts- und schichtsspezifische Differenzen abgebaut werden und neuen Unterschichtungen (auch) zwischen Frauen verschiedener Herkunft und verschiedener Ethnien vermieden werden. Es gilt Menschenrechte für Alle einzufordern, »illegale« Verhältnisse zu legalisieren und eigenständige Existenzsicherung aus möglichst selbstbestimmter Arbeit für Alle zu ermöglichen. Es geht um eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die alle Menschen als eigenständige Individuen behandelt, gesetzlich festgelegte Mindestarbeitsbedingungen und Mindestlöhne und um weltweite Ethikcodes.

Für die gewerkschaftliche Arbeitspolitik ergibt sich für die Zukunft die Notwendigkeit, sich dem ungeheuer weiten Feld der Arbeit als Ganzem zuzuwenden. Menschen aus großen und kleinen Fabriken, aus Verwaltungen, »neue Selbständige«, ICH- und Familien-AGs, die meist weder Produktionsmittel besitzen, noch andere für sich arbeiten lassen, Menschen aus Schatten- und Alternativwirtschaft und lokaler Ökonomie wie auch aus Hauswirtschaft, bürgerschaftlichem Engagement und ehrenamtlicher Arbeit müssen in die Konzeptentwicklungen und Handlungsstrategien zur »Zukunft der Arbeit« einbezogen werden. Das gilt auch für gewerkschaftliche Strategien, Handlungskonzepte und Aktionen. Ohne Allianzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften wie Politik, Gewerkschaften, Unternehmen, sozialen Bewegungen und Frauenverbänden und ohne die Kooperation zwischen verschiedenen AkteurInnen werden Veränderungen im Sinne einer Aufhebung der rassistischen und sexistischen Ungleichheiten schwer zu erreichen sein.

Für Gewerkschaftsfrauen reicht es nicht, undifferenziert die Forderung »her mit der Hälfte« zu stellen, denn das hieße, die Hälfte vom verschimmelten Kuchen zu fordern. Wir müssen über Konzepte und Gestaltung der ganzen Bäckerei nachdenken. Es wird auch nicht reichen, dass einfach nur mehr Frauen politische Positionen und Führungspositionen in Wirtschaft und Verwaltung einnehmen. Es braucht Frauen und Männer, die mit den

Fortsetzung nächste Seite

GESETZESNOVELLIERUNG

EU bringt Genossenschaften neue Chancen

– Neuerungen stärken soziales und kulturelles Engagement

Vor zwei Jahren beschloss das Europaparlament die Europäische Genossenschaft, die »Societas Cooperativa Europaea« (SCE) einzuführen. Ihren Platz soll sie neben den nach nationalem Recht arbeitenden Genossenschaften einnehmen. In der Folge entschied der Bundestag, auch das innerdeutsche Genossenschaftsrecht den neuen EU-Statuten »moderat« anzupassen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries hofft, dass dies die grenzüberschreitende Betätigung von Genossenschaften erleichtert und länderübergreifenden Genossenschaftsgründungen größeren Anreiz bietet, ihren Sitz in Deutschland zu nehmen.

Michael Scheuermann, Red. Genossenschaften ● Nach den nun vorliegenden Novellierungsvorschlägen dürfen zukünftige Genossenschaftsgründer besonders in kleinen sowie sozial und kulturell orientierten Genossenschaften auf notwendige Förderungen und Erleichterungen unter anderem auf eine Reduzierung der Mindestmitgliedszahl und der Prüfungspflichten hoffen. Sind doch die Hürden, die Genossenschaftsgründern in Deutschland entgegenstehen, unterm Strich noch ungleich höher, als in vielen europäischen Mitgliedsstaaten. Der nun vom Justizministerium (BMJ) erarbeitete Referentenentwurf zur Reform des deutschen Genossenschaftsrechts wurde am 19. Oktober Ministerien und Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet. In ihrer Verlautbarung dazu betont Ministerin Zypries: »In Zeiten, in denen mehr Bürgerinitiative« gefragt sei und »das Bewusstsein« wachse, dass »zum Unternehmertum auch soziale Verantwortung« gehöre, soll »die Genossenschaft eine größere Rolle im Wirtschaftsleben und in der Gesellschaft spielen«.

Der Dortmunder Sozialwirtschaftsexperte Hans-Gerd Nottenbohm kann dem nur zustimmen und erhofft sich endlich deutlichere Erleichterungen bei Neugründungen und Führung kleiner Genossenschaften. Die Mindestmitgliederzahl beispielsweise soll statt bisher sieben nur noch drei Personen betragen und die Prüfungspflicht des Jahresabschlusses unter bestimmten Voraussetzungen wegfallen. Auch könnten die bisherigen Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung durch Beitrittseinlagen und Mitgliederbeiträge nach der geplanten Gesetzesanpassungen darüber hinaus auf rein investierende Mitglieder erweitert werden. Sachgründungen seien dann ebenfalls zulässig. Weiter sollen die Informationsrechte der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder und die Informationsversorgung der Mitglieder verbessert werden. Für Nottenbohm äußerst sinnvolle Maßnahmen, um die Eigeninitiative von Genossenschaftsmitgliedern – in diesem Fall zum Aufbau eigener Arbeitsplätze – deutlich zu verbessern.

Derzeitige Vorschriften behindern

Als Vorstand der Leipziger Genossenschaft »innova eG«, die in zweieinhalb Jahren deutschlandweit über 20 Genossenschaftsgründungen Langzeitarbeitsloser gefördert hat und derzeit mit dem Projekt »QuaGeno« die genossenschaftliche Qualifizierung Gründungsinteressierter aufbaut, muss sich Nottenbohm seit Jahren mit den im Vergleich zu anderen Gesellschaftsformen strengeren Gründungsvorschriften herumschlagen. Für die hochmotivierten Unternehmensgründer sei dies eine zusätzliche Hürde, die ihre Arbeitslosigkeit nicht nur unnötig verlängere, sondern auch eine finanzielle Mehrbelastung für die in der Regel Mittelosen bedeute, bevor noch ein Cent Einnahmen fließe. Aber selbst nach dem neuen Gesetzesentwurf bremsen die seiner Meinung nach weiterhin zu engen Prüfungsvorschriften Genossenschaftsgründungen aus.

Auch Burchard Bösche, Vorstand des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften in Hamburg, ist diese »Überregulierungsmühle« ein Dorn im Auge. Viele Gründungswillige im sozialen und kulturellen Bereich scheiterten bisher vor allem deshalb, weil sie das Genossenschaftsrecht mit einem zu hohen Kosten- und Organisationsaufwand überfordere. Als einzige Gesellschaftsform unterliege die Genossenschaft »unabhängig von ihrer Größe der gesetzlichen Prüfung durch einen Prüfungsverband, dem sie dazu noch gleichzeitig angehören muss«.

Verringerter Prüfungsaufwand

Für Bösche ist dies eine »Diskriminierung der kleinen Genossenschaft gegenüber kleinen Kapitalgesellschaften«, wie beispielsweise GmbHs, die erst bei einer Bilanzsumme von vier Millionen Euro der Prüfungspflicht unterlägen. Dort gäbe es »vergleichbare Gründungsprüfung und verbindliche Jahresabschlussprüfung« unterhalb dieser Grenze nicht. Die Ungleichbehandlung habe »das verfassungsrechtlich Tolerierbare längst überschritten«, ärgert sich der Jurist. Bisher müssen Genossenschaften vom ersten Euro an zweijährlich und ab zwei Millionen Euro sogar jährlich diese kostenintensive Prozedur über sich ergehen lassen.

Der Verbandsvorstand fordert formelle Jahresabschlussprüfungen nur auf mittlere und große Genossenschaften anzuwenden, Abschaffung doppelter Gründungsprüfungen und nicht zuletzt, die »Prüfung kleiner Genossenschaften durch Übernahme der Buchführung durch einen Genossenschaftsverband oder durch eine von ihm zertifizierte Stelle zu ersetzten«. Zumindest im aktuellen Referentenentwurf gibt das Justizministerium diesen Forderungen teilweise Raum. Danach können Genossenschaften nun bis zu einer Millionen Euro Bilanzsumme ganz von der Bilanzprüfung ausgenommen werden.

Das geht Jan Kunert, Vorstandsvorsitzender des in Solingen beheimateten Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens (BzFdG), nicht weit genug. Er verlangt die wirtschaftliche Gleichbehandlung von Genossenschaften mit GmbHs und Aktiengesellschaften (Prüfung erst ab vier Millionen Euro). Was Kunert darüber hinaus wundert: Trotz des ausdrücklichen Willens soziale und kulturelle Genossenschaften zu fördern, seien die Wohlfahrtsverbände vom BMJ anfangs nicht in die Anhörung einbezogen worden. So habe erst der BzFdG das Justizministerium darauf aufmerksam gemacht, den Referentenentwurf auch diesen Institutionen zur Einsicht und Stellungnahme zukommen zu lassen.

Anhörung zum Referentenentwurf

Schlussdatum für die Anhörung zum Referentenentwurf des neuen Genossenschaftsgesetztes ist der 12. Dezember. Ob alle Entwurfsoptionen und Änderungsvorschläge nach Anhörung der betroffenen Interessensverbände und Länderregierungen und nach deren Überarbeitung durch eine CDU/CSU/SPD-Regierung letztlich vorm Bundestag Bestand haben, wird sich erst im Frühjahr erweisen. Gewiss ist jedoch, dass auf Grundlage der »EU-Verordnung (EG)Nr. 1435/2003« die Gründung einer Societas Cooperativa Europaea ab dem 18. August 2006 in allen EU-Staaten möglich gemacht, also auch in deutsches Genossenschaftsrecht umgesetzt werden muss.●

BMJ-Referentenentwurf und Begründung zur Änderung des Genossenschaftsgesetztes unter:
www.genossenschaftsgedanke.de

ALTERNATIVE GENOSSENSCHAFTSTAGE

Genossenschaftliche Weiterbildung und Qualifizierung

– Grundlagen einer Ökonomie der Kooperation und des Vertrauens

Nach dem aktuell vorliegenden Referentenentwurf zum Genossenschaftsgesetz kommt es für die Gründung und den Betrieb neuer kleiner Genossenschaften ab August 2006 zu spürbaren Erleichterungen. Dafür geeignete Qualifizierungsmaßnahmen werden vom 16. bis 18. Dezember 2005 in Weimar in der Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte genau zum richtigen Zeitpunkt thematisiert. Veranstalter sind der Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. zusammen mit der innova eG.

Helmut Thieme, Red. Genossenschaften ● Erst wenn sich eine wachsende Anzahl von Menschen für gemeinsam getragene, aber nicht rigide gehandelte kooperationsorientierte Werte engagieren, wird der Genossenschaftsgedanke wieder an Bedeutung in unserer Gesellschaft gewinnen. Qualifizierungen, die ausschließlich betriebswirtschaftliches Wissen für den Aufbau und die Steuerung kooperativer Unternehmen vermitteln, greifen zu kurz. Sachwissen und kommunikative Kompetenz sind Voraussetzungen für die Fähigkeit, in genossenschaftlichen Unternehmen zu arbeiten. Sie können aber auch ausschließlich zum eigenen Vorteil genutzt werden. Insofern besteht die Gefahr, dass sie zu Konflikten führen, wenn sie den partizipativen Charakter von Genossenschaften verringern.

Wissen zur Kooperation

Folgerichtig engagiert sich der *Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens* seit Jahren für eine allgemeine, nicht auf bestimmte Sparten von Genossenschaften ausgerichtete Informations- und Bildungsarbeit: Er wirbt für den Genossenschaftsgedanken und regt so zu Neugründungen an, indem er sich für ein wachsendes Gewicht kooperationsfestigender Werte in der Gesellschaft einsetzt. Durch diese können in vielen Fällen Genossenschaften erst die ihnen zustehende Beachtung und Relevanz gewinnen.

Ergänzend hierzu ist die *innova* aktiv, indem sie genossenschaftliche Handlungskompetenzen im Sinne von Gründungs- und Steuerungswissen für den Aufbau neuer Genossenschaften in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Beide Stränge von Weiterbildung und Qualifizierung – werteorientierte Aufklärungsarbeit und fachorientiertes Handlungswissen – sind erforderlich, soll die Genossenschaftskultur ein Bestandteil unseres Wirtschaftslebens bleiben. Das heißt, nur wenn die sozialen, werteorientierenden Dimensionen der Organisationsform Genossenschaft verdeutlicht werden und dafür auch die rechtliche Gestaltung novelliert wird, kann die gemeinschaftliche Selbsthilfe wieder die Bedeutung erlangen, die ihr in einer aufgeklärten Gesellschaft mit mündigen, nicht ausschließlich auf ihren Eigennutz fixierten Bürgern zukommen müsste.

Unterschiedliche Sichtweisen

Die Alternativen Genossenschaftstage in Weimar führen beide Stränge zusammen, indem pragmatische und werteorientierte genossenschaftliche Bildungs- und Qualifizierungsaktivitäten thematisiert werden. Dabei kommen verschiedene Sichtweisen zur Geltung. Mitglieder potentieller und bereits gegründeter Genossenschaften, genossenschaftliche Projektentwickler sowie Verbandsvertreter und Wissenschaftler, die im Genossenschaftssektor tätig sind, formulieren ihre Perspektiven und Anforderungen. Sie diskutieren unter anderem:

- Welchen Weiterbildungsbedarf haben Gründungsinitiativen und junge Genossenschaften?
- Gibt es Erfahrungen bei der inhaltlichen, methodischen und organisatorischen Ausgestaltung sowie finanziellen Absicherung der Weiterbildung neuer Genossenschaften?
- Wo sind geeignete GenossenschaftsentwicklerInnen bzw. neue PromotorInnen zu finden?
- Welchem Anforderungsprofil sollen genossenschaftliche ProjektentwicklerInnen genügen und welchen Weiterbildungsbedarf haben sie – jetzt und in Zukunft?

Inhaltliche Inputs

Die Veranstaltung wird eine Mischung zwischen Vorträgen und Workshops. Als Inputs sind folgende Beiträge vorgesehen:

- Bildung und Qualifizierung – Bausteine der Entwicklung von Sozialvermögen in Genossenschaften von Cornelia Schädel;
- Die Genossenschaftsidee neu beleben – Qualifizierung von PromotorInnen für neue Genossenschaften von Burghard Flieger;
- Alternativen zum Shareholder Value vermitteln – Schülergenossenschaften als kooperatives Lernfeld von Nicole Göler von Ravensburg, Fachhochschule Frankfurt/M;
- Erfahrungen mit der Ausbildung von genossenschaftlichen Selbsthilfepromotoren – Rückblick auf 40 Jahre Erfahrungen von Hans-H. Münkner.

Der Tagungsbeitrag beträgt 90 Euro inklusive Unterkunft und Verpflegung. Die Anmeldung sollte postalisch, per Fax oder elektronisch erfolgen an:
innova eG, Projektbüro Dortmund, Huckarderstr. 10-12, D-44147 Dortmund, Tel: 0231-162041,
Fax: 01212-556714207, info@innova-eg.de unter Angabe, ob Einzelzimmer oder Doppelzimmer und ob vegetarische oder nicht vegetarische Ernährung.●

FORTSETZUNG VON SEITE 12

herrschenden Verhältnissen nicht einverstanden sind. Menschen, die Macht nicht mit Unterdrückung verbinden, sondern für die Macht heißt, »etwas hervorzubringen: eine andere Lebensweise, eine andere Welt, einen inspirierenden Sinn« (Rossana Rossanda).

Gegen-Macht im Mahlwerk der neoliberalen Globalisierung wird ebenso notwendig wie Mit-Macht. Es gilt, konkrete Utopien für das viel zitierte »gute Leben« oder für die andere Welt, von deren Möglichkeit immer mehr Menschen überzeugt zu sein scheinen, zu entwickeln und dann auch für deren Durchsetzung zu kämpfen. In einer globalisierten Welt werden sich solche Zukunftsvorstellungen allerdings nicht auf einen Nationalstaat, auch nicht auf Europa beschränken lassen. Weltweite Arbeit an konkreten Utopien ohne Unterdrückung von Menschen durch Menschen ist eine Aufgabe für die Zukunft.●

1) Aussage einer neunjährigen Schülerin bei einem IG Metall-Wettbewerb zumThema »Arbeit« 1986.

Dr. Gisela Notz ist wissenschaftliche Referentin in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte. Die ver.di-Frauen- und Gleichstellungspolitische Abteilung, Ressort 2, hat in ihrer Reihe Perspektiven: »Der andere Blick« die Überlegungen und Vorschläge von Dr. Gisela Notz zum Thema »Arbeit neu denken« 2005 herausgebracht. Informationen unter: 030/ 6956-1151 oder unter www.verdi.de, Frauenpolitik.

Anzeige

Ohne Kontakt zur Außenwelt gibt es keinen Neuanfang nach der Haft. Lesen hilft, sich zu informieren und in der Welt zu orientieren.

Bitte spenden Sie deshalb »Contraste« für Gefangene zum Preis von jährlich 45 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Kennwort: »Contraste«

LESEN HILFT

www.freiabos.de

Verschenken oder Schenken lassen

Kurze Hinweise auf Bücher-Neuerscheinungen:
Fünf Buchempfehlungen zum Verschenken oder Schenken lassen. Die Zeit ist reif. Wer sich schon keine subversive Literatur zu verschenken traut, der sollte diese wenigsten sich schenken lassen.

Die Friedensbewegung spielt heute zwar keine Rolle mehr, aber umso wichtiger scheint mir, einen kämpferischen Pazifismus das Wort zu reden, um nicht unvermittelt auf der nächsten Anti-Kriegs-Demo verdutzt neben einem Nazi, oder sonst einem Fanatiker zu stehen. Wer könnte hier besser Literatur zum Thema liefern, als der Verlag der Graswurzelrevolution, dem anarchistisch-pazifistischen Verlag der gleichnamige Zeitung, der seit kurzem eine verstärkte Buchproduktion hervorbringt. Eines der Neuerscheinungen ist: **Müller-Kampel, Beatrix (Hg.); »Krieg ist Mord auf Kommando« (Verlag Graswurzelrevolution Nettersheim 2005 / 277 S. / 17,80 EUR)**. Die Untertitel auf dem Bucheinband zeigen die Richtung an: »Bürgerliche und anarchistische Friedenskonzepte Bertha von Suttner und Pierre Ramus. Mit Dokumenten von Lev Tolstoi, Petr Kropotkin, Stefan Zweig, Romain Rolland, Erich Mühsam, Alfred H. Fried, Olga Misar u.a.« Um wieder einen kämpferischen Anti-Militarismus in Deutschland (und anderswo) zu stärken, brauchen wir diese Bücher mit klaren Informationen und klaren Argumenten, gegen eine schleichende Aufwertung militärischer Einrichtungen, da die Bundeswehr immer mehr z.B. auf dem Ausbildungssektor und als »Friedens«-Armee im Ausland versucht, sich zu profilieren. Krieg ist eben kein Computerspiel.

Es kann nur am jugendlichen Alter liegen (?), warum die Gruppe B.A.S.T.A. den mexikanischen Anarchisten Ricardo Flores Magón (1873-1922) nicht kannte, denn Spuren von ihm gab es schon in Büchern der 1970er und 80er Jahre, wenn auch zugegebenermaßen recht dürftige. Aber überfällig ist es längst: **Gruppe B.A.S.T.A. (Hg.); Ricardo Flores Magón; Tierra y Libertad (UNRAST-Verlag Münster 2005 / Abb. / 178 S./ 13 EUR)**. Flores Magón gehörte seinerzeit zu den Anarchisten, die theoretisch auf die Bauern der Mexikanischen Revolution von 1910-1920 Einfluss hatten. Er war es z.B., der Zapata den Slogan »Land und Freiheit« vorschlug und sich ganz klar auf indigene Werte eines undogmatischen Kommunismus bezog. Während Zapata institutionalisiert wurde, hat die Geschichtsschreibung Flores Magón zu unrecht völlig vernachlässigt. Wer sich also heute mit den Zapatisten und/oder der Geschichte Mexikos beschäftigen will, kann an diesem Buch nicht vorbei.

Wo wir schon mal in Mexiko sind, hier ein Krimi: **Subcomandante Marcos / Paco Ignacio Taibo II; Unbequeme Tote. Roman, Vierhändig. (Assoziation A Berlin / Hamburg 2005 / 239 S. / 14,80 EUR)**. Wenn ich eben davon sprach, dass Krimis mir i.d.R. zu unpolitisch sind, dann kommt jetzt natürlich genau das: Zwei der wohl beliebtesten Lateinamerikaner unserer Tage haben zusammen einen Krimi geschrieben. Beides wortgewaltige Schreiber, beide politisch engagiert und so kann eben nur ein Krimi rauskommen, der nicht nur in Mexiko-Stadt, sowie im Lakadonischen Urwald spielt, sondern eben auch die Geschichte Mexikos behandelt – vor allem deren dunkle Seite. Da der Roman vierhändig geschrieben wurde gibt es natürlich auch kein absolutes Ende, sondern eben zwei.

Einfach eine geniale Mischung aus hochkarätiger Literatur, spannungsreichem Krimi, und politischem Statement. Klasse.

Eine andere Art von Krimi ist: **Detlef Opitz; Der Büchermörder. Ein Criminal. (Eichborn Berlin 2005 / geb. / 356 S. / 24,90 EUR)**. Für Krimifans eigentlich eher nicht zu empfehlen, selbst wenn es hier vordergründig um den Magister Tinius (1764-1846) geht, der als Landpfarrer und Bibliomane des zweifachen Mordes beschuldigt worden ist, um seiner Leidenschaft, die Bücher, frönen zu können. Für einen Mord wurde er verurteilt und saß rund 23 Jahre im Gefängnis. Opitz berichtet über den Fall, die Aktenlage, die eigene Recherche und die verschiedenen Literaturen, die seit dem Fall Tinius durch die Bücherwelt kreisen. Als Krimi vielleicht zu langweilig, aber als ein gutes und interessantes Stück Literatur genial mit Kultfaktor.

So, und zum Schluss wird es noch mal ernst: so ernst, dass wir uns beim Lesen auf die Schenkel schlagen werden – versprochen: **Klaus Bittermann; Wie Walser einmal Deutschland verlassen wollte. Glossen über Querdenker de Luxe und andere Würstchen (Edition Tiamat Berlin 2005 / 175 S. / 13 EUR)**. Der Verleger Klaus Bittermann, inzwischen selbst ein gefragter Autor, und immer mal wieder in diversen Zeitungen und Zeitschriften nachzulesen, legt mit diesem Band eine Sammlung von Glossen vor, die ein reines Lesevergnügen darstellen. Hier kriegt jeder sein Fett weg. Ein Star ist heute jemand, der bereit ist sich in den Medien zum Deppen zu machen, und es herrscht Gedränge!, in Rundfunk und anderen Häusern, so dass man als Zeitgenosse sich nur wundern kann, wie schnell jemand bereit ist, sich vor der gesamten Welt zu entblöden. Das Problem ist nur, dass ein Großteil des Publikums, sowie der Akteure dies nicht mal zu merken scheinen. Deshalb brauchen wir die Glosse. Knapp, pointiert und erbarmungslos gilt es Wahrheiten auszusprechen, wie z.B. Thema Literatur: »Der Literaturbetrieb in Deutschland hat es schwer. Grass und Walser heißen Deutschlands Top-Autoren, zwei Langweiler von Format.« (S. 24). Und so geht das die ganze Zeit. Intelligente Unterhaltung. Mehr davon.●

Jochen Knoblauch

Mehr Widerstand schenken?

Was fehlt noch? Eine Stereoanlage, das neueste Handy, eine Klingeltonsammlung oder fünf Liter teures Benzin? Der Direct-Action-Kalender 2006 will eine ganz andere Lücke füllen: »Kreativer Widerstand gegen herrschende Politik hat in Mitteleuropa Seltenheit. Mit Hunderten von Tipps und Beispielen will unser Kalender Farbe ins Land bringen«, verkünden die MacherInnen des Kalenders, der in einem ungewöhnlichen, quadratischen Format daherkommt und zudem noch einen attraktiven Beileger besitzt, auf dem sich ein Gesellschaftsspiel rund um den Castor entfalten lässt.

Der 240 Seite starke Direct-Action-Kalender kann bestellt werden, selbst als Geschenk zu Weihnachten kann er geeignet sein: »Wir lieben diese Rituale nicht, aber selbst zu Weihnachten sind Aktionstipps im Kalender – wer schon 2005 das Abfeiern religiös-autoritärer Aufladung durcheinanderbringen will, sollte aber nicht mehr warten, bis es zu spät ist«, heißt es auf der Internetseite zum Kalender (www.projektwerkstatt.de/kalender) – verbunden mit dem Hinweis, dass die »De Luxe«-Variante des Kalenders zudem eine CD mit Aktionsmaterialien enthält. Es kann also losgehen: Ein Kalender zum Verschenken, aus dem mehr folgen kann als die (vorgetäuschte?) Freude über das Geschenk.●

Der Kalender ist für 4 Euro (mit Beileger) oder in der De-Luxe-Variante mit Direct-Action-CD und Adressheft in der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/903283 zu beziehen. Mehrfachbesteller erhalten Rabatt.
Bestellseite: www.aktionsversand.de.vu.

EU-Flüchtlingsabwehr an den Mittelmeergrenzen

Ausgehend von der »Cap-Anamur-Affäre«, der spektakulären Rettungsaktion 37 schiffbrüchiger MigrantInnen im Mittelmeer im Sommer 2004, wird die europäische Lagerpolitik und die Ausdehnung der Migrationskontrolle auf die nordafrikanischen Staaten grundlegend untersucht. Im Editorial der Redaktion heißt es zusammenfassend: »In dem europäischen Versuch, die transnationale Migration nach Europa zu unterbinden, festzusetzen und in die weltweiten Elendszonen zurückzuschieben, markieren die Lager an den Mittelmeerrändern entscheidende Knotenpunkte der Migrationskontrolle. Die Lager, Internierungs- und Haftzentren bilden ein unerlässliches Element, um Menschen gewaltsam, massenhaft und effektiv aus Europa herauszuhalten oder wieder herauszuschaffen. Auf der anderen Seite des Mittelmeeres setzt sich die Logik der Lagergewalt fort und steigert sich bis ins 'Sterben lassen in der Wüste'.«

Die engagiert schreibenden Autorinnen und Autoren unterstreichen, dass sich der polizeimilitärische Aufmarsch der EU an den Mittelmeergrenzen gegen die Aspirationen der Weltarmut richtet, die sich auf ihrer Suche nach einem menschenwürdigen Leben gezwungen sieht, die todbringende Route durch die Sahara und über das Mittelmeer einzuschlagen – einer Region, in der sich die globalen Zonen des Todes und des Wohlstands überlappen.

Da sich alle drei politischen Organisationen an den bundesdeutschen Anti-Lager-Protesten beteiligen, wird auch diese Seite des Konflikts dokumentiert. Das Buch richtet sich an eine kritische Öffentlichkeit, die sich gegenüber der Wiederkehr der Lager, eingedenk der deutschen und der europäisch-kolonialen Geschichte, nicht gleichgültig verhalten kann.●

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration; Flüchtlingsrat Niedersachsen; Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.): AusgeLAGERt. Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen; FFM Heft 10; Assoziation A, Berlin/Hamburg 2005, ISBN 3-935936-44-3, 190 Seiten, 10 EUR

Eine sozialistische Fantasie ist geblieben

Ein Ex-Banker träumt von einer weltweiten gesellschaftlichen Alternative – so was gibt's? Ja tatsächlich, bei einem wie ihm, der lange der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) angehört und die Ent-Täuschung nach dem Zusammenbruch des »real existierenden Sozialismus« gründlich aufgearbeitet und andere Alternativen erforscht hat. Werner Ruhoff hat die anarchistische Kommune Longo maï in der Provence besucht, auch die Kommune Niederkaufungen bei Kassel und die Sozialistische Selbsthilfe Mülheim in Köln. Er hat den ersten Kölner Umsonstladen mit initiiert. Aus seiner Kritik der neoliberalen Globalisierung, der persönlichen Erfahrung mit alternativen Lebensgemeinschaften und gezielter Lektüre zu seinem Thema, der Suche nach befriedigenden Lebens- und Arbeitsformen jenseits des Kapitalismus (MST, Oekonux), entwickelt er seine »sozialistische Fantasie«. Anhand einer fiktiven Reportage und fiktiver LeserInnenbriefe können wir uns mit Ruhoffs Vorstellungen auseinandersetzen. Genau das möchte der Autor erreichen: eine praxisnahe Debatte über die Möglichkeiten, ein nachhaltiges »gutes Leben« für alle zu verwirklichen.

So ganz neu ist das nicht. Callenbachs »Ökotopia« in den siebziger, P.M.s »bolobolo« in den achtziger oder Christoph Spehrs »Aliens unter uns« in den neunziger Jahren z.B. haben Vergleichbares unternommen. Ruhoff bleibt dichter an der Praxis. Das macht seine Erprobung diverser »sozialistisch-libertärer« Modelle ernsthafter – deren Lektüre allerdings auch weniger vergnüglich.

In Ruhoffs Fantasie sind viele Bereiche aus dem engen Geldkorsett des Warentauschs befreit: grund und boden, produktionsstätten, wohnungen, gesundheit, kommunikation, bildung und kunst gehören zur grundversorgung. (Die eigenwillige Rechtschreibung im fiktiven Teil des Werks verwendet die Großschreibung, um Veraltetes zu kennzeichnen: »Arbeitsplätze« z.B., »Schlachthöfe«, »Kernkraftwerke«, »Geld« und »Zinsen«, »Auto«, »Gewalt«, »Eigentum« oder »Obdachlose«.) Eine vorwiegend agrarisch-basisgemeinschaftlich geprägte Wirtschaft mit Kunst und Handwerk ohne Zwänge wird hier vorgestellt. Die Ziele der Gesellschaft umfassen vor allem die Deckung aller Grundbedürfnisse, ökologische Nachhaltigkeit und Sicherung der Demokratie. Verschiedene Maßnahmen, um dies zu erreichen, werden debattiert: eine Art Gesell'sches Schwundgeld taucht da auf; Obergrenzen für den Verbrauch von Wasser und Energie, bei deren Überschreitung Abgaben zu zahlen sind; eine Mischung aus Basis- und Rätedemokratie. Als Anstoß und Transportmittel für Veränderung setzt der Autor große Hoffnung in alternative Medien.

Einige philosophische Reflexionen im Epilog – angelehnt an Kant, Marx und die Kritische Theorie – gipfeln in der Feststellung: »Macht wird durch subalterne Mitwirkung an Macht gefestigt« und der Klage: »Es gibt allzu viele Menschen, die in ihrer machtkonformen Grundhaltung Grenzen und Zumutungen kaum als Einschränkung ihrer Freiheit wahrnehmen, Macht ist Identität für Unterdrücker und Unterdrückte.« Womit die Hinwendung zum Anarchismus plausibel wird, die weitgehend – wenn auch nicht durchgängig – dem Ruhoffschen Entwurf einer Gegengesellschaft zugrunde liegt. Dass der Buchtitel dennoch dem Sozialismus huldigt, stiftet da eher Verwirrung.

Ruhoffs Buch wirft eine Vielzahl lohnender Fragen auf. Antworten gibt es nicht, Anregungen sehr wohl. Das ist als Grundlage notwendiger Debatten über die Entwicklung basisdemokratischer freier Assoziationen nicht zu verachten.●

Ariane Dettloff

Werner Ruhoff: Eine sozialistische Fantasie ist geblieben. Sozialismus zwischen Wirklichkeit und Utopie. Verlag Die Buchmacherei 2005/148 Seiten, 10 EUR, ISBN 3-00-016583-5

Out of this World! Reloaded

Bei der vorliegenden Essay-Sammlung handelt es sich um den Tagungsband des Kongresses »Out of this World!«, der 2002 zum zweiten Mal stattfand. Der Untertitel »Reloaded!« ist dabei eine bewußte Anspielung auf die Matrix-Triologie, deren zweite Folge ebenfalls diesen Titel trug, und auch in Teilen der Linken als subversiver SF-Epos gilt. Der erste Kongress fand 2000 statt und seit dem wird er jährlich wiederholt. (Der Tagungsband zum ersten Kongress ist 2002 beim Argument Verlag Hamburg erschienen. ISBN 3-88619-288-1).

Nach Angaben von Christoph Spehr, einem der Herausgeber dieses Bandes und Organisator des Kongresses, stellt »Out of this World!« ein »Projekt praktischer Wissenschaft mit revolutionärem Anspruch« dar. Er umreißt als Meßlatte für den Anspruch des Kongresses: »Es handelt davon, wie grundsätzlich andere gesellschaftliche Verhältnisse aussehen und erreicht werden können.« Auf den Kongress konkret bezogen benennt er drei Grundannahmen, die die Beiträge verbinden:

»Erstens, dass Science Fiction (mit all ihren Verwandten) eine Genre-Familie ist, die sich in besonderer Weise dazu eignet, Utopien auszuprobieren und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu diskutieren. Zweitens, dass populäre Kultur – sowohl als experimentelles Projekt wie als Mainstream und Blockbuster – etwas ist, womit es sich zu beschäftigen lohnt; weil darin Alltagserfahrungen, Widerständigkeiten, utopische Überschüsse, politische Einsichten und transformatorische Haltungen aufbewahrt sind, und zwar in hoher Dichte und bildmächtiger Gestalt. Drittens, dass man diese politisch-kulturellen Sprachen auch sprechen können muss, aktiv daran teilnehmen, weil nur durch sie hindurch eine Umwälzung der Verhältnisse möglich ist.«

Vor dem Hintergrund der von Spehr beim ersten Kongress aufgestellten Grundannahmen, die leider nicht wiederholt werden, beleuchtet Frigga Haug (»Anarres revisted. Science fiction und gesellschaftliche Utopien«) im ersten inhaltlichen Beitrag den anarchistischen Science Fiction-Roman »Planet der Habenichtse« – ohne jedoch auch nur einmal (!) den expliziten anarchistischen Bezug dieses Romans zu erwähnen. Sie reduziert den Roman auf eine feministisch-sozialistische Utopie und untersucht einzelne Aspekte der von LeGuin entworfener Welt aus einer marxistisch-feministischer Perspektive auf den Themenkomplex. Insgesamt nimmt die feministische Auseinandersetzung mit Science Fiction breiten Raum ein in dem Tagungsband. Sowohl der Beitrag von Alexandra Rainer (»Starke Frauen im Hollywoodfilm – Feministische Hoffnung oder doch üblicher Sexismus?«) über die Darstellung von starken Frauen in SF-Filmen in Hinblick auf die Verteidigung des Patriarchats bzw. die dessen Überwindung , Jakob Schmidt (»Critical Failure Matrix, Empire und die prekären Subjekte des Widerstandes«) über die Krise des männlichen Subjektes in der Matrix-Triologie in Verbindung auf Hardt / Negris modernen Klassiker der politischen Theorie – »Empire« – als auch der von Andrea zur Nieden (»Cyberbarbie goes Enterprise. Die »gute« und die »böse« Technik im Kampf um das Subjekt«) zur Übersexualisierung des Charakters der Seven in der SF-Serie Star Trek Voyager, nehmen eine explizite feministische Perspektive ein.

Über den westeuropäischen und amerikanischen Tellerrand hinaus reichen die Beiträge von Lutz Kirschner (»Franz Fühmanns Saiäns-Fiktschen«) über den DDR-Schriftsteller Franz Fühmann und über phantastische und utopische Literatur in Afrika von dem Schriftsteller Uche Nduka (»Utopie und Fantastik in der zeitgenössischen afrikanischen Literatur«). Während letzterer lediglich ein grober Überblick über diverse Romane und deren Autoren darstellt ohne großartig in die Tiefe zu gehen, geht Kirschner sehr tiefgehend und informativ auf die Science Fiction-Literatur Fühmanns ein und arbeitet damit ein Stück weit Literaturgeschichte der DDR auf.

Die Verbindung von Star Trek und Philosophie stellen Katharina Kinder, Dirk Kretschmer und Bodo Pallner vom Star Trek-Fanprojekt Living Trekism (»Living Trekism: Welche Folgen hat die Entdeckung intelligenter Lebensformen vor dem Fernsehbildschirm?«) her. Sie greifen auf die Philosophen Louis Althusser, Michel Foucault und Stuart Hall zurück. Marcus Hammerschmidt (»Blaupausen unter Verschluß. Ein Plädoyer gegen die Utopie im Science Fiction«) hingegen greift auf die Kritik von Theodor Adorno an der Funktion von Satire zurück und überträgt sie auf den SF-Bereich. Für ihn stellt sich daher SF als modernen »Hofnarr der technologischen Zivilisation« dar. Ebenfalls kritisch mit SF setzt sich Kai Kaschinski (»Mission to Mars – oder: Blue Planet meets Red Planet. Science und Fiction auf der Jagd nach planetaren uns extraterrestrischen Lebensformen«) mit der Beziehung von Wissenschaft und Science Fiction auseinander. Er kritisiert dabei vorrangig die fehlende Wissenschaftskritik der Fanszene. Einen Überblick über Utopien von dem Mittelalter bis zur Postmoderne und ihren Wandel zeichnet Marvin Chlada (»Absolute Deterritorialisierung. Das utopische Denken in der Postmoderne – ein Überblick«) in seinem Beitrag.

Ein weiterer wichtige Abteilung in dem Band nimmt die konkrete Utopie ein. Babette Scurrell (»Vorsorgendes Wirtschaften als konkrete Utopie«) verbindet die Utopie und die Ökonomie miteinander, was er an dem Beispiel von Tauschringen illustriert. Die Lokalökonomie des Freistaates Christiania (in Kopenhagen) stellt Ditlev Nissen (»Das alternative Währungssystem von Christiania«) vor. Nissens Beitrag, der sich leider wie eine einzigartige , unkritische Lobeshymne liest, propagiert Lokalwährung als einen praktischen Versuch das Motto »global denken, lokal handeln« in die Tat umzusetzen. Die Grenzen dieses Projektes benennt er leider nicht in seinem Beitrag. Aus anthropologischer Sicht betrachtet Rüdiger Haude (»Fraktale und euklidische Aspekte herrschaftsfreien Zusammenlebens«) nicht-staatliche Gesellschaften als mögliche Anknüpfungspunkte für herrschaftsfreie Gesellschaftskonzepte. Sein im Grunde sehr relevanter Beitrag ist wegen der nur unzureichend für Laien erklärten anthropologischen Fachtermini ein harter Brocken. Im Gegensatz zu den anderen, deutlich formulierten und gut lesbaren Beiträgen, wäre es ratsam gewesen, seinen Beitrag stärker auf ein Laienpublikum auszurichten.

Insgesamt bietet der Tagungsband eine weit abgesteckte Themenbreite zur politischen Analyse von Science Fiction und dessen Bezug zur sozialen Realität. Spannend ist vor allem der Teil der konkreten Utopie, indem praktische Projekte bzw. Ansätze für eine praktische politische Philosophie vorgestellt werden. Ebenfalls sehr lesenswert sind die Beiträge aus feministischer Perspektive. Enttäuschend ist, was für zukünftige Kongresse relevant wäre, ist das völlige Ignorieren von explizit anarchistischen oder auch kommunistischen Science Fiction-Stories. Gerade in diesem Bereich sehe ich noch großen Diskussionsbedarf und ein Themenspektrum für kommende Kongresse. Ebenso wäre die Auseinandersetzung mit den Vereinnahmungsversuchen der SF-Fangemeinde durch rechte Kreise bzw. die Reproduktion von vorherrschenden konservativen Denkmustern in diesem Genre ein spannendes Thema. Dennoch ein sehr wichtiger Beitrag aus dem Themenkomplex »Politik und Literatur«, der von den InitiatorInnen des Kongresses geleistet wurde.

Infos zu den bisher stattgefundenen Kongressen finden sich im Internet unter: www.outofthisworld.de.●

Maurice Schuhmann

Lutz Kirschner / Christoph Spehr (Hrsg.): Out of this World! Reloaded. Neue Beiträge zu Science-Fiction, Politik & Utopie, Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bnd. 49, Karl Dietz Verlag Berlin 2004, 9,90 EUR, ISBN 3-320-02954-1

Schöne, neue Agrarwelt

»Den Schatz bewahren« ist – so der Untertitel – ein »Plädoyer für die gentechnikfreie Landwirtschaft«. Die Schrift enthält zahlreiche Zitate, Gedichte, Übersichten und Farbfotos. Den größten Teil hat Herausgeberin Angela von Beesten aus Riepe-Vahlde selbst verfasst. Im ersten Abschnitt erfährt der Leser Allgemeines zu Genen und DNS. Weiterhin geben die Autoren Definitionen der Gentechnik und der Biotechnologie.

Fragen wie »Was ist rote, grüne, graue, weiße oder blaue Gentechnik?« werden im zweiten Teil beantwortet. Die verschiedenen Methoden werden genauer erklärt, ihre Ziele und Gefahren aufgezeigt. Von Beesten schildert, wem die Gentechnik nützt, wem sie schadet und mit welchen Argumenten die Befürworter arbeiten. Neben nachvollziehbaren Gründen, wie zum Beispiel medizinischen, bleiben auch erschreckende Beispiele unternehmerischer Ideen nicht aus: Bis 2007 soll es die erste allergenfreie Katze geben.

Im dritten Teil finden sich verschiedene Essays und Stellungnahmen. Sie veranschaulichen die rechtliche und politische Situation. Die Verfasser sind in Institutionen engagiert, die der Gentechnik kritisch gegenüberstehen. Angela von Beesten ist unter anderem Vorstandsmitglied des Ökologischen Ärztebundes sowie Mitbegründerin und Vorsitzende des Sambucus e.V.●

Anne Bien

Angela von Beesten u.a.: »Den Schatz bewahren – Plädoyer für die gentechnikfreie Landwirtschaft«, 213 S., 7 EUR.
Zu beziehen bei: Sambucus e.V., Auf der Worth 34, D-27389 Vahlde, Tel./Fax: 0 42 67 – 82 43
www.sambucus.org

PROJEKTE

Wir wollen im Bremer Umland ein **LesbenLand-Projekt** gründen. Wir sind zw. 30 u. 43 Jahre alt und haben Lust auf Musik machen, linke Politik, rauchfreies Wohnen, Selbstversorgung und auf noch mehr fitte nette Lesben.
☎(04 21) 430 89 39

Selbstverwaltetes Hausprojekt in Süddeutschland / Ravensburg sucht ab sofort und später interess. Projekte und MitbewohnerInnen zum kollektiv Wohnen, politisch Arbeiten, bauchlich gestalten. Mehr Infos unter http://www.pumuck.de Kontakt:
wohnprojekt@pumuck.de
☎(07 51) 352 53 20

graswurzel revolution
monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose gesellschaft
ja! Anarchismus
Neu: Jetzt mit Citrusfrische und Extra-Langzeit-Wirkung
GWR-Vertrieb
Birkenheckerstr. 11
D-53947 Nettersheim
abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net
GWR 301/Aug. 05: Comeback der Anti-Atom-Bewegung?; Die fetten Jahre sind vorbei: Ketzerische Positionen zur Bundestagswahl 2005; Aus voller Brust für die Moral der Truppe: 50 Jahre Bundeswehr – Wir schießen quer; Bankrott der Eurokraten; „Imperiale Träume". EU, Türkei, Militarismus & Kriegsdienstverweigerung; Hiroshima; Zapatista-Initiative; Freiheit & Anarchie u.v.m.
Jahresabo 25 Euro (10 Hefte)
Probeabo 5 Euro (3 Hefte)

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!
Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
CAFÉ LIBERTAD KOOPERATIVE GBR
22765 Hamburg * Tel. 040 - 2090 68 93
www.cafe-libertad.de / cafe-libertad@gmx.de

ESPERO
Forum für eine libertäre Gesellschaft
Literatur für eine freie und solidarische Welt
Lysander Spooner
Die Verfassung besitzt keine Autorität
62 Seiten, 5 €uro
Dr. Ulrich Klemm
Francisco Ferrer. Ein libertärer Schulreformer
50 Seiten, 5 €uro
Uwe Timm
Gesammelte Schriften von 1955 - 2002
288 Seiten, 18,50 €uro
http://www.alibro.de

Vernetzung
braucht kohle
300 x 100 € werden gebraucht!
... damit einer bewegungsorientierten undogmatischen Linken in Sachen Globalisierungskritik, Antirassismus, Antimilitarismus, (Post-)Kolonialismus, Biopolitik, ... auch noch nach 28 Jahren weiterhin ein wichtiges Forum zur Vernetzung geboten wird!
BUKO (Bundeskoordination Internationalismus)
fon: 040 - 393 500 | mail: mail@buko.info
Bankverbindung: VzF e.V./BUKO | EDG Kiel, BLZ 210 602 37 | Kt.: 234 389 | Stichwort: buko braucht kohle
weitere infos: www.buko-braucht-kohle.de

lesen und lesen lassen
Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik". Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

www.anares-buecher.de
Schluss mit der medialen Verdummung!
Das Leben beginnt, indem wir ein gutes Buch lesen - Lesetipps zu aufklärerischer & inspirierender Literatur gibt´s unter www.anares-buecher.de!
Anares
Der Mailorder für gesellschaftskritische Medien

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT
PF 102062 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 885006 Fax 821116
express-afp@t-online.de
In der akt. Ausgabe (10/05) u.a.:
◆ Rainer Roth/Harald Thomé: »Der Anstand der Aufständigen«, zum Clement-Pamphlet
◆ Siegfried Dierke: »Eine Frage des Profits?«, zum Umbau des Sozialsystems
◆ AK: »Richtig gewählt!«, Bundestagswahlkommentar
◆ Kjell Hansen: »An den Taten sollt Ihr sie erkennen«, IG BAU: Tarifvertraglicher Offenbarungseid und schnelle Eingreiftruppen
◆ NaRa: »Hört die Signale, Schwestern!«, zur Strategie des Marburger Bundes und der Fortsetzung der Krankenhaushierarchie mit anderen Mitteln
◆ Kemal Bozay: »Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken!«, zur politischen und gewerkschaftli. Debatte in der Türkei über den EU-Beitritt
◆ Florian Vollmer: »Wirkungsvolle Sozialmaschine«, zur US-amerikanischen Faschismusrezeption im New Deal
○ Ich möchte 1 kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 10 Euro (ggs. Vk.)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Konferenz
rosa luxemburg
14. Januar 2006. Humboldt-Universität zu Berlin
»Mit dem Sozialismus rechnen«
Seit dem Nein zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sind erst wenige Monate vergangen. Die deutschen Wähler lehnten am 18. September neoliberalen Radikalismus ab. Die Entfesselung des Kapitalismus nach 1990 ist nicht gestoppt, aber es zeigen sich erste Grenzen.
Wie stellt sich die Linke dieser neuen Situation? Mit dieser Frage beschäftigt sich die **XI. Rosa-Luxemburg-Konferenz am 14. Januar 2006 in der Humboldt-Universität** Berlin. Welche Alternativen sind realistisch? Wie kann ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts aussehen?
Weitere Infos und Kartenbestellungen unter Tel. 030/53 63 55-10 oder unter www.jungewelt.de
junge Welt Cuba sí
Mit Unterstützung der DGB-Jugend Berlin/Brandenburg und der IG-Metall-Jugend Berlin/Brandenburg/Sachsen

kämpfen und lesen
[die andere gewerkschaftszeitung]
DA DIREKTE AKTION
Probeheft gratis Straßburgerstr. 38 | 10407 Berlin | da-abo@fau.org

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt:
contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de**; **06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail:** kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 **Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, **Fax 640 31 98, E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Nekkarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, **Fax 35 59, E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de**; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail:** soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag: alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 16.-18.12.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

ÖKODÖRFER

28.12.-1.1. 2006 SYLVESTER-Festival – feiern in Gemeinschaft im Taunus
WORKSHOPS
von Ronny Wytek, Ökodorf Österreich:
a) Berg- und Talfahrten in der Ökodorf-Gründung.
b) Der Notwendige Wandel: Schwerpunkt interaktive Einführung in das Thema »Permakultur« (Ernährung, Landbau, Selbstversorgung, Ökol.Bauen).
c) Die Gemeinsame Kasse (GK): u.a. Ronnys Erfahrungen mit dem Modell »Gemeinsame Kasse«, wie es im Projekt KEIMBLATT ÖKODORF praktiziert wird.
d) »Sich und Inhalte sichtbar machen«. Du fällst nicht gern ins Wort? Du redest nicht besonders laut? Du denkst nach, bevor du dich zu Wort meldest? Das sind die besten Voraussetzungen, um in einer herkömmlichen Gesprächsrunde »unterzugehen«. Wenn einzelne Menschen in der Gruppe in dieser Form unterdrückt werden, ist das ein Problem für die ganze Gruppe. Wie man dieser Dynamik gegensteuert, wird Ronny Wytek anhand praktischer Übungen vermitteln. Ein weiterer Workshop-Inhalt ist die bildliche Feedbackmethode. Dabei werden in der Gruppe Fragen gestellt (z.B. im Gemeinschaftsfindungsprozess), und die Antworten werden visualisiert und nicht artikuliert.
Gewaltfreie Kommunikation nach Marshall Rosenberg mit Edith Eyrich und Heiko Kussmann.
Kontakt: meyer@gemeinschaften.de
☎(0 77 64) 93 39 99

GENOSSENSCHAFTEN

Alternative Genossenschaftstage
Vom 16. bis 18.12.2005 wird auf den Alternativen Genossenschaftstagen das Thema Weiterbildung im Genossenschaftssektor (Bedarfe, Formen, Inhalte, Partner, Finanzierung, ...) im Vordergrund stehen. Cornelia Schädel und Nicole Göler von Ravensburg werden zentrale Inputs zum Thema geben. Cornelia Schädel gibt eine kurzen Überblick institutionalisierter Bildungsaktivitäten der Genossenschaften im Laufe der Zeit und einen Ausblick auf das Thema »Die Rolle der Genossenschaften bei der Humanvermögensbildung«. Nicole Göler von Ravensburg geht bei ihren Ausführungen zur Qualifizierung vor allem von den Erfahrungen und Aktivitäten so genannter Schülergenossenschaften aus.
Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Veranstaltung wird die Multiplikatorenfortbildung zum genossenschaftlichen Projektentwickler der innova sein, die Anfang nächsten Jahres startet.
Tagungsort ist Weimar.

Weitere Informationen und Anmeldung:
innova eG, Helmut Thieme
helmut.thieme.@innova-eg.de
☎(03 41) 681 09 85

FRAUEN

Bundesweiter Frauenprojektegipfel
Von der Industriegesellschaft des »weißen Mannes« zu einer Weltgemeinschaft der Vielfalt
Initiatorinnen: Netzwerk von Gründerinnen feministischer Projekte in Sachsen
Ziel: Zukunftsvisionen aus unterschiedlichsten weiblichen Erfahrungshintergründen miteinander entwickeln, politisches Handeln Herausfordern.
5 Workshops mit den Themenschwerpunkten: Weibliche Sprache; Weibliche Gesundheit; Wirtschaft und Arbeit; Globalisierung von unten; Macht und Selbstermächtigung.
Termin: 17.-19.1.2006
Ort: Ev. Akademie Meißen
Anmeldung und Programmübersicht:
www.ev-akademie-meissen.de
☎(0 35 21) 470 65 90

JUNGE LINKE

Warum bleiben die Anderen immer anders?
Dass die Menschheit angeblich in Schwarze, Weiße, Rote und Gelbe zerfällt: Davon ist ein Großteil der Bewohner dieses Planeten felsenfest überzeugt. Fängt da schon der Rassismus an – oder erst, wenn mit der angeblichen Hautfarbe bestimmte angebliche und unveränderliche Eigenschaften verbunden werden? Oder erst da, wo es abwertend und unfreundlich wird? Wie entstehen Feindbilder eigentlich? Aus Mangel an Erfahrung, aus Denkfaulheit, aus Ängsten und Nöten – oder aus Nationalismus?
Gegen Rassismus sind fast alle; darum sagt man heute auch nicht mehr »Rasse«, sondern »Kultur« und »Ethnie«. Ist das dann kein Rassismus mehr? Oder »Neo-Rassismus«? Oder alter Wein in alten Schläuchen?
Seit dem 11.9. wird »Multikulti« alle Vierteljahre zu Grabe getragen. Ist es schade um diesen alternativen Rassismus, der die »Anderen« als Bereicherung des »Eigenen« zuließ – und woran ist der denn nun »gescheitert«?
Europa gehört die Zukunft, sagt die Politik? Führt das zu neuen Zusammengehörigkeitsgefühlen von Moffen, Bergdeppen, Inselaffen, Frosch- und Spaghettifressern? Oder sind Deutsche, Österreicher, Briten, Franzosen und Italiener genau die gleichen blöden Nationalisten wie vorher?
Termin: 16.-18.12.2005, Hannover

Don't wanna be a european idiot
Noch während des Irak-Krieges konnte man keine Straßenbahn betreten, ohne mindestens ein Gespräch über die »Arroganz« des »Weltpolizisten« mitzuerleben, der doch »nur wegen des Öls« nach Irak marschiere. Die USA als waffenstarrende, vorsintflutliche Macht auszumachen, rockte damals die Massen. Im Innern herrsche dort die soziale Kälte einer Hire- und Fire-Kultur, die durch die Wall Street und die multinationalen Konzerne auf die ganze Welt ausstrahlte. Nicht wenige wussten: Hollywood-Filme verseuchen die Köpfe, McDonalds und Co. die Mägen und amerikanischer Shareholder Value- und Krämergeist essen ehrliche Seele auf. Amerika, oftmals personalisiert in Bush/Ölmagnaten/John Wayne, war somit negative Projektionsfläche für eine Menge verschiedener politischer »Kritik«.
Doch was ist 3 Jahre danach mit dieser Kritik geschehen? Verschwunden scheint sie nicht recht zu sein, allenfalls ruhiger ist sie geworden und hat einen Teil ihres Welterklärungsanspruches aufgegeben. Doch man muss nur wahllos jemanden auf Bush oder die USA ansprechen und es wird wie ein Wasserfall aus ihm herauskommen. Nur an militärischen Lösungen sei Bush interessiert, wohl auch wegen der starken Waffenlobby in den USA, Diplomatie ersetze er durch die Macht des Stärkeren. Die EU sei hingegen eher eine Friedensmacht, die sich für die Armen in der Welt, für die, die keine Stimme haben, einsetzt. Unsozial gehe es in den USA zu, eine soziale Abfederung, wie man sie in Europa kenne, sei dort nicht vorhanden. Viele, nicht nur Linke, nennen das dann Neoliberalismus und sehen die EU als Gegenpol, quasi als soziales Gewissen der Welt.
Und als Retterin der anständigen Esskultur, des hochwertigen Filmes, ja generell als Hort der Kultur wird Europa dann auch noch gegen die oberflächliche, kommerzialisierte Plastikwelt in Anschlag gebracht.
Was ist von diesen Aussagen zu halten? Warum werden sie nicht mehr so hitzig vorgebracht? Warum treffen sich Rechte und Linke so oft in der Kritik an den USA, und worin unterscheidet sich ihre Kritik? Ist Schröder der Friedenskanzler und hängt Merkel am Rockzipfel von Bush? Wie kommt das gute Urteil über die EU zu Stande und wie hängt dieses mit dem Grund, warum es die EU gibt, zusammen? Und was ist eigentlich Anti-Amerikanismus? Das alles und noch viel mehr wollen wir auf dem Seminar diskutieren.
Termin: 14.-15.1.2006, Augsburg

Ohgottogott!
Seminar zu Religion und Religionskritik
Glauben ist schwer angesagt. Kaum hat der alte Bischof von Rom das Zeitliche gesegnet, entdeckte die Öffentlichkeit mal wieder den Wert der Religion. Und stößt damit nicht nur bei denen, die seit dem 11.September wissen, was der Moslem an sich für einer ist, auf Zustimmung. Wie kommen die Leute darauf, nach 200 Jahren Aufklärung an eine höhere Macht zu glauben? Welche Bedürfnisse befriedigt Religion? Ist die (post)moderne Religion von lauter naturwissenschaftlich gebildeten und psychologisch versierten Leuten die gleiche Sache, wie der verzweifelte Versuch, unverstandene Naturzusammenhänge zu beeinflussen, in dem man höheren Mächten Opfer bringt? Was hat Religion eigentlich mit Kapitalismus zu tun? Und wie wichtig sind die Unterschiede zwischen den Religionen? Kann man aus Bibel, Talmud, Koran, Veda und Buddhas Reden und Predigten die Praxis der jeweiligen Religion ableiten? Und sind New Age und der ganze Eso-Zauber die zeitgemäße Form der Religion? Pendeln wir es aus!
Termin: 27.-29.1.2006, Göttingen

Gründe der Herrschaft
Seminar zur Philosophie des Rechts (II)
Seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts gibt es in der Philosophie die Tendenz, dass einstige Herrschaftskritiker sich anders besinnen. Heute sind sie der Meinung, dass der Versuch, Herrschaft abzuschaffen, nur zu noch schlimmerer Herrschaft führen könne. Herrschaftsfreiheit anzustreben, also die Möglichkeit der widerspruchsfreien Vermittlung der Zwecke der Einzelnen durch die Zwecke der Gesellschaft, bedeute notwendig eine Unterdrückung der besonderen Zwecke der Einzelnen, weil die Widerspruchsfreiheit nur durch Weglassen von Widerstreitendem, durch Nivellierung von oben entstehen könne. Hegel dagegen hat versucht, eine solche Vermittlung ohne Unterdrückung des Besonderen zu denken. Ob und wie weit das funktioniert, bei Hegel und über ihn hinaus, und warum das sinnvoll sein könnte, soll auf dem Seminar behandelt werden.
Bei unserem letzten Seminar zur Rechtsphilosophie ging es um die Begründung des Eigentums und des Rechts bei Hobbes und Locke. In deren Theorie ließ der Mangel an Gütern und die Notwendigkeit der Sicherung des Eigentums den Staat als beste aller Notlösungen erscheinen. Gegen sowohl die frühbürgerliche Theorie als auch die späte des zwanzigsten Jahrhunderts will Hegel von Notlösungen nichts wissen. Für ihn ist der Staat die verwirklichte Vernunft, die vernünftige Organisation von Gesellschaft schlechthin. Wir wollen prüfen, inwieweit der Staat diesem Anspruch gerecht werden kann und einen Ausblick geben, wie man über Hegel hinausgeht, ohne wie heutige Strömungen den Anspruch auf vernünftige Lösungen aufgeben zu müssen.
Textgrundlage werden Passagen aus Hegels »Grundlinien der Philosophie des Rechts« sein, die zum Teil gemeinsam gelesen und zum Teil referiert, in jedem Fall aber gemeinsam diskutiert und auf ihre Konsistenz geprüft werden.
Teilnehmen darf jeder. Der Besuch des letzten Seminars ist keine Voraussetzung.
Termin: 10.-12.2.2006, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎ (05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

Alltäglicher Faschismus?
Von der Mär der anständigen Mitte. Oder: Antifaschismus beginnt vor deiner Haustür!
Im unserem ersten Seminar haben wir uns mit den Strukturen der Neonaziszene beschäftigt. Anknüpfend daran wollen wir uns diesmal die Frage stellen, ob und wie die rechte Ideologie, über die Szene hinaus, bis in unseren Alltag hinein wirkt. Dabei werden wir das Bild vom rechten Rand und neutraler Mitte der Gesellschaft gehörig auf den Kopf stellen – und nach Elementen rechter Denkweise mitten in der Gesellschaft suchen. Konkrete Beispiele sollen das Seminar abrunden, um die Theorien »greifbar« zu machen. Speziell auch die Erfahrungen der Teilnehmer/innen sollen hier ihren Platz finden.
Termin: 06.-8.1.2006, Hagen
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen/Junge Linke NRW,
Brückstr. 46, D-44787 Bochum
☎(02 34) 57 96 78 49, Fax -50
E-Mail: info@jungdemokratinnen.de

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

REGIONALENTWICKLUNG

Mehrteiliger Fortbildungskurs Regionalberatung/ Regionalmanagement
XIII. Fortbildung 2006/2007
Eine berufliche Qualifizierung für Planer, Ingenieure, Berater und Umweltbeauftragte
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum dreizehnten Mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die Teilnehmer erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten umzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum März 2006 bis März 2007 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen.
Einführungsveranstaltung:
25./26.03.2006 in Kassel
Informationen & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend,
Drachenfelsstrasse 23, 53604 Bad Honnef
☎(0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
e-mail: akademie@kljb.org
Kursbeschreibung:
www.akademie.kljb.org

MEDIEN

Wirksame Presse- und Medienarbeit für Kulturveranstalter
Ob Sie Konzerte, Lesungen oder Vorträge veranstalten, eine Ausstellung eröffnen oder eine Theaterreihe ins Leben rufen: Presse- und Medienarbeit – professionell und gezielt eingesetzt – ist eine der wirksamsten und vor allem preiswertesten Formen, Veranstaltungsangebote einem breiten Publikum oder ausgewählten Zielgruppen bekanntzumachen. Vielfach kann so auf einzelne weitere Werbemittel verzichtet und der Veranstaltungsetat spürbar entlastet werden.
Die hiesige Medienlandschaft bietet dazu die einmalige Vielfalt von rund 400 Tages- und Wochenzeitungen, mehreren tausend Publikums- und Fachzeitschriften sowie zahllosen Rundfunk- und Fernsehredaktionen. Gute Chancen, auch »Ihr« Thema in den Medien unterzubringen. Doch in dieser Informationsflut kann man auch leicht untergehen. Welches sind also die geeigneten Medien für meine Veranstaltungsankündigung? Wie schaffe ich es, mit meinem Projekt auch einmal in überregionalen Medien Beachtung zu finden? Wann ist eine Pressekonferenz gerechtfertigt und wen lade ich dazu ein? Wie muss ich meine Informationen aufbereiten, um das Interesse der Redakteure und Leser zu wecken?
Im zweitägigen, praxisorientierten Seminar erfahren die Teilnehmer erprobte Insider-Tipps für den richtigen Umgang mit Journalisten. Sie lernen in praktischen Übungen den Aufbau einer Pressemitteilung – von der knappen Veranstaltungsankündigung bis zur ausführlichen Pressemappe. Mit Hilfe von Nachschlagewerken erstellen sie Presseverteiler und Zeitschienen für Veranstaltungsprojekte. Ein zunehmend wichtiges Thema ist die Einbindung von Medien als Veranstaltungspräsentatoren.
Der Referent Peter Reifsteck betreibt seit 1991 das Reutlinger »Beratungsbüro für Literatur- und Kulturveranstaltungen« und war mehrfach für die Konzeption, Organisation und Öffentlichkeitsarbeit großer Festivals verantwortlich. Jüngste überregional beachtete Projekte: die dreimonatige Open-Air-Bibliothek auf der Landesgartenschau Ostfildern/Stuttgart 2002 (DIE ZEIT: »So idyllisch war Lesen noch nie«) und das Festival »WortMenue« 2005 in Überlingen, das sich inzwischen zu einem touristischen Markenzeichen am Bodensee entwickelt hat. Er ist Autor des »Handbuchs Lesungen und Literaturveranstaltungen« und hält regelmäßig Seminare für Dachverbände, Kulturorganisationen und Bildungseinrichtungen. Reifsteck ist seit 10 Jahren Dozent der Fern-Universität Hagen im Fachbereich »Kulturmanagement/Kulturtourismus«.
Termin: 9.-10.3.2006 in Reutlingen
Information & Anmeldung:
Beratungsbüro für Literatur- und Kulturveranstaltungen, Peter Reifsteck, Grafeneck 10, D-72770 Reutlingen
☎(0 71 21) 57 77 50, 57 77 53
E-Mail: Reifsteck@t-online.de

RUND UMS REISEN

Reisepavillon
Fotosafari in Afrika, Schlemmen in Frankreich, Familienurlaub in Italien, Mountainbiking in den Alpen, Trekking durch Lappland, Jugendreisen mit dem Wikingerschiff ... Ähnliches und vieles mehr können die Besucher auf dem Reisepavillon 2006 erleben.
Die erwarteten 300 Aussteller aus 30 Ländern präsentieren eine Fülle an Angeboten sowohl für die weite Ferne als auch für Ausflüge im Umland Hannovers. Dabei zeigen die vertretenen Reisespezialisten, Großschutzgebiete, Tourismusregionen und Nichtregierungsorganisationen, dass Reiseträume erfüllt werden können, ohne dass die Bedürfnisse der Menschen und der Natur vor Ort außer Acht gelassen werden.
Zusätzlich machen rund 150 spannende Veranstaltungen während der drei Messetage Lust auf Urlaub. Kino, Reiseberichte, Diashows, Workshops und Diskussionen beschäftigen sich mit den ganz unterschiedlichen Aspekten rund um die schönsten Wochen des Jahres.
Aktivangebote für Kinder und Jugendliche, kulinarische Kostproben aus den verschiedenen Reiseregionen, Kleinkunst und Musik verbreiten bereits im Februar Urlaubsstimmung auf dem Messegelände.
3. bis 5. Februar 2006, Halle 2,
Messegelände Hannover
E-Mail: info@reisepavillon-online.de
Weitere Informationen auch im Internet unter: www.reisepavillon-online.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.